

Zeitgeschichte in Hamburg · 2014



F|Z|H Forschungsinstitut
für Zeitgeschichte
in Hamburg



ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG

2014

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
Wissenschaftliche Einrichtung an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. +49 40 43 13 97 20
Fax +49 40 43 13 97 40
www.zeitgeschichte-hamburg.de

Herausgeber: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
Hamburg 2015
Umschlagabbildung Vorderseite: Maike Raap
Umschlagabbildung Rückseite: FZH / WdE 298, Gedichtbuch von
Steffi Wittenberg, Hamburg 1939. Zur Erinnerung an Steffi Wittenberg,
die am 26.3.2015 verstorben ist.
Redaktionsteam: Linde Apel, Marc-Simon Lengowski, Maike Raap,
Dorothee Wierling
Satz und Layout: Das Herstellungsbüro, Hamburg
Druck und Bindung: Freiburger Graphische Betriebe, Freiburg

1. Auflage 2015

INHALT

| | |
|---|-----|
| AXEL SCHILDT, DOROTHEE WIERLING | |
| Vorwort | 7 |
| | |
| ■ BEITRÄGE | |
| CHRISTOPH STRUPP | |
| Die mobilisierte Gesellschaft. Hamburg im Ersten Weltkrieg | 11 |
| ALICE MAH | |
| <i>Einleitung von Christoph Strupp</i> | |
| Hafenstädte auf dem Weg zu neuen Identitäten: Die Umgestaltung von Hafen- und Uferflächen in Liverpool, Marseille und New Orleans | 38 |
| | |
| ■ AUS DER FORSCHUNGSTELLE | |
| LU SEEGERS | |
| Hanseaten und das Hanseatische in Diktatur und Demokratie: Politisch-ideologische Zuschreibungen und Praxen | 71 |
| MARC-SIMON LENGOWSKI | |
| Herrenlos und hoch begehrt. Zum Umgang mit dem NS- und Reichsvermögen nach 1945 in Hamburg | 84 |
| ANDREA ALTHAUS | |
| Nicht nur Interviews. Fotografien und Dokumente in der Werkstatt der Erinnerung | 98 |
| | |
| ■ TAGUNGSBERICHT | |
| JOCHEN MOLITOR | |
| Den Protest regieren. Staatliches Handeln, neue soziale Bewegungen und linke Organisationen in den 1970er und 1980er Jahren | 104 |
| | |
| ■ TÄTIGKEITSBERICHT 2014 | 112 |

VORWORT

2014 wurde an vielen Orten und in vielfältigen Formen an historische Ereignisse erinnert: vor 25 Jahren fiel die Berliner Mauer, vor 75 Jahren begann der Zweite Weltkrieg und vor 100 Jahren der Erste Weltkrieg. Wir ahnten zwar, dass in der historisch-politischen Öffentlichkeit besonders des Ersten Weltkriegs gedacht würde. Aus diesem Grund hatten wir unsere wissenschaftlichen Aktivitäten, die wir ohnehin nicht vorrangig am Gedenkalender ausrichten, bewusst zu einem Teil bereits für das vorhergehende Jahr anberaunt. Dass die Debatten um den Ersten Weltkrieg das Gedenkjahr 2014 derart dominieren würden, hat uns aber doch überrascht. Die Vortragsreihe »1914–2014: Neue Forschungen zum Ersten Weltkrieg« im Allgemeinen Vorlesungswesen der Universität Hamburg, die wir zusammen mit dem Historischen Seminar organisiert hatten, war über alle Veranstaltungen des Sommersemesters hinweg sehr gut besucht, ebenso die Diskussion mit einem international besetzten Podium über die Debatte zum Kriegsausbruch auch in anderen Ländern. Im redaktionellen Teil dieses Jahresberichts empfehlen wir in diesem Zusammenhang den Artikel von Christoph Strupp über Hamburg im Ersten Weltkrieg unter dem Titel »Die mobilisierte Gesellschaft« (S. 11)

2014 war für die FZH stark von der Vorbereitung auf eine wissenschaftliche Evaluation der Tätigkeit des Instituts im Zeitraum von 2007 bis 2013 bestimmt. Der intensive Diskussionsprozess unter allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat den Zusammenhalt gestärkt – weil er nicht nur die Leistungen in diesem Zeitraum in den Blick nahm, sondern auch mittel- und langfristige Perspektiven mit einbezog. Anfang Januar 2015 hat die Vor-Ort-Begehung der FZH durch die Evaluationskommission stattgefunden. Der Bericht wird voraussichtlich im Frühjahr vorliegen und dann von uns – zusammen mit der Selbstdarstellung der FZH – auf unserer Website veröffentlicht werden.

Im Bereich der Forschung ist für 2014 die übliche Dreiteilung zwischen abgeschlossenen, in Bearbeitung befindlichen und neu begonnenen Projekten zu konstatieren. Von den 17 genannten Projekten sind fünf erfolgreich abgeschlossen worden, daraus resultieren zwei Habilitationsschriften und

eine Dissertation, die sich im akademischen Verfahren befinden, ein guter Beleg für unsere enge Bindung an die Universität. An dem schon im letzten Jahr angekündigten Projekt »Hanseaten und das Hanseatische in Diktatur und Demokratie« wurde 2014 die Arbeit aufgenommen. Untersucht wird der Wandel der Trägergruppen und Semantiken dieser heute inflationär gebrauchten Begriffe über das 20. Jahrhundert hinweg (s. den Artikel von Lu Seegers auf S. 71). Ansonsten wurde in den meisten Projekten, etwa zur Geschichte des Hamburger Hafens, zum Umgang mit NS- und Reichseigentum nach 1945 in Hamburg (s. den Artikel von Marc-Simon Lengowski auf S. 84) und zu Reaktionen auf das südafrikanische Apartheid-System, erfolgreich weiter gearbeitet. Mit Hilfe der finanziellen Unterstützung durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung, auch dafür unser herzlicher Dank, hat Gesa Trojan eine erste Quellenerhebung für eine biografische Studie im Kontext der Hamburger Erinnerungskultur abgeschlossen. Ansehnlich ist auch die diesjährige Drittmittelbilanz: 2014 wurden insgesamt 298.000 € an Drittmitteln verausgabt. Einige Vorhaben, deren Bearbeitungsbeginn bevorsteht oder die bei Drittmittelgebern zur Finanzierung beantragt wurden, hoffen wir im nächsten Jahresbericht vorstellen zu können.

Auch 2014 haben wir Resultate unserer Arbeit in Form von Büchern, Vorträgen und Tagungen vorgestellt, haben aber auch in Deutschland führende und international angesehene Historikerinnen und Historiker sowie bisweilen Vertreter von Nachbardisziplinen zum Gespräch eingeladen – in den Vortragsreihen zu neuen Arbeitswelten ebenso wie zur Migration (in Kooperation mit dem Hamburger Institut für Sozialforschung) und bei der erwähnten Reihe zum Ersten Weltkrieg. Einige dieser gut besuchten Veranstaltungen wurden als Videoaufzeichnung auf *lecture2go*, der

Medienplattform der Universität Hamburg, online gestellt und sind dort abrufbar. Hier finden Interessierte die Präsentation des Buches »Das Lager im Dorf lassen. Das KZ Neuengamme in der lokalen Erinnerung« von Gesa Trojan, das in unserer Reihe »Zeitspuren« erschienen ist, von Ulrich Herberts Werk »Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert« sowie des von Linde Apel herausgegebenen Bandes »Walter und Moshe Wolff. Das eigene Leben erzählen«.

Besondere Erwähnung verdienen die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FZH konzipierten und durchgeführten Tagungen. Dazu gehört die Tagung zu internationalen Hafenstädten nach dem Zweiten Weltkrieg, die von Christoph Strupp organisiert und ebenfalls durch Mittel der Behörde für Wissenschaft und Forschung finanziert wurde. Im redaktionellen Teil des Jahresberichts dokumentieren wir den überarbeiteten Vortrag von Alice Mah über »Waterfront Redevelopment« in Marseille, Liverpool und New Orleans (S. 41). Im November fand in der FZH die Tagung »Den Protest regieren« statt, die das Verhältnis staatlichen Handelns und neuer sozialer Bewegungen und linker Organisationen in den 1970er und 1980er Jahren beleuchtete. Organisiert wurde sie von David Templin, Alexandra Jaeger (beide Hamburg) sowie Julia Kleinschmidt (Göttingen). Einen Bericht dazu finden Sie auf S. 104. Eine internationale Tagung zu diesem Aspekt unter dem Titel »A European Youth Revolt 1980/81?« hatte zuvor Knud Andresen in Kooperation mit dem Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (Amsterdam) und dem Institut für Soziale Bewegungen (Bochum) in Amsterdam organisiert. Im vergangenen Jahr haben die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder zahlreiche Vorträge im In- und Ausland gehalten und ihre wissenschaftlichen Forschungen in Zeitschriften und Sammelbänden der Fachöffentlichkeit vorgestellt. Die Bilanz dieses Jahres zeigt einmal mehr: Die FZH ist lokal, national und international gut vernetzt.

Besonders stolz sind wir auf unsere gute Verankerung als Ansprechpartner für geschichtswissenschaftliche bzw. zeithistorische Belange in der Stadt. Dazu trägt die stetige Professionalisierung unserer Öffentlichkeitsarbeit bei. Das Medienecho ist in den letzten Jahren spürbar stärker geworden. Die Bibliothek, die besonders von Studierenden der Hamburger Universität gern genutzt wird, besitzt mittlerweile 93.278 Titel (Stand 31.12.2014). Wir haben schon in den letzten Jahren berichtet, dass das Fassungsvermögen

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. zuletzt Friedrich Lenger, *Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850*, München 2013, S. 275 – 301, sowie u. a. Alfred Pfoser / Andreas Weigl (Hg.), *Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg*, Wien 2013; Roger Chickering, *Freiburg im Ersten Weltkrieg. Totaler Krieg und städtischer Alltag 1914 – 1918*, Paderborn u. a. 2009.
- 2 Vgl. Volker Ullrich, *Vom August-erlebnis zur Novemberrevolution. Beiträge zur Sozialgeschichte Hamburgs und Norddeutschlands im Ersten Weltkrieg*, Bremen 1999; ders., *Kriegsalltag. Hamburg im Ersten Weltkrieg*, Köln 1982; ders., *Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19*, 2 Bde., Hamburg 1976.
- 3 Der vorliegende Aufsatz geht auf einen Vortrag des Verfassers in der Galerie Morgenland / Geschichtswerkstatt Eimsbüttel am 27. August 2014 zurück.

damit bald erschöpft sein wird. Dieser Zeitpunkt ist nun fast erreicht. Gleichbleibend gut nachgefragt werden die Bestände des Archivs der FZH. Die aktualisierte Bestände-Übersicht fand Aufnahme in die Deutsche Digitale Bibliothek, in das zentrale Archivportal D und in das Archivportal Europa. Auch die Werkstatt der Erinnerung, unsere Sammlung von lebensgeschichtlichen Interviews, wurde 2014 von Forscherinnen und Forschern erneut stark nachgefragt. Andrea Althaus skizziert im redaktionellen Teil die Foto- und Dokumentendigitalisierung, die aus Sondermitteln der Behörde für Wissenschaft und Forschung finanziert wurde (S. 98). Dafür bedanken wir uns ausdrücklich.

Die FZH ist zwar ein Institut, in dem alle gern arbeiten, aber die Notwendigkeiten wissenschaftlicher Karrieren erfordern bisweilen eine Veränderung: Claudia Kemper, die seit September 2005 in unterschiedlichen Funktionen an der FZH tätig war, wechselte im Frühjahr an das Hamburger Institut für Sozialforschung. Wieder in unsere Mitte zurückgekehrt ist im Oktober Dorothee Wierling, die ein Jahr am Deutschen Historischen Institut die von der Gerda-Henkel-Stiftung geförderte Gastprofessur wahrgenommen hat und in dieser Zeit hervorragend von Christoph Strupp vertreten wurde.

Auch im bereits begonnenen Jahr 2015 werden wir mit unseren Angeboten in Bibliothek, Archiv und Werkstatt der Erinnerung sowie mit interessanten Forschungsprojekten, Büchern, Tagungen und Vortragsreihen in Hamburg präsent sein – etwa mit Beiträgen zu den Folgen des Zweiten Weltkriegs im europäischen und globalen Rahmen. Damit werden wir die im Feuilleton der *Silvesterausgabe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vertretene Meinung »2015? Können Sie vergessen!« sicher überzeugend widerlegen.

Axel Schildt, Dorothee Wierling

DIE MOBILISIERTE GESELLSCHAFT. HAMBURG IM ERSTEN WELTKRIEG

Der 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs hat 2014 für eine Flut an Veröffentlichungen, Ausstellungen, Gedenkveranstaltungen und Medienaktivitäten gesorgt. Christopher Clarks Bestseller »Die Schlafwandler« und neue Gesamtdarstellungen von Herfried Münkler, Jörn Leonhard und anderen erreichten spektakuläre Verkaufszahlen, die mit ihnen verbundenen Kontroversen wurden breit rezipiert. Thematisch stand dabei die Frage im Vordergrund, wer für den Kriegsausbruch politisch verantwortlich war, zudem rückten transnationale und globale Bezüge und Schauplätze in Ost- und Südosteuropa ins Blickfeld. Das alltags- und kulturgeschichtlich motivierte Interesse am Schicksal der Städte und der Rolle der »Heimatfront« ist dagegen in der Forschung geringer gewesen.¹

Will man etwas über Hamburg erfahren, ist man nach wie vor auf die Veröffentlichungen Volker Ullrichs angewiesen, die auf seine 1976 erschienene Dissertation über die Hamburger Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg zurückgehen und durch den Blick auf den Krieg als Vorgeschichte der Revolution von 1918 geprägt sind.² Trotz der günstigen Quellenlage – so verwahrt das Hamburger Staatsarchiv allein 36 Meter Kriegsakten des Senats, Tageszeitungen und Wochenzeitschriften der Kriegsjahre sind umfassend erhalten und noch immer gelangen Tagebücher, Feldpostbriefe und sonstige private Memorabilien in die Archive – steht eine neuere wissenschaftliche Gesamtdarstellung zu Hamburg aus. Der vorliegende Aufsatz skizziert ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Aspekte der Stadtgeschichte zwischen 1914 und 1918 und möchte so deutlich machen, welche Themen und Fragestellungen dabei zu berücksichtigen wären.³

Ausgangspunkt der Überlegungen ist die These vom Ersten Weltkrieg als »totalem Krieg«, bei dem sich die Unterschiede zwischen dem militärischen und dem zivilen Sektor und zwischen Front und Heimat so weit

- 4 Vgl. zur Begrifflichkeit Chickering, Freiburg (wie Anm. 1); ders./ Stig Förster (Hg.), *Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, 1914 – 1918*, Cambridge 2000.
- 5 Vgl. u. a. Ursula Büttner, Hamburg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Hamburg im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts. Die Zeit des Politikers Otto Stolten. Sieben Abhandlungen, Hamburg 2000, S. 9 – 28, hier S. 11 – 13; Volker Stalman, Einleitung, in: ders./ Jutta Stehling, *Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19*, Düsseldorf 2013, S. 11 – 16.
- 6 Vgl. Sigrid Schambach, Hamburg auf dem Weg zu einer modernen Verwaltung, Hamburg 2002, S. 30 – 47. Auf die Problematik der Gliederung des Stadtstaates Hamburg in die Stadt selbst und die vier Landherrschaften Bergedorf, Geestlande, Marschlande und Ritzebüttel kann hier nicht weiter eingegangen werden.
- 7 Vgl. Stalman, Einleitung, S. 16 – 24 (wie Anm. 5); Christiane Teetz, Bürgermeister Otto Stolten. Ein biographisches Portrait des ersten Sozialdemokraten in der Bürgerschaft, in: Hamburg im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts (wie Anm. 5), S. 219 – 244.

verwischen, dass niemand von den Kriegsgeschehnissen unberührt bleiben konnte.⁴ Zudem sollte sich der Erste Weltkrieg als Katalysator eines tiefgreifenden Wandels in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft auf vielen Ebenen erweisen. Städte, die mit ihren Mauern in vormodernen Zeiten als Schutzraum gegen die Gewalt eines Krieges hatten dienen können, wurden 1914 selbst zu Schauplätzen und Akteuren, auch wenn es in Deutschland außerhalb der Grenzregionen zu keinen direkten Kampfhandlungen kam und militärische Ereignisse nur mittelbar über offizielle Nachrichten, Briefe und private Erzählungen in die Heimat gelangten.

1. Hamburg im Kaiserreich

Die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg waren in Hamburg durch Wachstum und wirtschaftliche Erfolge gekennzeichnet. Zählte die Stadt 1890 rund 622.000 Menschen, war um 1910 die Grenze zur Million überschritten. Hamburg und sein Hafen profitierten vom Aufschwung des Welthandels in der ersten Phase der Globalisierung. Handel, Gewerbe und Industrie blühten auf. Große Bau- und Infrastrukturprojekte zeugten vom Wohlstand der Stadt. Allerdings war dieser Wohlstand ungleichmäßig verteilt und erfasste keineswegs alle gesellschaftlichen Schichten.⁵

Politisch verharrte die »aristokratische Republik« in vormodernen Strukturen. Regiert wurde die Millionenstadt vom Senat, dem 18 auf Lebenszeit gewählte Senatoren angehörten, die aus ihrer Mitte den Ersten Bürgermeister bestimmten. Die Verwaltung bestand aus einem Geflecht von Behörden, Ämtern und Kommissionen, die von einem oder mehreren Senatoren zusammen mit ehrenamtlich mitwirkenden Bürgern

(»Deputierten«) geführt wurden. Das Wahlrecht zur hamburgischen Bürgerschaft war an das Bürgerrecht gebunden, das erst ab einer bestimmten Steuerlast verliehen wurde. So waren 1892 nur 23.645 Hamburger wahlberechtigt. Gewählt wurde zudem in drei Klassen, von denen die erste den Grundeigentümern, die zweite den Inhabern von Ehrenämtern (Notablen) und nur die dritte Klasse allen Wählern offenstand.⁶

Benachteiligt war dadurch in erster Linie die politisch und gewerkschaftlich gut organisierte Arbeiterschaft. Die Hamburger SPD hatte 1914 rund 68.000 Mitglieder und gehörte zu den mitgliederstärksten im Kaiserreich. Inhaltlich dominierte der pragmatisch-reformorientierte Flügel der Partei. Schon seit 1890 waren alle Hamburger Reichstagswahlkreise in der Hand der SPD, aber erst im Februar 1901 wurde mit dem Schlosser Otto Stolten der erste Sozialdemokrat in die Bürgerschaft gewählt. Als drei Jahre später zwölf weiteren SPD-Vertretern der Sprung ins Parlament gelang, reagierten die etablierten Kräfte mit dem »Wahlrechtsraub« von 1906, einer Verschärfung der Regelung für die Wahl in der dritten Klasse, die sich offen gegen die Arbeiterbewegung richtete.⁷

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs präsentierte sich Hamburg so als wirtschaftlich erfolgreiche, aber auch von den sozialen Spannungen der Klassengesellschaft des Kaiserreichs gekennzeichnete Metropole, in der die institutionalisierte politische Dominanz großbürgerlicher Handels- und Schifffahrtskreise und die überkommenen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen nicht die besten Voraussetzungen boten, um von außen hereinbrechende Krisen zu bewältigen.

2. Die Juli-Krise und der Kriegsausbruch 1914

Wie in allen Städten Europas erregte auch in Hamburg – wenige Tage nach dem letzten Besuch Kaiser Wilhelms II. in der Stadt – die Nachricht von dem Attentat von Sarajewo am 28. Juni 1914 großes Aufsehen. Ebenso wie in anderen Metropolen ging man aber zunächst nicht davon aus, dass es zu einem Krieg kommen werde. Erst Ende Juli beschleunigten sich die Ereignisse, und auf das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien folgte ab dem 28. Juli eine Kette von Mobilmachungen und Kriegserklärungen, die am 1. August auch das Deutsche Reich erfasste.

- 8 Vgl. Heiko Meinssen, Zwischen Kriegsbegeisterung, Kriegsforcht und Massenhysterie. Hamburg im Juli / August 1914. Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Meinung, MA-Arbeit, Hamburg 2005; Ullrich, Augusterlebnis (wie Anm. 2), S. 9 – 18.
- 9 Vgl. Ullrich, Augusterlebnis (wie Anm. 2), S. 12 – 17; ders., Kriegsaltag (wie Anm. 2), S. 10 – 21.
- 10 Hamburger Fremdenblatt, 3.8.1914, zitiert nach: Hans Reye, Der Absturz aus dem Frieden. Hamburg 1914 – 1918, Hamburg 1984, S. 30.
- 11 Vgl. Reye, Absturz (wie Anm. 10), S. 39 f.
- 12 Zitiert nach: Dietmar Molthagen, Das Ende der Bürgerlichkeit? Liverpools und Hamburger Bürgerfamilien im Ersten Weltkrieg, Göttingen 2007, S. 118.
- 13 Vgl. Urias, Die Hamburger Juden im Kriege 1914 – 1918, Hamburg 1929, S. 9 f.
- 14 Vgl. Staatsarchiv Hamburg (StaHH) 342-1 II, R 13, Geschäftseinteilung des stellvertretenden Generalkommandos IX. Armeekorps, Oktober 1917.

In Hamburg hatten die großen Zeitungen mit ihren Extrablättern zu der nervösen Spannung beigetragen, die das öffentliche Leben in jenen Tagen kennzeichnete.⁸ In der Arbeiterbewegung überwog zunächst der Widerstand gegen die Entwicklung. Nach der deutschen Kriegserklärung, die der Senat am 2. August formell billigte, schwenkten die SPD und das »Hamburger Echo« aber auf die Regierungslinie ein und akzeptierten das Argument, Deutschland führe gegen das autokratische zaristische Russland einen Verteidigungskrieg. Die Mehrheit der Arbeiterschaft folgte der SPD-Führung darin, aber ein Teil insbesondere der jugendlichen Mitglieder reagierte enttäuscht und niedergeschlagen auf die Geschehnisse.⁹

Vor allem in bürgerlichen Kreisen gingen in der Öffentlichkeit »die Wellen der Begeisterung hoch und machten sich Luft in patriotischen Gesängen und Hochrufen auf Kaiser, Reich und Bundesgenossen«, wie das »Hamburger Fremdenblatt« formulierte.¹⁰ Es kam zu skurrilen Auswüchsen des Nationalismus, als sich etwa das »Café Belvedere« in »Kaffeehaus Vaterland« und das »Hotel de Russie« in »Preußischer Hof« umbenannten oder französischer Camembert und Schreibfedern aus englischem Stahl auf einmal unverkäuflich waren.¹¹ Für andere schien dagegen unmittelbar nach Kriegsbeginn die Normalität des Alltags fortzudauern: »An den Krieg denke ich am allerwenigsten, und ich glaube, es geht vielen so. Du kannst Dir gar keinen Begriff davon machen, wie wenig verändert das äußere Leben aussieht. Verkehr auf der Straße, Einkaufen, die Gesichter der Menschen, es scheint alles fast gar nicht verändert«, schrieb die Barmbeker Lehrerin Emma Zentschel am 8. August.¹²

Der Krieg hinterließ aber durchaus schon in den ersten Tagen und Wochen Spuren in der Stadt. So kam es z. B. zu Aufläufen vor den Banken, weil viele

Menschen ihr Papiergeld in Münzen tauschen wollten. Für alle sichtbar waren auch die militärischen Übungen auf der Moorweide und natürlich die zum Bahnhof marschierenden Kompanien der preußischen Armee. Insgesamt nahmen bis Ende 1918 etwa 230.000 der 1,1 Mio. Einwohner Hamburgs als Soldaten an dem Krieg teil. 34.181 von ihnen kamen zu Tode, rund 31.500 davon durch direkte Kriegseinwirkung.¹³

Politisch bedeutete der Kriegsbeginn, dass zentrale verfassungsmäßige Rechte außer Kraft gesetzt wurden und die vollziehende Gewalt in Hamburg auf den stellvertretenden Kommandierenden General des IX. Armeekorps in Altona überging, der seinen Sitz an der



Adalbert von Falk, 1915
• Quelle: Wikimedia Commons

Palmaille hatte. Das Amt bekleidete der General der Artillerie Maximilian von Roehl, am 5. Juni 1916 folgte ihm der General der Infanterie Adalbert von Falk. Ihnen standen zunächst nur wenige Offiziere und Beamte zur Seite. Im Oktober 1917 war das Generalkommando dann personell auf rund 400 Militärs und Zivilangestellte angewachsen.¹⁴ Die stellvertretenden Generalkommandos, direkt dem Kaiser unterstellt und politisch nicht weisungsgebunden, sollten eigentlich für den Nachschub an Mannschaften und Material für das jeweilige im Fronteinsatz befindliche Armeekorps sorgen. Nun trugen sie als »Nebenregierung« auch für wichtige Bereiche der Exekutive die Verantwortung. Darunter fielen die Überwachung des öffentlichen Lebens durch die Genehmigung bzw. das Verbot von Versammlungen, die (Nach)zensur der Presse, die Postüberwachung, die Unterbringung von Kriegsgefangenen und ab Herbst 1916 durch Hindenburg-Programm und Hilfsdienstgesetz zunehmend auch die Steuerung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt sowie die Propaganda. Bestimmte Kompetenzen wie die Möglichkeit, Höchstpreise für Lebensmittel festzusetzen und politische Versammlungen zu verbieten, gab von Roehl allerdings noch im Herbst

- 15 So Roger Chickering, *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, München 2002, S. 45 f. Vgl. auch Markus Pöhlmann, *Generalkommando, Stellvertretendes*, in: Gerhard Hirschfeld / Gerd Krumeich / Irina Renz (Hg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn u. a. 2003, S. 525 f.
- 16 Carl August Schröder, *Aus Hamburgs Blütezeit. Lebenserinnerungen*, Hamburg 1921, S. 282.
- 17 Vgl. u. a. Thorsten Loch, »Aufklärung der Bevölkerung« in Hamburg. Zur deutschen Inlandspropaganda während des Ersten Weltkrieges, in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 62 (2003), S. 41 – 70, hier S. 45 f.
- 18 Vgl. Wirtschaftliche Maßnahmen im ersten Kriegsjahr, in: Karl Jahrmarkt, *Hamburger Kriegsbuch 1915*, Hamburg o. J. (1916), S. 391 f.; Birthe Kundrus, *Kriegerfrauen. Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg*, Hamburg 1995, S. 60.
- 19 *Protokolle und Ausschußberichte der Bürgerschaft* (im Folgenden: *Protokolle ...*) im Jahre 1914, Sitzung vom 6.8.1914, S. 250.
- 20 Vgl. Niall Ferguson, *Paper and Iron. Hamburg Business and German Politics in the Era of Inflation, 1897 – 1927*, Cambridge 1995, S. 93 – 151.
- 21 *Der Hamburger Hafen zur Kriegszeit*, in: Jahrmarkt, *Hamburger Kriegsbuch 1915* (wie Anm. 18), S. 388 f., hier S. 388.
- 22 Vgl. Dietrich Kersten, *Die Kriegsziele der Hamburger Kaufmannschaft im Ersten Weltkrieg. Ein Beitrag zur Frage der Kriegszielpolitik im kaiserlichen Deutschland 1914 – 1918*, Diss. Hamburg 1963, S. 44 f.

1914 an den Senat zurück und die Verantwortung für das Tagesgeschäft der städtischen Verwaltung verblieb ohnehin bei den Hamburger Behörden.

Sowohl in der Rückschau der Zeitgenossen als auch in der Forschung bekamen die stellvertretenden Generalkommandos mit ihrer politisch kaum kontrollierten Machtbefugnis einerseits und der mangelnden Kompetenz insbesondere in Wirtschaftsfragen andererseits keine guten Noten: Das System sei den Strukturen der zivilen Verwaltung »aufgepfropft« und für die Anforderungen im Ersten Weltkrieg schlicht »ungeeignet« gewesen.¹⁵ Tatsächlich belegen die erhaltenen Akten, wie umständlich der Kommunikationsprozess zwischen Altona und Hamburg oft war. Immerhin hätten sich die Generäle von Roehl und von Falk bemüht, »die Interessen des hamburgischen Staates und seiner Bewohner, soweit irgend tunlich, zu schonen und dem Senate nicht zu nahe zu treten«, schrieb Bürgermeister Carl August Schröder 1921, ließ aber auch durchblicken, dass das Verhältnis zu von Roehl enger gewesen sei als zu seinem Nachfolger.¹⁶ Die Maßnahmen von Falks griffen sowohl bei der Kontrolle des öffentlichen Lebens – dies richtete sich vor allem gegen die kritischen Teile der Arbeiterbewegung, die von Anfang an bespitzelt und durch Haussuchungen, Versammlungsverbote und Einberufungen ihrer führenden Köpfe drangsaliert wurde –, als auch in der Kriegswirtschaft tiefer in das städtische Leben ein.¹⁷ Zudem weiteten die Berliner Zentralstellen hier ihre Macht ständig aus und engten die Handlungsspielräume von Senat und Bürgerschaft zusätzlich ein.

Für die Finanzierung kriegsbedingter Mehrausgaben, insbesondere die Unterstützung der Familien eingezogener Soldaten, aber auch Hilfen für die Hamburger Wirtschaft, stellte die Bürgerschaft am 6. August 1914 die ersten 5 Mio. Mark bereit. Sie sollten nur

wenige Wochen reichen: Bis zum Herbst 1918 wurden insgesamt 455 Mio. Mark bewilligt, und bei Kriegsende hatte sich das Haushaltsdefizit mehr als verzehnfacht. Im Oktober 1915 unterstützte Hamburg monatlich bereits 89.000 Familien, und obwohl die Zuwendungen über den Reichssätzen lagen, reichten sie kaum aus, um die Teuerung aufzufangen, so dass der Lebensstandard bis weit in bürgerliche Schichten hinein sank.¹⁸ Über die Verteilung der staatlichen Mittel beriet ein ebenfalls noch am 6. August eingesetzter besonderer Ausschuss der Bürgerschaft mit zehn »Vertrauensmännern« aller Parteien einschließlich der Sozialdemokraten.¹⁹

3. Die wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs im Krieg

Der britische Historiker Niall Ferguson hat dargelegt, dass Hamburg als Hafen- und Handelsstadt wirtschaftlich wie keine andere Großstadt im Kaiserreich durch den Krieg getroffen wurde, nachdem der Hafenbetrieb durch die britische Seeblockade, die erst Mitte 1919 endete, praktisch zum Erliegen gekommen war.²⁰ Das letzte Schiff aus Übersee war am 13. August 1914 eingelaufen, danach erreichten Hamburg nur noch sporadisch neutrale Schiffe. Der Stadt sei »ihr Lebensnerv, die Schifffahrt und der Überseehandel, durchschnitten« worden, hieß es in einem von der Oberschulbehörde 1916 herausgegebenen »Kriegsbuch«.²¹ Die Handelsschiffe der Hamburger Reedereien lagen still, waren im Ausland interniert oder zu Hilfskreuzern umgerüstet, überseeischer Besitz der Handelshäuser zum Teil enteignet.²² Kriegsbedingte Umstrukturierungen des Welthandels zugunsten Großbritanniens, der USA und Asiens wurden darüber hinaus zu Recht als langfristige Gefahr für Hamburg gesehen.

Einen Ausweg schien die Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den politischen Verbündeten des Reiches zu bieten und so pflegte die Hansestadt in der zweiten Kriegshälfte besonders die Kontakte zur Türkei. Türkische Politiker wurden im Rathaus empfangen und türkische Lehrlinge in Deutschland ausgebildet, während umgekehrt Hamburger Kaufleute Türkischkurse besuchten und die Werft Blohm + Voss eine »Deutsch-Osmanische Werftenvereinigung« anstrebte. Aus Rücksicht auf die neuen Freunde benannte Hagenbecks Tierpark Ende 1916 das Nilpferd »Mohammed« in »Jenny« um.²³

CHRISTOPH STRUPP
■ DIE MOBILISIERTE
GESELLSCHAFT. HAMBURG
IM ERSTEN WELTKRIEG

Kurz nach Kriegsbeginn stieg in den von Hafen und Handel abhängigen Branchen zunächst die Arbeitslosigkeit, bevor es durch weitere Einberufungen und den Bedarf kriegswichtiger Industriebetriebe schon im Herbst 1914 zu einem Arbeitskräftemangel kam. Waren

in der ersten Hälfte des Krieges die Arbeiter noch aus eigenem Antrieb z. B. zu den Werften geströmt, die bald im Schichtbetrieb Torpedo- und Unterseeboote bauten, so hob das am 6. Dezember 1916 in Kraft getretene Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst die freie Wahl des Arbeitsplatzes auf und verpflichtete alle Männer zwischen dem 17. und

60. Lebensjahr, die nicht eingezogen waren oder zuvor in der Landwirtschaft gearbeitet hatten, in der Rüstungsindustrie oder in einem kriegswichtigen Betrieb zu arbeiten. Zudem wurden reichsweit Kriegsgefangene eingesetzt, darunter in Hamburg allein bei Blohm + Voss über 400 Mann.²⁴

Zu den fundamentalen Verschiebungen in der Beschäftigungsstruktur der Stadt gehörte schließlich die Ausweitung der Arbeit von Frauen, deren versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gerade in Stadtstaaten überproportional zunahmen. Die Zahl männlicher Arbeitskräfte sank in Hamburg von 1914 bis 1918 um rund 80.000 und der Frauenanteil stieg in Industrie und Handwerk in dieser Zeit von 20 auf 33 Prozent.²⁵ »Ein Beispiel, daß wir täglich vor Augen haben, ist die Straßenbahnschaffnerin. Anfangs schrieb man noch sehr viel in den Zeitungen, daß eine Frau solchen Anstrengungen nicht gewachsen sei, aber schließlich zwang doch die bittere Notwendigkeit dazu, Frauen auch hier einzustellen, und merkt man



Feldpostkarte mit österreichischer, deutscher und türkischer Flagge, 1916 • Quelle FZH-Archiv

23 Vgl. Hamburger Woche, 14.6.1916, S. 7; ebd., 25.10.1916, S. 3; ebd., 6.12.1916, S. 6; Reye, Absturz (wie Anm. 10), S. 150; Olaf Mertelsmann, Zwischen Krieg, Revolution und Inflation. Die Werft Blohm & Voss 1914 – 1923, München 2003, S. 108 – 114.

24 Vgl. Ullrich, Kriegsalltag (wie Anm. 2), S. 78 – 83; Mertelsmann, Zwischen Krieg (wie Anm. 23), S. 27 – 34, 44 – 48, 76 – 78.

25 Vgl. Chickering, Das Deutsche Reich (wie Anm. 15), S. 141 – 143, der allerdings betont, dass der Anstieg des Frauenanteils an der Arbeitsbevölkerung bereits vor dem Krieg begonnen hatte und es im Krieg eher zu Verschiebungen zwischen den Branchen kam.

eine Verschlechterung gegen früher? Nein, der Straßenbahnverkehr wickelt sich genau so pünktlich ab wie in Friedenszeiten.«²⁶ War die Arbeit für die meisten Frauen notwendig, um angesichts der steigenden Preise für Güter des täglichen Bedarfs das Überleben zu sichern, dienten in gehobenen bürgerlichen Kreisen die Arbeit außer Haus oder das Engagement bei Kriegshilfsdiensten auch der Bewältigung von Einsamkeit und Angst. Gleichzeitig ermöglichten diese Tätigkeiten, sich mit dem Krieg zu identifizieren.²⁷

Das Wirtschaftsleben in Hamburg veränderte sich wie in den übrigen Teilen des Reiches auch spätestens ab 1915 durch die kriegsbedingt immer stärker zunehmende staatliche Regulierung. Behörden und Kommissionen in Hamburg, in der zweiten Kriegshälfte dann aber vor allem in Berlin, kontingentierten Rohstoffe und Nahrungsmittel, setzten Preise fest, kontrollierten die Einhaltung der sich ständig verschärfenden Vorschriften z. B. bei der Abgabe von Lebensmitteln und schränkten damit klassische unternehmerische Tätigkeiten weitgehend ein.

In einer Handelsstadt wie Hamburg, in der dem selbständigen Kaufmann eine überhöhte symbolische Bedeutung zukam, wurde dieser »Staatssozialismus«²⁸ besonders scharf kritisiert. Geschäftsinhaber sahen ihre Läden zu Güterverteilstellen herabgewürdigt und fürchteten, dauerhaft durch den Staat verdrängt zu werden.²⁹ Selbst der für die Versorgung zuständige Senator Arnold Diestel räumte Ende 1917 ein, dass der Staat Waren entgegennehme und verteile, sei »eigentlich etwas Unnatürliches [...], was nur durch die ungewöhnlichen Zeitverhältnisse erklärt werden kann«. Vorschriften zu Preisen und zum Gewinn seien in einer Handelsstadt wie Hamburg »ungeheuerlich«, aber im freien Spiel des Marktes wäre man »dem Abgrund zuge taumelt«.³⁰ Trotz der staatlichen Vorgaben mussten die Händler sich gegen Vorwürfe des Preiswuchers und der Spekulation einer zunehmend verbitterten Bevölkerung wehren.

26 Ersatz männlicher Arbeitskräfte durch weibliche, in: Karl Jahrmak, Hamburger Kriegsbuch 1916, Hamburg 1917, S. 325 f.

27 Vgl. Molthagen, Ende (wie Anm. 12), S. 322 – 324.

28 Protokolle ... im Jahre 1917, Sitzung vom 19.12.1917, S. 478 (Jacobey). Vgl. auch die Formulierung von Carl Petersen, der bereits im Winter 1915 seinem Bruder schrieb: »Die Zeit zwingt uns zur Sozialisierung ganzer Zweige des Wirtschaftslebens, weil das Allgemeininteresse das erfordert«, zitiert nach: Sigrid Schambach, Carl Petersen, Hamburg 2000, S. 42.

29 Vgl. Kersten, Kriegsziele (wie Anm. 22), S. 47 – 49.

30 Vgl. Protokolle ... im Jahre 1917, Sitzung vom 14.11.1917, S. 396 – 399 (Zitat S. 397).

- 31 Vgl. Anton F. Guhl, Johannes August Lattmann. Sozial und liberal im vordemokratischen Hamburger Senat, Hamburg 2013, S. 89 f.
- 32 Protokolle ... im Jahre 1915, Sitzung vom 6.10.1915, S. 195f. (Rohde). Vgl. auch Kundrus, Kriegerfrauen (wie Anm. 18), S. 49. Die »Richtlinien« dazu umfassten in der am 20. Dezember 1914 veröffentlichten 3. Auflage bereits 42 Seiten.
- 33 Friedrich Zahn, Bericht über Entstehung, Organisation und Tätigkeit der Hamburgischen Kriegshilfe, Hamburg 1914, S. 12 (Zitat); Kundrus, Kriegerfrauen (wie Anm. 18), S. 93, 218 f.
- 34 Die Massenspeisung in Hamburg, in: Jahrmärkte, Hamburger Kriegsbuch 1916 (wie Anm. 26), S. 309 – 313. Vgl. auch die Speisepläne der Kriegsküchen für Dezember 1915 in: StaHH 111-2, B II b 608, Bl. 5 ff.
- 35 Vgl. Ullrich, Kriegsalltag (wie Anm. 2), S. 40; Protokolle ... im Jahre 1916, Sitzung vom 21.6.1916, S. 212.
- 36 StaHH 111-2, B III a1, Bl. 22, Protokoll der Vertrauenskommission, 77. Sitzung, 15.9.1916.
- 37 Vgl. Louis Sanne, 15 Monate Kriegstätigkeit des Hamburger Roten Kreuzes, Hamburg 1915; Molthagen, Ende (wie Anm. 12), S. 161.
- 38 Vgl. Iris Groschek, Wo bleibt der Dank des Vaterlandes? Zur Situation der Schwerkriegsbeschädigten des Ersten Weltkrieges unter besonderer Berücksichtigung Hamburgs, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 88 (2002), S. 147 – 177, hier S. 160 f.

4. Die materielle Unterstützung des Krieges in der Stadt

Die durch Preissteigerungen und den allgemeinen Mangel verursachte soziale Not zu lindern, war in den Großstädten eine drängendere Aufgabe als auf dem Land. In den »Hamburger Nachrichten« erschien am 5. August 1914 der erste Spendenaufruf einer neuen Organisation, die von den großen Wohlfahrtsvereinen, den Bürgervereinen, dem Roten Kreuz und der öffentlichen Armenpflege unter der Leitung von Senator August Lattmann gegründet worden war: die »Hamburgische Kriegshilfe«.³¹ Sie stand unter dem Patronat prominenter Bürger und Politiker der Stadt, darunter der Bankier Max Warburg, der Unternehmer Edmund Siemers, Elise Mönckeberg, die Witwe Bürgermeister Johann Georg Mönckebergs, aber auch der Sozialdemokrat Otto Stolten. Mit einem Netz von Bezirksausschüssen, in denen Hunderte freiwilliger Helfer mitarbeiteten, darunter auf den unteren Ebenen viele Frauen, sollte sie dezentral überall dort helfen, wo Familien durch den Krieg in Not geraten waren. Da auch das Reich und manche Arbeitgeber Unterstützung gewährten, wurde »in jedem einzelnen Falle ganz außerordentlich scharf untersucht [...], ob auch keine Übergriffe vorkommen wie bei allen derartigen Sachen«.³² Anschließend erhielten die Betroffenen materielle und immaterielle Hilfen, waren aber auch einer an bürgerlichen Werten orientierten Kontrolle ihrer Lebensführung ausgesetzt. Schließlich sollten durch die »Kriegshilfe« die »sittlichen Zusammenhänge unserer Volksgenossen stark erhalten« werden.³³ Von ihrer Struktur her war die »Kriegshilfe« Ausdruck der Selbstmobilisierung der städtischen Gesellschaft und stand zudem in der Tradition bürgerlich-philanthropischen Engagements für soziale Ziele.

Enorme Kosten verursachte die wichtigste Maßnahme zur Linderung der Versorgungsprobleme: die Massenspeisung der Bevölkerung. Bereits Mitte August 1914 waren 54 zentrale Kriegsküchen in den einzelnen Stadtteilen eingerichtet, im September 1916 bestanden 88, die mittags bis zu 4000 Teilnehmer versorgten. Die abgegebenen Mengen schwankten mit der allgemeinen Ernährungslage, stiegen aber tendenziell von 1914 bis 1918 an. Serviert wurde »Zusammengekochtes«: Graupensuppe, Dosenfleisch mit Nudeln, Mais oder Hirse mit Fliederbeersuppe, Saure Suppe (verlorene Aalsuppe), Heringe mit Schneidebohnen in Milch, Erbsmehlsuppe oder Fleisch mit Steckrüben, wobei Fleischmahlzeiten schon 1916 reduziert werden mussten.³⁴ Zweifellos waren die Kriegsküchen ein wichtiges Instrument zur Entschärfung des sozialen Sprengstoffs des Hungers, und so forderte der Linksliberale Curt Platen 1916 ausdrücklich, die Bürger nicht von der Nutzung abzuschrecken.³⁵ Konservative fürchteten dagegen »eine Schädigung des Familienlebens und die Entwöhnung der Frauen von der Führung des eigenen Haushalts«.³⁶

Eine besondere Gruppe hilfsbedürftiger Menschen stellten verwundete und kriegsversehrte Soldaten dar. Ihre Präsenz im Stadtbild erinnerte spätestens 1915 drastisch an die Schrecken des Krieges. Verwundete wurden am Hannoverschen Bahnhof vom Roten Kreuz in Empfang genommen und auf Lazarette in der ganzen Stadt verteilt.³⁷ Um die Invaliden, die dauerhaft erwerbsgemindert waren, kümmerte sich der ebenfalls privat als Verein organisierte und von Senator Gottfried Holthusen geleitete »Hamburgische Landesausschuss für Kriegsbeschädigte«. Sein Ziel war, die Männer wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern. Dazu fanden für arm- oder beinamputierte, erblindete oder ertaubte Soldaten Schulungen statt, in denen sie allgemeine Fähigkeiten wie z. B. das Ablesen von den Lippen oder Schreibmaschine schreiben lernten und in neuen, meist handwerklichen Berufen unterwiesen wurden.³⁸

Die Mobilisierung der Hamburger Bevölkerung für den Krieg kam auch in den zahllosen Spenden- und Sammelaktionen zum Ausdruck, die den ganzen Krieg hindurch stattfanden. Im Sommer 1914 ging es zunächst um Geldspenden für die »Kriegshilfe« oder das Rote Kreuz und in eher unorganisierter Form um Sachspenden aller Art für Soldaten und Bedürftige in der Bevölkerung. Am 1. August 1915 wurde am Jungfernstieg ein hölzernes 2,70 Meter hohes Michaels-Standbild eingeweiht, in das Nägel

CHRISTOPH STRUPP

■ DIE MOBILISIERTE GESELLSCHAFT. HAMBURG IM ERSTEN WELTKRIEG

- 39 Vgl. Gerhard Schneider, In Eiserner Zeit. Kriegswahrzeichen im Ersten Weltkrieg. Ein Katalog, Schwalbach/ Ts. 2013, S. 249 – 254, zu Altona S. 254 f., Harburg S. 259, Wandsbek S. 261 f.; Der eiserne Michael, in: Jahrmakt, Hamburger Kriegsbuch 1915 (wie Anm. 18), S. 376 f.
- 40 Vgl. Sammeln im Dienste des Vaterlandes, in: Jahrmakt, Hamburger Kriegsbuch 1916 (wie Anm. 26), S. 313 – 318.
- 41 Vgl. Protokolle ... im Jahre 1916, Sitzung vom 10.5.1916, S. 176 (Meyer), sowie Protokolle ... im Jahre 1915, Sitzung vom 24.11.1915, S. 229 (Stubbe), Protokolle ... im Jahre 1916, Sitzung vom 5.4.1916, S. 144 (Platen), Protokolle ... im Jahre 1917, Sitzung vom 14.11.1917, S. 398 (Diestel).
- 42 Vgl. z. B. Protokolle ... im Jahre 1916, Sitzung vom 5.4.1916, S. 144 (Platen). Vgl. Gegenreden der für die Organisation der Ernährung Verantwortlichen, z. B. Leo Lippmann, Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Erinnerungen und ein Beitrag zur Finanzgeschichte Hamburgs. Aus dem Nachlaß hg. von Werner Jochmann, Hamburg 1964, S. 200 – 203, 206.
- 43 Vgl. Die Urbarmachung des Hahnöfersandes, in: Jahrmakt, Hamburger Kriegsbuch 1915 (wie Anm. 18), S. 409 – 414; Reye, Absturz (wie Anm. 10), S. 140 – 143.
- 44 Protokolle ... im Jahre 1915, Sitzung vom 6.10.1915, S. 193 (Platen).



Werbekampagne für eine Kriegssammlung in Hamburg, 1916
• Quelle: FZH Archiv

eingeschlagen werden konnten. Bis zum Frühjahr 1916 wurden so rund 270.000 Mark an Spenden erzielt. Ähnliche »Nagelungen« kleinerer Objekte gab es in Geschäften und auf anderen öffentlichen Plätzen, größere wurden 1915 auch in den Nachbarstädten Altona, Harburg und Wandsbek aufgestellt.³⁹ Größere Geldsummen wurden auch bei den jeweils im Oktober stattfindenden »Hamburger Opfertagen« gesammelt, Spender belohnte man mit einem besonders bei Kindern begehrten kleinen Fähnchen.

Im Herbst 1914 begannen zudem erste Sammlungen, die Engpässe bei Rohstoffen beheben sollten oder der Verbesserung der Ernährungslage dienten. Sie wurden bis 1918 immer weiter ausgedehnt: Die Hamburger gaben aus ihren Haushalten Metalle ab, Altkleider, Wolle, Korken sowie Küchenabfälle zur Viehfütterung, Kinder sammelten Eicheln für die Schweine, Maikäfer für die Hühner, Obstkerne zur Gewinnung von Ölen und Brennesseln als Spinnstoff.⁴⁰ Im Sommer 1917 wurden Kirchenglocken eingeschmolzen, im Sommer 1918 öffentliche Denkmäler.

5. Ersatzbrot, Kartoffelkrise und »Steckrübenwinter«

Die größten und für die Masse der Bevölkerung in allen deutschen Städten spürbarsten Schwierigkeiten ergaben sich im Lauf des Krieges bei der Versorgung mit Lebensmitteln. Schätzungen gehen davon aus, dass reichsweit der Unterernährung bis zum Kriegsende bis zu 700.000 Menschen zum Opfer fielen. Der »Steckrübenwinter« von 1916/17 wurde zum Synonym einer Ernährungskrise, zu der viele Faktoren beitrugen: mangelnde Planung im zivilen Bereich für den Kriegsfall, die Tatsache, dass Deutschland ein Importland für wichtige Grundnahrungsmittel war und sich die Seeblockade deshalb hier besonders verhängnisvoll auswirkte, die Vorstellung von einem kurzen Krieg, die 1914 keine umfassende Bevorratung zu erfordern schien, Probleme der Organisation der Verteilung, bei der marktwirtschaftliche Prinzipien nur schrittweise aufgegeben wurden, der kriegsbedingte Mangel an Arbeitskräften und Zugtieren in der Landwirtschaft, schließlich ungünstige Wetterlagen und Missernten.

Hamburg konnte zudem als politisch selbständiger Stadtstaat nicht auf ein größeres landwirtschaftliches Hinterland zurückgreifen, sondern war etwa bei der Fleischversorgung von Lieferungen aus den angrenzenden preußischen Gebieten abhängig.⁴¹ Dass die Berliner Zentralstellen Hamburg bei den Zuteilungen nicht angemessen berücksichtigen und die preußischen Landräte der umliegenden Bezirke sich für Hamburg nicht engagierten, wurde in Bürgerschaft und Bevölkerung ständig beklagt. Umgekehrt ermöglichte die Nähe zu Altona oder Wandsbek den Vergleich von Menge, Qualität und Preis von landwirtschaftlichen Gütern und führte sofort zu Unzufriedenheit, wenn dieser Vergleich zum Nachteil Hamburgs ausfiel.⁴² Eine der Maßnahmen, mit denen zusätzlich Lebensmittel produziert werden sollten, war ab März 1915 die Urbarmachung der Elbinsel Hahnöfersand für den Kartoffelanbau durch 1.200 russische Kriegsgefangene.⁴³

Am 1. Februar 1915 rationierte die Stadtverwaltung Brot und Mehl und führte Ende März als erste Lebensmittelkarte die Brotkarte ein. Allerdings war das erhältliche Brot bald mit Kartoffelmehl gestreckt und immer öfter »von einer Beschaffenheit ..., daß es einen Hund jammern kann!«⁴⁴ Eine Woche später beantragte der Senat die Schaffung einer »Kommission für Kriegsversorgung«, die von einem gemeinsamen Ausschuss aus Senat, Bürgerschaft und Deputation geleitet werden, Grundnahrungsmittel beschaffen

45 Vgl. Protokolle ... im Jahre 1915, Sitzung vom 8.2.1915, S. 24; zur Arbeit der Kommission Lippmann, Mein Leben (wie Anm. 42), S. 214–221.

46 Kleines Hamburger Kriegskochbuch, hg. vom HK-Ausschuß für Volksernährung, Hamburg 2. Aufl. 1915, Vorwort (Dez. 1914).

47 H. Lotz, Kriegsküche, in: Vorträge gehalten in dem von der Oberschulbehörde veranstalteten Lehrkursus in Hamburg, für Redner und Rednerinnen über Volksernährung im Kriege, Hamburg 1915, S. 143–148, hier S. 143.

48 Protokolle ... im Jahre 1915, Sitzung vom 24.11.1915, S. 225–230. So hatte das stellvertretende Generalkommando für den 27. November 1914 und den 25. Juni 1915 vorgesehene öffentliche Versammlungen von Gewerkschaften und SPD zur Lebensmittelversorgung verboten: vgl. Reye, Absturz (wie Anm. 10), S. 127.

und an die Bevölkerung abgeben sollte.⁴⁵ Die Aktivitäten der Kommission waren nicht ohne Erfolg, trugen aber durch die Vorratskäufe auch dazu bei, dass die Preise für die Endverbraucher weiter stiegen. Zudem wurde schon im Juni 1915 darüber gestritten, ob die Lebensmittel nicht schneller für die Bevölkerung freigegeben werden müssten, zumal Gerüchte über Verluste bei Kartoffeln und tiefgefrorenem Fleisch durch Lagerschäden umliefen.

Zu Jahresbeginn 1915 hatte der Ausschuss für Volksernährung der »Hamburgischen Kriegshilfe« ein »Kriegskochbuch« veröffentlicht, in dem die Menschen gemahnt wurden, »zum Wohle unseres geliebten Vaterlandes und zur Erhaltung seiner Volkskraft, auch bei langer Dauer des Krieges«, beizutragen. Knapper werdende Nahrungsmittel seien »mit verständiger Beschränkung zu gebrauchen und reichlich vorhandene vielfältig zu verwenden«.⁴⁶ Kriegsküche bedeute Sparsamkeit bei Lebensmitteln, nicht beim Geld, wurde in Lehrkursen zur Volksernährung vermittelt. Bessergestellte Kreise seien verpflichtet, »auch teure Lebensmittel zu benutzen, um die billigeren den weniger bemittelten Volkskreisen freizuhalten«.⁴⁷ Solche Mahnungen konnten die Kartoffelkrise des Sommers 1915 aber nicht verhindern.

Ende November 1915 beantragte die SPD in der Bürgerschaft erneut, wichtige Lebensmittel zu beschlagnahmen, mehr Höchstpreise festzusetzen und Kartoffeln und Kohle auf Reichskosten an Bedürftige zu verteilen. Zur Begründung verwies der Abgeordnete Heinrich Stubbe darauf, dass die Bevölkerung von steigenden Preisen und Spekulation unterschiedlich betroffen sei: Während die Ärmeren teilweise schon unterernährt seien, weil Lebensmittel, selbst wenn sie wie Fleisch, Fisch oder Eier vorhanden waren, nicht mehr zu bezahlen seien, hätten die »besitzenden

Kreise« bisher ihre Lebensweise kaum einschränken müssen. Stubbe kritisierte auch, dass in Hamburg im Gegensatz zu Altona oder Wandsbek eine öffentliche Diskussion über die Versorgungsprobleme unterdrückt werde.⁴⁸

Im Jahr 1916 blieb die Ernährungslage ein Dauerthema in der Bürgerschaft. Vor allem die bürgerlichen Abgeordneten sahen die sich immer wieder zuspitzenden Versorgungskrisen, die sich neben Mehl oder Kartoffeln in jahreszeitlich unterschiedlicher Intensität auch auf andere Lebensmittel erstreckten, als eine Frage der Verteilung, weniger als Grundproblem des Krieges: Man debattierte endlos über die Organisation des Mangels, bessere Distributionssysteme, die Abgrenzung von Kompetenzen, Lebensmittelkarten und gestaffelte Uhrzeiten für Warenausgaben, um Menschaufläufe vor den Geschäften zu verhindern.

Berliner Einrichtungen, auf die Hamburg zu wenig Einfluss habe, wurden ebenso für die Probleme verantwortlich gemacht wie andere Großstädte, mit denen Hamburg konkurrierte, und schließlich die Bauern, die ihr Gemüse an auswärtige Aufkäufer verkauften anstatt Hamburg zu beliefern.

Ab dem Sommer 1916 wurden zumindest die erneut knappen Kartoffeln dann an elf Löschplätzen u. a. im Arbeiterstadtteil Barmbek direkt aus Schuten heraus an die Bevölkerung abgegeben. Die Unzufriedenheit wuchs: In letzter Zeit höre man »in den Straßenbahnen, auf der Straße, in den Privathäusern und wohin man kommt – ernste Angriffe gegen unsere Behörden«.⁴⁹ Dazu trugen die sozialen Unterschiede in der Versorgung bei. Nahrungsmittelknappheit und langes Anstehen, um die Grundbedürfnisse zu befriedigen, erfassten nach zwei Jahren Krieg immer größere Teile der Bevölkerung, aber keineswegs alle: So bewarben »Fleischers Weinstuben« am Hauptbahnhof Anfang Juli 1916 in der »Hamburger Woche« ungerührt »Hummer, Austern und Kaviar« sowie »bestgepflegte Weine«.⁵⁰

Ende September 1916 wurde die Lebensmittelversorgung auf eine neue organisatorische Grundlage gestellt: Nachdem der Senat seinen Widerstand gegen eine Zentralisierung aufgegeben hatte, bündelte das neu eingerichtete »Kriegsversorgungsamt« (KVA) unter der Leitung von drei Senatoren und

49 Vgl. Protokolle ... im Jahre 1916, Sitzung vom 21.6.1916, S. 206 (Rohde).

50 Hamburger Woche, 5.7.1916, S. 8. Vgl. auch die im Hamburger Echo vom 28.1.1917 veröffentlichte Speisekarte eines Hotels in Mecklenburg – ein Land, »aus dem Hamburg trotz der dringlichsten Vorstellungen und eifrigsten Bemühungen nicht einmal die ihm zustehenden Kartoffeln bekommen konnte«, wie das »Echo« herausstellte –, die Rehrücken, Rumpsteak, Kalbsleber, Scholle, Räucheraal usw. offerierte: abgedruckt in: Jens Flemming / Klaus Saul / Peter-Christian Witt (Hg.), Lebenswelten im Ausnahmezustand. Die Deutschen, der Alltag und der Krieg 1914 – 1918, Frankfurt / M. 2011, S. 304 f.

- 51 Vgl. zum KVA StaHH 111-2, B II b 49 UA 28 sowie aus zeitgenössischer Perspektive Lippmann, *Mein Leben* (wie Anm. 42), S. 222–237.
- 52 Vgl. Protokolle ... im Jahre 1916, Sitzung vom 15.11.1916, S. 343 (Diestel).
- 53 Protokolle ... im Jahre 1916, Sitzung vom 15.11.1916, S. 342–345 (Zitat S. 345).
- 54 StaHH 111-2, B II b 608, Bl. 70: Bericht vom 23.8.1917.
- 55 Vgl. Protokolle ... im Jahre 1917, Sitzung vom 14.11.1917, S. 399–401 (Platen); Protokolle ... im Jahre 1917, Sitzung vom 28.11.1917, S. 411–418; Protokolle ... im Jahre 1917, Sitzung vom 19.12.1917, S. 473–484.
- 56 Vgl. Molthagen, *Ende* (wie Anm. 12), S. 66 f., 76 f., 155–159, 166 f., 176–178; Philipp Münch, *Bürger in Uniform. Kriegserfahrungen von Hamburger Turnern 1914–1918*, Freiburg / Br. 2009, S. 179.
- 57 Vgl. Molthagen, *Ende* (wie Anm. 12), S. 122, auch S. 113.
- 58 Brief Wilhelm Wehrauchs, 30.9.1916, zitiert nach: Molthagen, *Ende* (wie Anm. 12), S. 164.

fünf Bürgerschaftsabgeordneten, darunter dem Sozialdemokraten Emil Krause, die Kompetenzen mehrerer Behörden.⁵¹ Allerdings war das KVA an Berliner Vorgaben gebunden und konnte insbesondere nicht mehr selbsttätig Waren ankaufen und bevorraten: Wie privaten Haushalten war auch den Gemeinden nun das »Hamstern« verboten.⁵² Dass der zuständige Senator Diestel in der Bürgerschaft kritisierte, der Ernährungsfrage werde zu viel Aufmerksamkeit gewidmet und die »einfachere Art der Lebensführung« im Krieg lobte, musste auf die Bevölkerung geradezu zynisch wirken.⁵³

Der Winter 1916/17 wurde für viele Menschen zu einem bitteren Hungerwinter. Steckrüben, die die Stadt in einem riesigen Freiluftlager in Billbrook eingelagert hatte, ersetzten andere Nahrungsmittel, aber selbst sie mussten am Ende des Winters rationiert werden. Der Ausschuss für Volksernährung der »Hamburgischen Kriegshilfe« hatte am 29. November 1916 ein erstes Flugblatt mit Kochrezepten für Steckrüben herausgegeben, aber das Gemüse taugte kaum dauerhaft als Grundnahrungsmittel. Die Kälte und der Mangel an Heizmaterial zwangen zu weitgehenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens: Geschäfte reduzierten ihre Öffnungszeiten, Vergnügungsstätten und Schulen blieben geschlossen, Kirchen durften nicht mehr beheizt werden und Turnhallen wurden zu öffentlichen »Wärmehallen« umfunktioniert. Im Frühjahr 1917 traten in Hamburg erste Hungerödeme auf und obwohl sich die Ernährungslage vorübergehend wieder besserte, musste das KVA im August 1917 melden, dass die »gedrückte Stimmung der Bevölkerung leider ein Dauerzustand geworden« sei.⁵⁴

Auch im Kriegswinter 1917/18 waren nicht genügend Lebensmittel, insbesondere Fette, vorhanden. Spekulantentum und Schwarzhandel bekam man nicht in den Griff, die ablieferungspflichtigen Bauern im

Umland wurden nicht wirksam kontrolliert. In der Bürgerschaft stritt man unverändert, ob in einer noch rigideren Zwangswirtschaft oder im Gegenteil in der Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen die Lösung liege und kritisierte erneut die Rolle der Berliner Kriegsgesellschaften.⁵⁵ Reichsweit schürte das staatliche Engagement in der Lebensmittelversorgung die Erwartungshaltung der Menschen und untergrub durch die mangelhaften Ergebnisse zugleich die Autorität der Behörden. Auch im vierten Kriegswinter gab es wieder massive Einschränkungen im öffentlichen Leben, um Kohle zu sparen. Die Alsterschiffahrt wurde eingestellt, Straßenbahnen waren überfüllt. Hunger und Kälte zermürbten die Moral der Bevölkerung.

6. Die »Normalisierung des Ausnahmezustandes«. Individuelle und kollektive Kriegserfahrungen

Der Krieg war auf der Ebene individueller Erfahrungen für viele Hamburger nicht nur durch die Versorgungssituation bestimmt. Die räumliche Trennung unterbrach die gewohnten persönlichen Beziehungen von Ehepartnern, Eltern und Kindern, Verwandten, Freunden, Schul- oder Vereinskameraden. Feldpostbriefe ersetzten die Alltagskommunikation: Soldaten an der Front berichteten von ihren Lebensumständen, Briefe aus der Heimat thematisierten den Wandel der Verhältnisse, insbesondere in der Arbeitswelt und bei der Versorgung, die Trennung und natürlich die Sorge um Partner und Angehörige angesichts verlustreicher Kämpfe.⁵⁶ Dabei wuchs im Lauf des Krieges der Erfahrungsabstand: In Hamburg war der Kriegsalltag zumindest in bürgerlichen Kreisen zunehmend »geprägt von der Normalisierung des Ausnahmezustandes«⁵⁷, an der Front schwand das Verständnis für die Probleme daheim: »Wir hausen hier in einem verstärkten Keller, essen gut, klönen und erzählen und das alles dreht sich nur um einen Punkt: die Heimat. Wenn uns hier einer sagte, es wäre garnicht so schön dort, wegen Brot-, Fleisch- und Milchkarten und wegen sonstigen Geschichten, wir würden ihn auslachen, und ihn auffordern, mit uns zu tauschen.«⁵⁸

Entfremdung und Sprachlosigkeit spiegeln auch die Briefe des jungen Reserveleutnants Walter Thomae aus Bergedorf an seine Eltern wider.

CHRISTOPH STRUPP
■ DIE MOBILISIERTE
GESELLSCHAFT. HAMBURG
IM ERSTEN WELTKRIEG



Walter Thomaе • Quelle: FZH Archiv

59 Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Archiv, Best. 11/T 16: NL Walter Thomaе, Brief vom 29.5.1915. Thomaе überlebte den Krieg nicht, er starb am 20.11.1917 bei Cambrai.

60 FZH, Archiv, Best. 11/G 16: NL Götze, Brief Luise Dannehl's an Martin Schulz, 14.9.1914.

Er schrieb Ende Mai 1915: »Mehr noch als über den Inhalt scheint Ihr Euch über den Ton und Stil meines Briefes geärgert zu haben. Bei Dir und Mutter kann ich es verstehen, seht Ihr beide doch alles das schwinden, was Ihr mir von früh auf anezogen habt, Höflichkeit, Rücksichtnahme und Wahl der Worte, kurz und gut den Anstand des Friedens. Vater, soviel Lebensweisheit Ihr auch haben mögt, den Krieg kennt Ihr nicht und auch den Menschen nicht. In dem Ton, in dem ich Euch schrieb, geben wir Infanterieoffizieren unser Mißvergnügen zu verstehen, wenn sie uns eine schöne Grabentrace verbocken. Also noch lange kein Ton, mit dem man einen Stallknecht anschnauzt, wie mein Fräulein Schwester meint.«⁵⁹

Individuelle Erlebnisse der Hamburger, die über Briefe, Tagebücher und gedruckte Erinnerungen nur punktuell zu erfassen sind, verdichteten sich zu kollektiven Erfahrungen, die durch öffentliche Veranstaltungen, Presse und Propaganda kanalisiert wurden. »Gestern Abend war ich mit meiner Schwester und Gutti in der Stadt auf dem Rathausmarkt. Hier herrscht nämlich jetzt jeden Sonntagabend sehr reges Leben. Ein[e] Kapelle spielt von ½ 9 Uhr ab patriotische Lieder und das Publikum singt mit. [...] Ein alter Herr mit weißem Haar und weißem Bart hielt eine Rede, von der ich allerdings nichts verstanden habe, den wir standen zu weit entfernt, aber nach der Rede haben wir alle gesungen ›Ein feste Burg ist unser Gott.‹ Schön ist es auf dem Rathausmarkt, wenn die Herren Senatoren einen größeren Sieg von dem Balkon des Rathauses verkünden. Dann läuten vorher die Glocken und dann träumt

11. Jahrgang
Nr. 27

101. Kriegsheft der

Einzelnummer
15 Pf.

Hamburger Woche

Redaktion und Expedition: Altes Rathaus 23.
Erscheinenszeit der Heftchen: 12–1 Uhr.
Verlagspreis: Ganze n. 1700, 1700, 1700.

Mittwoch, 5. Juli 1916.

Wochenpreis: einschließlich Stk. 1.20, jährlich
Stk. 7.20, halbjähr Stk. 4.20, —, Jahreszeitung 60 Pf.,
Beilagen Stk. 1.50 für Prospektzettel.



Der „Möve“-Kommandant Graf Dohna-Schlodien
und der türkische Prinz Mohammed Fued (links) auf der Horner Rennbahn.

Bild 12. G. 2.

Kriegsheft der »Hamburger Woche«, Juli 1916 • Quelle: Privatbesitz

alles, [...] und dieser Jubel der dann folgt, ist großartig.«⁶⁰ Schon im Herbst 1914 wurden solche Siegesfeiern seltener und lebten erst im Frühjahr 1918 nach den Anfangserfolgen der Offensive an der Westfront wieder auf.

- 61 Vgl. Protokolle ... im Jahre 1915, Sitzung vom 8.9.1915, S. 168 sowie die Debatte ebd., S. 168 – 172.
- 62 Vgl. Reye, Absturz (wie Anm. 10), S. 77 f., 149; Deutsche Kriegsausstellung 1916 in Hamburg. Amtlicher Führer, Berlin o. J.
- 63 Vgl. Loch, »Aufklärung« (wie Anm. 17), bes. S. 58, 67 f.; StaHH 377-6, I a 19 b, Bd. 1, Bl. 6, Bericht Leo Lippmanns an das stellvertretende Generalkommando vom 24.6.1916 (Zitat).
- 64 Zur Einführung, in: Karl Jahrmarkt, Hamburger Kriegsbuch 1914. Im Auftrage der Lernmittelkommission der Oberschulbehörde zusammengestellt, Hamburg o. J. (1915), S. 8.
- 65 Vgl. Protokolle ... im Jahre 1916, Sitzung vom 21.6.1916, S. 207 f. (Rohde).
- 66 Vgl. Dieter Hollwege, Militarisierung und Disziplinierung der Jugend im 1. und 2. Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung Hamburgs, MA-Arbeit, Hamburg 1989, S. 176 (Zahlen); Kundrus, Kriegerfrauen (wie Anm. 18), S. 191 f.
- 67 Hamburgische Jugendpflege in und nach dem Kriege, Hamburg 1916, S. 22 (Zitat); Kundrus, Kriegerfrauen (wie Anm. 18), S. 196.
- 68 Vgl. Molthagen, Ende (wie Anm. 12), S. 146f., 149.
- 69 Schambach, Carl Petersen (wie Anm. 28), S. 43.

Am 8. September 1915 billigte die Bürgerschaft den Antrag des Senats, eine Auszeichnung für die Soldaten, das Hanseatenkreuz, zu stiften. Die Debatte, ob das Hanseatenkreuz auch an Soldaten in der Etappe oder gar verdiente Zivilisten in Hamburg selbst verliehen werden könne, spiegelte wider, dass unter den Rahmenbedingungen des Ersten Weltkriegs eine solche Unterscheidung schwierig wurde.⁶¹

In den Hamburger Tageszeitungen fanden sich Mitte September 1914 neben den offiziellen Totenlisten erste private Traueranzeigen. Sie sollten bald ganze Seiten füllen. Mit ihren illustrierten Wochenbeilagen informierten die Zeitungen ebenso wie das noch junge Medium des Kinos im Bild über das Kriegsgeschehen. Zahlreiche Organisationen: Vereine, Kirchen, Schulen und auch das »Kolonialwissenschaftliche Institut« engagierten sich mit Vortragsveranstaltungen. Buchstäblich anschaulich wurde der Krieg, als am 5. November 1914 drei eroberte englische Geschütze zum Rathausmarkt gebracht und ausgestellt wurden. Im Juni 1915 baute man in Eppendorf eine »Kriegslandschaft« mit Schützengräben, Unterständen und erbeuteten Waffen nach, die gegen Spenden für das Rote Kreuz besichtigt werden konnte, und von Mai bis Juli 1916 machte in der Ernst-Merck-Halle eine große Kriegsausstellung Station.⁶²

Erst im Sommer 1916, nach den ersten Hungerunruhen, begann das stellvertretende Generalkommando in Altona sich intensiver mit Möglichkeiten zu beschäftigen, die Bevölkerung gezielt zu beeinflussen. Die Krise des »Steckrübenwinters« förderte diese Bemühungen. Parallel richtete im Mai 1917 die »Hamburgische Kriegshilfe« eine »Zentralstelle für Volksaufklärung« ein, und im Herbst des Jahres organisierte auch das Kriegsversorgungsamt Vorträge zur Ernährungslage. Während des gesamten Krieges waren

zudem die Gewerkschaften und die SPD von großer Bedeutung, indem sie »beruhigend auf das Volk« einwirkten, wie die Behörden anerkannten.⁶³

Eine besondere Rolle spielten in den staatlichen und privaten Propaganda-Anstrengungen schließlich die Jugendlichen. Die Hamburger Oberschulbehörde überreichte ab 1915 jedem Schüler im letzten Schuljahr ein »Kriegsbuch« mit Berichten von den Fronten und aus der Heimat sowie Zeitungs- und Briefauszügen, das dazu motivieren sollte, für »die Sache unseres Volkes [...] all Euer Denken und Können« einzusetzen.⁶⁴ Die Aufmerksamkeit für die Jugendlichen rührte auch daher, dass sie von den Verwerfungen des Alltagslebens durch den Krieg besonders betroffen waren. Jugendliche aus der Arbeiterschicht litten unter den körperlichen Folgen der Mangelernährung, waren in die Beschaffung von Lebensmitteln einbezogen, für die man in der zweiten Kriegshälfte an den Ausgabestellen oft frühmorgens oder in schlechtem Wetter stundenlang anstehen musste, wie in der Bürgerschaft besorgt angemerkt wurde,⁶⁵ und sie beteiligten sich ab 1916 an den Unruhen in der Stadt. Mangelnde Aufsicht durch die Abwesenheit der Väter und der arbeitenden Mütter förderten nach Ansicht der an bürgerlichen Werten orientierten Jugendpfleger Verwahrlosung und Kriminalität. So stieg die Zahl schwerer Diebstähle durch Jugendliche von 1913 bis 1917 von 621 auf 2.138.⁶⁶ Die höheren Löhne, die in manchen Branchen durch den Arbeitskräftemangel nun zu erzielen waren, begünstigten bei jungen Männern Disziplinlosigkeit. Dagegen seien Mädchen eher durch Arbeitsmangel gefährdet, denn der verleite »zu überflüssigem Aufenthalt auf der Straße, zu der die Übungsplätze der Truppen, die Nähe der Kaserne mit ihrem regeren Verkehr beitragen«.⁶⁷ Bei großbürgerlichen Jugendlichen spielten Ernährungssicherung und Erwerbsarbeit dagegen keine Rolle. Sie engagierten sich, indem sie Spenden sammelten, Pakete für die Front packten, Verwundete in den Lazaretten besuchten und Kriegsbücher und Bilderbögen sammelten.⁶⁸

7. Kriegszieldebatten und politische Konflikte

Selbst politisch liberale Kaufmannskreise neigten während des Krieges in Hamburg zu einer »imperialen« Weltanschauung,⁶⁹ die in vertraulichen Denkschriften zu weitgehenden Kriegszielforderungen führte. Der Krieg

70 Vgl. Ferguson, *Paper and Iron* (wie Anm. 20), S. 136 f. Vgl. zum Motiv des Krieges als Grundkonflikt Deutschlands mit England im Hamburger Bürgertum auch Molthagen, Ende (wie Anm. 12), S. 200 – 203.

71 Mitteilungen der Bürgerschaft, 15.5.1918: Mitteilung, betreffend die weiteren Friedensschlüsse, in: Verhandlungen zwischen Senat und Bürgerschaft im Jahre 1918, Hamburg 1919, S. 554; Protokolle ... im Jahre 1918, Sitzung vom 8.5.1918, S. 98 f. Vgl. auch Protokolle ... im Jahre 1918, Sitzung vom 15.5.1918, S. 103 – 105.

72 Vgl. Ferguson, *Paper and Iron* (wie Anm. 20), S. 136 – 139; Kurt Doß, *Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform*, Düsseldorf 1977, S. 92 – 146.

73 Vgl. Kersten, *Kriegsziele* (wie Anm. 22), S. 56 f. Die Forderung nach einer Erweiterung des Stadtgebiets wurde auch im Mai 1917 in einem Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Beratung von Hilfen für Hamburgs Handel, Schifffahrt und Industrie nach dem Krieg erhoben: vgl. Protokolle ... im Jahre 1917, Sitzung vom 2.5.1917, S. 187 f. (Schön).

wurde als Wirtschaftskrieg Englands gegen Deutschland gedeutet, als Fortsetzung der Konkurrenz um Märkte mit unerlaubten Mitteln. Vor allem 1914/15 forderte man deshalb, die eigene Stellung im Welthandel auszubauen, überseeische Beziehungen zu sichern und den Kolonialbesitz zu erweitern. Dagegen war eine Expansion des Reiches in Europa etwa durch die Annexion von Teilen Belgiens weniger populär, obwohl die Hamburger Senatoren Justus Strandes, Friedrich Sthamer und Max Schramm von 1914 bis November 1918 als Präsidenten der Zivilverwaltung für Antwerpen amtierten.⁷⁰

Nach der deutschen Frühjahrsoffensive an der Westfront billigte die Bürgerschaft im Mai 1918 einen Antrag der Nationalliberalen, der Senat möge sich für »eine ausreichende Kriegsentschädigung seitens unserer Feinde«, den Ausbau der Kolonien, den Wiederaufbau des Handels und die Sicherung des freien Schiffsverkehrs auf den Meeren einsetzen.⁷¹ Seit Herbst 1917 bemühten sich Hamburger Wirtschaftskreise, bei der anstehenden Reform des Auswärtigen Amtes eigenen Interessen Geltung zu verschaffen, und Mitte Juni 1918 besuchte eine große Abgeordnetendelegation des Reichstags die Hansestadt, um sich über Wirtschaftsfragen informieren zu lassen.⁷² Der Senat hatte im Dezember 1915 in einer Denkschrift an den Reichskanzler innenpolitische Kriegsziele formuliert: Man hoffte auf die Abtretung angrenzender preußischer Gebiete an Hamburg, um ein Wachstum von Hafen und Industrie zu ermöglichen.⁷³

Der »Burgfrieden« vom August 1914 und die Zensur verhinderten auch in Hamburg in den ersten Jahren nicht nur eine offene Kriegszieldebatte, sondern auch eine Diskussion über das Problem politischer Reformen. Im April 1915 billigte die Bürgerschaft erstmals die Verschiebung der nächsten Wahlen auf die Zeit nach dem Krieg. Wenige Wochen zuvor war mit

Emil Krause erstmals ein Sozialdemokrat in ein städtisches Amt, die Deputation für das Gewerbe- und Fortbildungsschulwesen, gewählt worden, und mit Georg Blume hatte ein SPD-Politiker einen Sitz im Vorstand der Bürgerschaft erhalten.

Welche Hindernisse die Sozialdemokraten aber auf dem Weg zu politischer Gleichberechtigung in Hamburg zu überwinden hatten, obwohl ihre Mitarbeit es doch erst ermöglicht habe, »diesen Krieg im Felde und in der Heimat so zu führen, wie er bisher geführt worden ist«, wie der liberale bürgerliche Reformler Carl Petersen in einer Grundsatzrede für die Demokratisierung des politischen Systems 1917 formulierte,⁷⁴ wurde in mehreren Bürgerschaftsdebatten in der zweiten Kriegshälfte deutlich.

Am 18. April 1917 einigten sich Senat und Bürgerschaft zunächst darauf, eine gemeinsame Kommission zur Beratung von Wahlrechts- und Verfassungsfragen einzusetzen. Im Juni bekannte sich Petersen erneut zu einer weitgehenden Neuordnung, »in vollem Vertrauen zu unserer Bevölkerung, die das wirklich durch das, was sie in diesem Kriege für unser Staatswesen an der Front und in der Heimat geleistet hat, verdient hat.«⁷⁵ Der Sozialdemokrat Friedrich Paepflow warnte vor der Gefahr, dass das Volk gegen die Machtverhältnisse rebelliere und »wirtschaftliche Nöte umschlagen in politische Verbitterung.«⁷⁶ Die Konservativen forderten dagegen, der politische Einfluss von Handel und Schifffahrt müsse auch nach dem Krieg erhalten bleiben. Rundweg abgelehnt wurde das Wahlrecht für Frauen, denn sie gehörten »in die Küche, in den Haushalt und vor allen Dingen in die Kinderstube.«⁷⁷ Im Juli 1917 wurde immerhin beschlossen, die Wahlrechtsverschärfung von 1906 aufzuheben. Danach arbeitete die Kommission bis in den Sommer 1918 Vorschläge für weitergehende Reformen aus. Die Wahl Carl Petersens in den Senat am 27. September 1918 machte deutlich, dass sich der Wandel des politischen Systems nicht aufhalten ließ.⁷⁸

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Spannung in der Stadt schon mehrfach in Streiks und öffentlichen Protesten entladen, die von Polizei und Militär brutal niedergeschlagen wurden. Dabei standen teilweise Preissteigerungen und die Ernährungskrise im Vordergrund – so etwa am 18. und

74 Vgl. Protokolle ... im Jahre 1917, Sitzung vom 18.4.1917, S. 159 – 163 (Zitat S. 160). Vgl. auch Schambach, Carl Petersen (wie Anm. 28), S. 50 f.

75 Protokolle ... im Jahre 1917, Sitzung vom 27.6.1917, S. 215 – 217 (Zitat S. 217). Vgl. auch Schambach, Carl Petersen (wie Anm. 28), S. 52.

76 Protokolle ... im Jahre 1917, Sitzung vom 27.6.1917, S. 226.

77 Vgl. Protokolle ... im Jahre 1917, Sitzung vom 27.6.1917, S. 217 – 255 (Zitat S. 238, Schau-seil).

78 Vgl. Schambach, Carl Petersen (wie Anm. 28), S. 52 f.

CHRISTOPH STRUPP
■ **DIE MOBILISIERTE
GESELLSCHAFT. HAMBURG
IM ERSTEN WELTKRIEG**

- 79 Vgl. Ullrich, Augusterlebnis (wie Anm. 2), S. 54–60, 64–67; Ullrich, Kriegsalltag (wie Anm. 2), S. 51–62, 68–72; zur geschlechtergeschichtlichen Dimension Kundrus, Kriegerfrauen (wie Anm. 18), S. 131–141.
- 80 Vgl. Ullrich, Augusterlebnis (wie Anm. 2), S. 109–157; Volker Ullrich, Der Januarstreik 1918 in Hamburg, Kiel und Bremen. Eine vergleichende Studie zur Geschichte der Streikbewegung im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 71 (1985), S. 45–74; Ullrich, Kriegsalltag (wie Anm. 2), S. 48–50, 114–117, 126–133.
- 81 Vgl. Ullrich, Augusterlebnis (wie Anm. 2), S. 22–53, zur USPD 1917/18 ausführlich ebd., S. 68–91; Ullrich, Kriegsalltag (wie Anm. 2), S. 105–108, 118–122; Stalman, Einleitung (wie Anm. 5), S. 27–38.
- 82 Lippman, Mein Leben (wie Anm. 42), S. 272.
- 83 Vgl. zuletzt Volker Stalman, Die Revolution von 1918/19 in Hamburg, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 62 (2014), S. 5–24; zeitgenössisch u. a.: Schröder, Hamburgs Blütezeit (wie Anm. 16), S. 334 ff.; Lippman, Mein Leben (wie Anm. 42), S. 271–284.
- 84 Vgl. zum Hamburger ASR jetzt ausführlich Stalman, Einleitung (wie Anm. 5), S. 49–96 und die Edition der Sitzungsprotokolle: Stalman / Stehling, Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat (wie Anm. 5).

19. August 1916 bei den Unruhen vor Brotgeschäften in Barmbek und Hammerbrook, am 26. und 27. Oktober 1916 bei einem Streik bei Blohm + Voss und auf der Vulcan-Werft und am 22. und 23. Februar 1917, als es nicht nur in Barmbek, sondern auch in bürgerlichen Stadtteilen wie Winterhude, Uhlenhorst und Eppendorf sowie später auch im preußischen Altona und in Wandsbek zu schweren Ausschreitungen und der Plünderung von Lebensmittelgeschäften kam.⁷⁹ Zunehmend wurden aber auch politische Forderungen erhoben. Mitte August 1916 hatten 2.000 Teilnehmer vor dem Gewerkschaftshaus demonstriert und waren von dort zum Rathausmarkt gezogen, ein Jahr später versammelten sich rund 10.000 Arbeiter auf dem Heiligengeistfeld in St. Pauli und forderten Frieden, Freiheit, Gleichheit und Brot, und am 28. Januar 1918 traten 25.000 Hamburger Werft- und Metallarbeiter in einen mehrtägigen Streik, bei dem es um die Verbesserung der Lebensverhältnisse, ein Ende des Krieges und die Demokratisierung ging.⁸⁰

Die SPD hatte zwar in der Streikleitung mitgearbeitet, aber zugleich versucht, die Situation zu entschärfen. Waren die radikalen Kräfte in der Partei, die dem reformorientierten und staatstragenden Kurs nicht folgen wollten, im August 1914 noch eine Minderheit gewesen, gewannen sie im Lauf der Zeit an Gewicht, wurden aber aus Führungspositionen der Partei verdrängt. Im Frühjahr 1917 kam es dann formell zur Spaltung der Sozialdemokratie: Die Gegner der Burgfriedenspolitik wurden aus der Partei ausgeschlossen und gründeten einen Kreisverein der USPD für Hamburg-Altona.⁸¹

8. Kriegsende und Revolution

Nach der Wahl Petersens in den Senat stand für die Bürgerschaftssitzung am 6. November 1918 endlich die Beratung der Kommissionsvorschläge über eine Reform von Verfassung und Wahlrecht auf der Tagesordnung, aber es war zu spät: Die Revolution hatte begonnen und die Initiative war im Lauf des Tages auf die Straße übergegangen. Der konservative Finanzrat Leo Lippmann führte dies später wesentlich auf die »Lebensmittelnot« zurück, die es den Anführern leicht gemacht habe, »verzweifelte Menschen mit sich zu reißen«.⁸² Kieler Matrosen besetzten Schlüsselstellungen wie den Elbtunnel, den Hauptbahnhof, Kasernen und das Gewerkschaftshaus, wobei es teilweise zu heftigen Schusswechseln kam. Auf dem Heiligengeistfeld in St. Pauli versammelten sich 40.000 Menschen. Ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat wurde gebildet. In Altona räumte General von Falk seinen Posten. Im Rathaus verhandelten Bürgermeister Werner von Melle und Carl Petersen mit den Revolutionären, und schließlich erklärte der Senat, sich »in den Dienst dieser neuen Zeit« stellen zu wollen.⁸³

Am 11. November, als die Revolution auch Berlin erfasst hatte, wählten die Hamburger Arbeiter- und Soldatenräte bereits ein Präsidium, in dem bis Mitte Januar 1919 der Journalist Heinrich Laufenberg tonangebend sein sollte. Am folgenden Tag wurden Senat und Bürgerschaft für abgesetzt bzw. aufgelöst erklärt, aber dies nahm man wieder zurück, nachdem die bürgerlichen Eliten Laufenberg und seinen Mitstreitern klar gemacht hatten, dass die Stadt damit ins Chaos stürzen werde. Von da an arbeiteten der weit links stehende Arbeiter- und Soldatenrat (ASR), die unverändert reformorientierte Mehrheits-SPD, die Gewerkschaften, der bisherige Senat und die bürgerliche Verwaltung relativ reibungslos zusammen, um die Versorgung der Bevölkerung und die öffentliche Ordnung zu gewährleisten. Bis zum Ende der Rätephase im März 1919 erließ der ASR 135 Verordnungen, von denen vor allem sozialpolitische Maßnahmen wie der Achtstundentag, die Beseitigung der Akkordarbeit und der Kündigungsschutz Bestand haben sollten.⁸⁴

Dass die Positionen des ASR nicht mehrheitsfähig waren, zeigte sich am 19. Januar 1919 bei den Wahlen zur Nationalversammlung: In Hamburg entfielen auf die SPD 51,3 Prozent der Stimmen, auf die USPD nur 6,8 Prozent. Die Wahl zur verfassungsgebenden Bürgerschaft, bei der am 16. März

1919 nun erstmals alle Männer und Frauen über 20 Jahre mit gleicher Stimme teilnehmen konnten, bestätigte die Vorherrschaft der SPD: Sie erhielt 50,5 Prozent der Stimmen, die aus den Vereinigten Liberalen Petersens hervorgegangene DDP kam auf 20,5 Prozent. Am 28. März trat der erste parlamentarisch voll verantwortliche Senat Hamburgs sein Amt an. Neben dem Ersten Bürgermeister Werner von Melle, der ebenso wie acht weitere der bisherigen Senatoren im Amt gehalten wurde, stellten nun die Sozialdemokraten mit Otto Stolten seinen Stellvertreter.

9. Schluss

Die Erinnerung an den Krieg und seine Opfer war nach 1918 auch in Hamburg geprägt von politischen Instrumentalisierungen.⁸⁵ Sie kommen bis heute im Stil und in den unterschiedlichen inhaltlichen Botschaften der beiden zentralen Denkmale in der Innenstadt zum Ausdruck: der 1931 eingeweihten 21 Meter hohen Granitstehle am Rathausmarkt mit dem Bild »Mutter und Kind« des Künstlers Ernst Barlach und dem 1936 von den Nationalsozialisten errichteten Ehrenmal des Bildhauers Richard Kuöhl für das Infanterieregiment Nr. 76. Weitere Kriegsdenkmäler befinden sich auf dem Ohlsdorfer Hauptfriedhof und an Standorten in verschiedenen Stadtteilen.⁸⁶

Mobilisierung und Selbstmobilisierung der Stadt und ihrer Bevölkerung unter den Bedingungen des »totalen« Kriegs leiteten nach 1914 auch in Hamburg Strukturveränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein, die langfristig wirksam blieben. Die Reaktionen auf den Ersten Weltkrieg – offizielle ebenso wie kollektive und individuelle private – waren zunächst geprägt von den Rahmenbedingungen Hamburgs als

85 Vgl. Janina Fuge, Reich, Republik, der gefallene Soldat – und die Vaterstadt: Konfliktlinien im »Bürgerkrieg der Erinnerungen« im Hamburg der Weimarer Republik, in: dies./Rainer Hering/Harald Schmid (Hg.), Das Gedächtnis von Stadt und Region. Geschichtsbilder in Norddeutschland, München/Hamburg 2010, S. 39–60, hier S. 52–57; dies., »Ohne Tod und Sterben kein Sieg«. Die gefallenen Soldaten des Ersten Weltkrieges in der Hamburger Erinnerungskultur der Weimarer Republik, in: Historical Social Research 34 (2009), S. 356–373.

86 Vgl. Kerstin Klingel, Eichenkranz und Dornenkrone. Kriegerdenkmäler in Hamburg, Hamburg 2006, S. 28–38, 54–60, 62 f., 67 f., 135; Jörgen Bracker, Hamburg. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Wendemarken einer Stadtgeschichte, Hamburg 3. Aufl. 1992, S. 239–247; Volker Plagemann, »Vaterstadt, Vaterland, schütz Dich Gott mit starker Hand«. Denkmäler in Hamburg, Hamburg 1986, S. 130–147.

traditionsbewusstem Stadtstaat, als Hafen- und Handelsstadt. Das galt z. B. für die Beziehungen zwischen Senat, Bürgerschaft und stellvertretendem Generalkommando, die von spezifischen Wirtschaftsinteressen geprägten Kriegszielhoffnungen oder die starke bürgerlich-zivilgesellschaftliche Komponente in der Organisation der Kriegshilfe. Es galt schließlich auch für die Diskussion um den als »Staatssozialismus« kritisierten zunehmenden Einfluss des Staates in der Wirtschaft.

Auf einer allgemeineren Ebene teilte Hamburg dagegen das Schicksal anderer Großstädte bzw. des Reiches insgesamt: Das galt für das individuelle Kriegserleben innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten ebenso wie die kollektiven Reaktionen auf militärische Siege und Niederlagen, die schrittweise schlechter werdende Versorgungssituation und natürlich die zunehmenden sozialen Spannungen und den Wandel der politischen Verhältnisse durch den Aufstieg der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften. Lokale Besonderheiten und spezifische Ausprägungen allgemeiner Entwicklungen kennzeichnen zusammen das Bild des Ersten Weltkriegs in der zweitgrößten Stadt des Kaiserreichs. Diese beiden Aspekte genauer in den Blick zu nehmen und für unterschiedliche Handlungsfelder und Personenkreise schärfer zu konturieren, sowohl vor dem Hintergrund der Reichsebene als auch im stadtgeschichtlichen Vergleich mit anderen deutschen und europäischen Großstädten, stellt eine Herausforderung und zugleich eine wesentliche Aufgabe künftiger Forschungen zu Hamburg im Ersten Weltkrieg dar.

HAFENSTÄDTE AUF DEM WEG ZU NEUEN IDENTITÄTEN

Einleitung von Christoph Strupp

Seehäfen und Hafenstädte stehen für weltweite Mobilität von Menschen und Waren, für Offenheit und Internationalität. An solche positiven Bezüge schließen diejenigen Projekte der Stadterneuerung an, die in vielen Städten Teile der für die Häfen nicht mehr benötigten Uferzonen für eine neue Nutzung als Wohn- und Dienstleistungsstandort freigegeben haben – darunter in Hamburg die 1997 öffentlich vorgestellte »HafenCity« oder in Bremerhaven die »Havenwelten«. Fragen nach dem Image und der Identität von Hafenstädten und ihrer kulturellen und architektonischen Neuerfindung haben parallel dazu auch in der stadtgeschichtlichen Forschung eine große Rolle gespielt. Wirtschaftliche und politische Prozesse wurden dagegen weniger beleuchtet und wenn, dann mit einem zeitlichen Schwerpunkt in der ersten Hochphase der Globalisierung im 19. und frühen 20. Jahrhundert und nicht in der Zeitgeschichte. Analysen jüngster und zukünftiger Entwicklungen in den Häfen finden sich zwar zahlreich in der verkehrswissenschaftlichen, wirtschaftsgeografischen oder organisationssoziologischen Literatur, aber diese Studien berücksichtigen wiederum selten historische Bezüge und der Fokus liegt auf Prozessen im Hafen selbst, nicht auf der Hafenstadt.

Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) hat mit Unterstützung der Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg im März 2014 eine dreitägige interdisziplinär besetzte Konferenz über »Seaports in Transition«

veranstaltet, um in diese Forschungslücke vorzustoßen. In sieben Panels mit insgesamt 13 Vorträgen und einer Keynote Lecture des US-Historikers Michael B. Miller wurde mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen wirtschaftlichen, politischen und stadtplanerischen Prozessen in Häfen und Hafenstädten in Europa, den USA und Asien seit den 1950er Jahren bis in die Gegenwart nachgegangen. Die thematische Verknüpfung mit allgemeinen zeit- und stadtgeschichtlichen Fragestellungen erwies sich dabei ebenso als eine spannende Herausforderung wie der Sprung von den spezialisierten Fallstudien zu übergeordneten Erkenntnissen. Zudem wurde deutlich, dass historische Prozesse in den Häfen und in der globalen maritimen Wirtschaft in unterschiedlich enger Beziehung zu Hafenstädten selbst stehen: Die Geschichte Hamburgs, Liverpools oder Mumbais lässt sich ohne den Blick auf ihre Häfen nicht erzählen, aber sie lässt sich auch nicht auf deren Geschichte reduzieren. Zudem sind politische, wirtschaftliche und technologische Prozesse in den Häfen nicht losgelöst von den Akteuren – auf der lokalen Ebene ebenso wie übergeordneten Ebenen – und ihren Interessenlagen zu betrachten.

Der folgende Aufsatz der britischen Soziologin Alice Mah von der University of Warwick geht auf ihren Vortrag bei der Tagung zurück und beleuchtet den komplexen Zusammenhang von Stadt und Hafen für Liverpool, Marseille und New Orleans, wobei jeweils Aspekte der Stadtplanung und des städtischen Images einerseits und der Hafenentwicklung andererseits in den Blick genommen

und kulturelle und wirtschaftliche Dimensionen miteinander verflochten werden. Thematisiert werden damit im internationalen Vergleich Fragen, die auch in Hamburg seit den späten 1990er Jahren im Zusammenhang mit Planung und Bau der »HafenCity« regelmäßig für Diskussionen sorgen.



Alice Mah auf der Konferenz »Seaports in Transition« • Foto: Johanna Meyer-Lenz

ALICE MAH

■ HAFENSTÄDTE AUF DEM WEG
ZU NEUEN IDENTITÄTEN



Abb. 1: »It Takes Two to Tango«, Sumo-Skulptur von David Mach, Place Jean Mireur, Marseille, September 2013 • Foto: Alice Mah

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. für eine ausführliche Analyse mein Buch: Alice Mah, *Port Cities and Global Legacies: Urban Identity, Waterfront Work, and Radicalism*, Basingstoke 2014.

HAFENSTÄDTE AUF DEM WEG ZU NEUEN IDENTITÄTEN: DIE UMGESTALTUNG VON HAFEN- UND UFERFLÄCHEN IN LIVERPOOL, MARSEILLE UND NEW ORLEANS

Neuere Mega-Projekte auf Hafen- und Uferflächen in Liverpool, Marseille und New Orleans umfassen riesige Tiefwasser-Containerhäfen, ikonische Architektur, maritime Skulpturen (Abb. 1) und idyllische Parkanlagen. Statt wie früher mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Visionen gegeneinander zu konkurrieren, haben diese Städte und ihre Häfen im 21. Jahrhundert zusammengearbeitet, um neue, wettbewerbsfähige hafensstädtische Identitäten zu schaffen. Der vorliegende Aufsatz untersucht diese neuen Entwicklungen im größeren Kontext unterschiedlicher Vorhaben zur Umgestaltung von Hafen- und Uferflächen in postindustriellen Städten. Er beschäftigt sich kritisch mit der Beziehung von Stadt und Hafen als einem komplexen politischen Raum miteinander verflochtener kultureller und wirtschaftlicher Strategien.¹

Als viele global ausgerichtete westliche Hafenstädte in den 1960er und 1970er Jahren an Bedeutung verloren, ließ die Verlagerung der Hafenaktivitäten verwaiste Uferflächen zurück. Die Gründe für den Niedergang dieser einst »großen« Hafenstädte waren miteinander verbundene Prozesse der Containerisierung und Deindustrialisierung. Die Containerisierung veränderte in den Häfen in kurzer Zeit den Technologie- und Raumbedarf, um große Schiffe und Container abzufertigen. Um modernisieren zu können, verlagerten städtische Häfen ihre Aktivitäten an den Stadtrand, doch viele von ihnen verloren dennoch ihre globalen Wettbewerbsvorteile. Auf der Suche nach billigeren Arbeitskräften und Ressourcen wurden Produktions- und Hafenaktivitäten aus dem industrialisierten Westen in »Entwicklungsländer« verlagert, was durch kostengünstige und effiziente Schiffsverbindungen erleichtert wurde. Während asiatische Häfen zu neuen globalen Drehkreuzen wurden, konnte nur eine Handvoll älterer Häfen, etwa Rotterdam und Hamburg, ihren Weltrang wahren.

ALICE MAH

■ HAFENSTÄDTE AUF DEM WEG
ZU NEUEN IDENTITÄTEN

- 2 Barry Shaw, *History at the Water's Edge*, in: Richard Marshall (Hg.), *Waterfronts in Post-Industrial Cities*, London 2001, S. 160 – 172; Daniel Galland / Carsten J. Hansen, *The Roles of Planning in Waterfront Redevelopment: From Planned and Market-Driven Styles to Hybrid Planning?*, in: *Planning Practice and Research* 27 (2012), H. 2, S. 203 – 225.
- 3 Vgl. Andrew Jones, *Issues in Waterfront Regeneration: More Sobering Thoughts – a UK Perspective*, in: *Planning Practice and Research* 13 (1998), H. 4, S. 433 – 442; Sung-Woo Lee / Dong-Wook Song / César Ducruet, *A Tale of Asia's World Ports: The Spatial Evolution in Global Hub Port Cities*, in: *Geoforum* 39 (2008), H. 1, S. 372 – 385; Dirk Schubert, *Transformation Processes on Waterfronts in Seaport Cities: Causes and Trends between Divergence and Convergence*, in: Waltraud Kokot u.a. (Hg.), *Port Cities as Areas of Transition: Ethnographic Perspectives*, Bielefeld 2008, S. 25 – 46.
- 4 Brian Hoyle, *Global and Local Change on the Port-City Waterfront*, in: *Geographical Review* 90 (2000), H. 3, S. 395 – 417, hier S. 395.
- 5 Vgl. Gene Desfor u. a. (Hg.), *Transforming Urban Waterfronts: Fixity and Flow*, New York 2011; B. S. Hoyle / David Pinder / M. S. Husain, *Revitalising the Waterfront: International Dimensions of Dockland Redevelopment*, London / New York 1988; Richard Marshall (Hg.), *Waterfronts in*

Nach dem Niedergang begann in einer Reihe von postindustriellen Hafenstädten die Umgestaltung von Hafen- und Uferflächen, die darauf abzielte, verwahrloste Flächen für nicht-maritime Nutzungen umzuwandeln und so eine städtische und wirtschaftliche Wiederbelebung anzustoßen. Dem britischen Stadtplaner Barry Shaw zufolge gab es seit den 1960er Jahren vier Stufen dieses Prozesses. Exemplarisch für die erste Stufe war die Umgestaltung des »Inner Harbor« von Baltimore zu einem »Festival Market« in den 1960er Jahren, die nordamerikanischen Städte in den 1960er und 1970er Jahren oft nachahmten. In der zweiten Stufe schufen Städte Organisationen, die die Umgestaltung brach liegender Hafen- und Uferflächen planen, verwalten und ausführen sollten und dabei entweder einem marktorientierten oder einem plangelenkten Ansatz folgten. Die von einer Stadtentwicklungsgesellschaft geleitete Umgestaltung der »London Docklands« in den 1980er Jahren war ein Beispiel für den ersteren Ansatz, die Stadterneuerung in Barcelona für letzteren. In der dritten Stufe variierten Städte wie Vancouver, Sydney und Liverpool die Modelle der ersten und zweiten Stufe. Charakteristisch für die vierte Stufe, die in den 1990er Jahren nach der Rezession entstand, waren hybride Modelle, die alte und innovative neue Planungsstrategien verbanden.²

Andere Forscher haben unterschiedliche Modelle der Umgestaltung von Hafen- und Uferflächen in Bezug zu einzelnen Weltregionen gesetzt. Demnach waren in den 1960er und 1970er Jahren nordamerikanische Planungsideen führend, in den 1980er Jahren traten europäische Vorhaben in den Vordergrund und in den 1990er und 2000er Jahren wurden asiatische Hafenstädte wichtige Akteure. Der Hamburger Hafen- und Stadtplanungsexperte Dirk Schubert vergleicht nordamerikanische, europäische und asiatische

Ansätze und stellt fest, dass westliche Hafenstädte typischerweise ihren Bedeutungsverlust überwinden müssen, während asiatische Hafenstädte sich den Herausforderungen der Globalisierung anpassen und einstige Kolonialhäfen in globale Drehkreuze umwandeln müssen.³

Die Umgestaltung von Hafen- und Uferflächen ist ein hochgradig umstrittenes Thema, das unterschiedliche politische und ideologische Vorstellungen von städtischem, sozialem und wirtschaftlichem Wandel widerspiegelt. In der Tat erfolgt die »Wiederbelebung des Hafengeländes an der problematischen und kontroversen Schnittstelle zwischen der Hafenfunktion und der weiteren Stadtumwelt«. ⁴ Eine Reihe von Wissenschaftlern und Praktikern hat sich kritisch mit den Ansätzen und Vorhaben dieser Umgestaltung in unterschiedlichen internationalen städtischen Kontexten befasst.⁵ Manche sehen in der Umgestaltung eine relativ neutrale wirtschaftliche Chance in einem unvermeidlichen evolutionären Prozess der Entwicklung von Hafenstädten.⁶ Dagegen argumentieren Kritiker, dass die dominanten Umgestaltungsmodelle in eine unausgeglichene Geographie kapitalistischer Entwicklung eingebettet sind und zu Gentrifizierung und kultureller Homogenisierung städtischer Landschaften führen.⁷

Mein analytischer Ansatz verortet sich innerhalb der kritischen Literatur zur Umgestaltung von Hafen- und Uferflächen, den *Urban Studies* und der Politiktransferforschung.⁸ Er bezieht sich auch auf die Hafenforschung und bietet dabei eine kritische und qualitative soziologische Perspektive in einem primär ökonomisch und quantitativ geprägten Feld. Mir geht es darum, die Kluft zwischen Hafen- und Stadtforschung⁹ zu überbrücken, indem ich die Rolle des Hafens in Bezug zum größeren Kontext der Umgestaltungsvorhaben und der städtischen Identität setze. Neben der postindustriellen Umgestaltung des Hafengeländes haben sich Häfen an den Rändern postindustrieller

Post-Industrial Cities, London 2001; Patrick Malone (Hg.), *City, Capital, and Water*, London / New York 1996; Schubert, *Transformation Processes* (wie Anm. 3).

6 Vgl. Orianna Giovannazzi / Marta Moretti, *Port Cities and Urban Waterfront: Transformations and Opportunities*, in: *Journal of Mobility, Land Use and Environment* 3 (2010), Märzheft, S. 57 – 64; Olaf Merk / Claude Comtois, *Competitiveness of Port-Cities: The Case of Marseille-Fos*, Paris 2012.

7 Vgl. Desfor u.a. (Hg.), *Transforming Urban Waterfronts* (wie Anm. 5); David Harvey, *Spaces of Capital: Towards a Critical Geography*, New York 2001; Sharon Zukin, *Landscapes of Power: From Detroit to Disney World*, Berkeley, CA 1991.

8 Vgl. Desfor u.a. (Hg.), *Transforming Urban Waterfronts* (wie Anm. 5); Eugene McCann / Kevin Ward (Hg.), *Mobile Urbanism: Cities and Policymaking in the Global Age*, Minneapolis 2011; Stephen V. Ward, *Port Cities and the Global Exchange of Planning Ideas*, in: Carola Hein (Hg.), *Port Cities: Dynamic Landscapes and Global Networks*, Abingdon, Oxon / New York 2011, S. 70 – 86, hier S. 72; Harvey, *Spaces* (wie Anm. 7); Zukin, *Landscapes* (wie Anm. 7).

9 César Ducruet / Sung-Woo Lee, *Frontline Soldiers of Globalisation: Port – City Evolution and Regional Competition*, in: *GeoJournal* 67 (2006), H. 2, S. 107 – 122.

ALICE MAH

■ HAFENSTÄDTE AUF DEM WEG
ZU NEUEN IDENTITÄTEN

10 Vgl. Hazel Duffy, *Competitive Cities: Succeeding in the Global Economy*, London / New York 1995; Richard L. Florida, *Cities and the Creative Class*, New York / London 2005; Tim Hall / Phil Hubbard (Hg.), *The Entrepreneurial City: Geographies of Politics, Regime and Representation*, Chichester 1998; Sako Musterd / Alan Murie (Hg.), *Making Competitive Cities*, Chichester, West Sussex, U.K. / Ames, IA 2010; Kevin Ward, *Entrepreneurial Urbanism, State Restructuring and Civilizing* ›New: East Manchester, in: *Area* 35 (2003), H. 2, S. 116 – 127.

11 Vgl. Merk / Comtois, *Competitiveness* (wie Anm. 6); Günter Warsawa, *The Transformation of European Port Cities*, Bremen 2006; James Wang u.a. (Hg.), *Ports, Cities, and Global Supply Chains*, Aldershot 2007.

12 Hinweise auf Ähnlichkeiten in der Uferzonen-Entwicklung dieser Städte finden sich bereits in der Literatur. In einem Working Paper über New Orleans und Liverpool in den 1980er Jahren argumentierte Lauria, dass die Entwicklung trotz unterschiedlicher politischer und lokaler Kontexte in beiden Städten bemerkenswert ähnlich war, denn beide stützten sich auf einen unternehmerischen Ansatz mit einem Schwerpunkt im Tourismus und der baulichen Erneuerung; vgl. Mickey Lauria, *Waterfront Development, Urban Regeneration and Local Politics in New Orleans and Liverpool*, in: *College of Urban and Public Affairs (CUPA) Workings Papers*, 1991 – 2000 Paper 2 (1994),

Städte fortwährend weiterentwickelt und auf schnell wechselnde Wirtschaftsdynamiken im Kontext der Globalisierung reagiert. Die Stadterneuerungsansätze ab den 1980er und 1990er Jahren regten Städte dazu an, durch Stadtmarketing und tourismusorientierte Wiederbelebung wirtschaftlichen Wandel zu fördern und so zu »wettbewerbsfähigen«, »kreativen« oder »unternehmerischen« Städten zu werden.¹⁰ Dieses Ziel geht mit einer Hafenpolitik im engeren Sinn einher, in der Häfen in unterschiedlichen geographischen und wirtschaftlichen Lagen versuchen, Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen, zu bewahren oder zurückzugewinnen.¹¹

Hafenidentitäten

Die Planer der Umgestaltung von Hafen- und Uferflächen in Liverpool, Marseille und New Orleans verfolgten seit den 1980er und 1990er Jahren marktorientierte Strategien, die sich auf Freizeit und Tourismus konzentrierten. Diese frühen Bemühungen beinhalteten zwar implizite Narrative über die Rückgewinnung städtischer Uferflächen, bezogen sich aber stärker auf privatwirtschaftliche als auf öffentliche Interessen und spiegelten damit eine politische und ideologische Prioritätenverschiebung von den 1960/70er zu den 1980/90er Jahren wider.¹²

Seit den frühen 2000er Jahren entstanden in allen drei Städten explizitere Narrative, in denen es um die Wiederherstellung der Hafenidentität im öffentlichen Interesse ging. Die Planer setzten jetzt stärker auf die *aktive* statt *passive* Nutzung von Tradition und kollektiver Identität. Statt den Hafen als nostalgisches Relikt der Vergangenheit anzusehen, bezogen sie sich auf materielle und kulturelle Ambitionen, um wirkungsmächtige Hafenidentitäten zu schaffen. Dieser Aufsatz

untersucht in jeder der drei Städte zwei Erzählmuster, mit denen neuere Umgestaltungsvorhaben gerechtfertigt wurden: 1.) die Wiederanbindung der Öffentlichkeit an das Flussufer, 2.) die Wiederherstellung des Status als »große« Hafenstadt. Diese Erzählmuster sind eng miteinander verknüpft, da »Größe« ein Schlüsselbegriff ist, um die »Öffentlichkeit« – die recht eingeschränkt definiert wird – wieder mit dem Hafen- und Ufergelände zu verbinden.

Die Idee, Hafen- und Ufergelände für die Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen, findet sich in vielen Konzepten zur Umgestaltung von Hafenstädten. Das Erzählmuster hat eine am Gemeinwohl orientierte Dimension, denn es ist das erklärte Ziel, einen zuvor privaten und untergenutzten Raum für die Öffentlichkeit zu öffnen. Aus diesem Geist heraus sehen die Pläne oft Uferpromenaden und öffentliche Parks vor. Das Erzählmuster bezieht sich auf die kollektive Erinnerung und Identität der Hafenstädte, um die Bürger – falls sie es vergessen haben – daran zu erinnern, dass ihre Städte als Häfen gegründet wurden. Oft versucht man, Aspekte der Seefahrtsgeschichte symbolisch zu bewahren: durch ein Seefahrtsmuseum, ein Denkmal mit Meeresbezug oder den Erhalt architektonischer Elemente alter Docks.

Allerdings verbinden die meisten dieser Vorhaben die Öffentlichkeit nur auf sehr spezifische, durch kommerzielle Interessen eingeschränkte Weise mit Hafen- und Uferflächen. Zudem begünstigen sie nur bestimmte Teile der Öffentlichkeit und schließen andere aus. Das Hauptziel kapitalistischer Entwicklungsvorhaben ist eben die Entwicklung: Es sollen private Investoren angezogen werden, um ungenutzte maritime Räume in profitablem Geschäfts-, Wohn-, Freizeit- und Tourismusstandorte zu verwandeln. Das Erzählmuster des öffentlichen Nutzens dient auch dazu, die profitorientierten Motive der Umgestaltung von Hafen- und Uferflächen zu verschleiern. Eines der frühesten Beispiele dieses Erzählmusters bot Mitte der 1960er Jahre die Erneuerung des »Inner Harbor« in Baltimore.¹³

Das Erzählmuster der Wiederherstellung des Status als »große« Hafenstadt zeigt sich bei der Vorstellung von Großprojekten wie dem Mega-Hafen-Konzept »Liverpool Two« des Hafenbetreibers »Peel Ports«, dem

S. 1 – 46 (http://scholarworks.uno.edu/cupa_wp/2); Michael Parkinson, Urban Regeneration and Development Corporations: Liverpool Style, in: *Local Economy* 3 (1988), H. 2, S. 109 – 118. Stadtforscher haben auch die Erneuerungsprozesse in Liverpool und Marseille verglichen, denn die Planer in Marseille kopierten explizit das Liverpooler Beispiel: vgl. Claire Meynard, *La Place De La Joliette À Marseille, Entre Ville Et Port. Les Enjeux De La Mémoire, Unveröffentlichte MA-Arbeit, Université Pierre Mendès France* 1999; Dominique Pons, *Des docks et des hommes. La véritable histoire des docks de Marseille*, Marseille 2004.

¹³ Schubert, *Transformation Processes* (wie Anm. 3), S. 34.

»Euroméditerranée«-Vorhaben in Marseille und dem »Master Plan 2020« des Hafens von New Orleans. Den Hafenbehörden ist zwar bewusst, dass diese Häfen wohl keine globalen Drehkreuze werden, doch sie wollen trotzdem Kapazität, Effizienz und Marktanteile steigern und so ihre globale Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Häfen der Region verbessern. Man versucht, die Zustimmung der Öffentlichkeit für den Hafenausbau zu gewinnen, indem man sich in Gemeinschaftsprojekten engagiert und der lokalen Bevölkerung Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum verspricht. Doch die umfassenderen Vorteile für die Bürger müssen sich erst noch erweisen. Historisch ist die Hafenentwicklung mit einer handelskapitalistischen Ideologie verknüpft, die ins 18. und 19. Jahrhundert zurückreicht und nach dem Liverpoolscher Hafenhistoriker Robert Lee gekennzeichnet ist durch »einen Glauben an das Konzept des ›Nachtwächterstaats‹, durch die Befolgung von Laissez-faire und liberalen wirtschaftlichen Prinzipien sowie durch ein grundlegendes Bestreben, jede unnötige Störung von Handel und Geschäften zu vermeiden«. ¹⁴ Häfen funktionieren zwar nicht mehr nach diesen früheren Prinzipien, aber deren Vermächtnis besteht fort. Besonders deutlich zeigt sich das an der krassen Kluft zwischen den wirtschaftlichen Erfolgen der wettbewerbsorientierten Hafenentwicklung und der, so die Geografin Heidi Megerle, »Kehrseite der Aufwertung«: ¹⁵ dem städtischen Ausschluss sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen.

Das Streben nach der Wiederherstellung des Status als »große« Hafenstadt zeigt sich auch in der Entwicklung von ikonischer transnationaler Architektur auf städtischen Hafen- und Uferflächen, darunter »Liverpool Waters«, »Reinventing the Crescent« in New Orleans und den Museen in Marseille, die als

14 Robert W. Lee, *The Socio-Economic and Demographic Characteristics of Port Cities: A Typology for Comparative Analysis?*, in: *Urban History* 25 (1998), H. 2, S. 147 – 172, hier S. 168.

15 Heidi Megerle, *Present-Day Development Processes in the Inner City of Marseille: Tensions between Upgrading and Marginalisation*, in: *Die Erde* 139 (2008), H. 4, S. 357 – 378, hier S. 371.

16 Leslie Sklair, *Iconic Architecture and Capitalist Globalization*, in: *City 10* (2006), H. 1, S. 21 – 47, hier S. 33; vgl. auch Paul Jones, *The Sociology of Architecture: Constructing Identities*, Liverpool 2011, S. 117 – 118.

Vorzeigeprojekte für die Europäische Kulturhauptstadt (2013) entstanden. Der Soziologe Leslie Sklair sieht ikonische Architektur als materiellen Ausdruck elitärer Macht. Das hat Folgen für verschiedene Arten von »Öffentlichkeit«: Bei manchen Menschen weckt ikonische Architektur positive Assoziationen zu globalem Prestige und Hochkultur, während sie für andere hochgradig unpersönlich und abweisend ist. Um das Verhältnis zwischen Architekturikonen und der gegenwärtigen kapitalistischen Globalisierung zu verstehen, ist es laut Sklair wichtig, drei Fragen zu stellen: »Ikonisch für wen? Ikonisch für welchen Ort? Ikonisch wofür?«¹⁶ Sklairs Fragen könnten sinnvoll erweitert werden, um die Idee der Wiederherstellung von »Größe« in Hafenstädten kritisch zu reflektieren: Groß für wen, für welchen Ort und mit welchem Ziel?

In allen drei im Folgenden zu betrachtenden Städten bezogen sich die Planer der Hafen- und Uferflächen auf umfassendere Narrative über das Erbe und die Identität der Hafenstädte und verwiesen dabei sowohl auf das Prestige einstiger imperialer Häfen als auch auf das Streben nach der Wiederherstellung des Status als »große« Hafenstadt im Zeitalter der Globalisierung. Die Hafenbehörden haben mit kommerziellen und kommunalen Partnern zusammengearbeitet, um die Geschäftsgrundlage der Häfen zu stärken und um diese wirtschaftlichen Vorteile mit anderen von Immobilieninteressen geleiteten Bauvorhaben in den Städten zu verbinden. All diese Vorhaben zur Umgestaltung von Hafen- und Uferflächen basieren auf marktorientierten statt öffentlich gelenkten Modellen. Die Erzählmuster der Wiederanbindung der Öffentlichkeit an das Hafen- und Ufergelände und der Wiederherstellung des Status als »große« Hafenstadt sind an ehrgeizige und miteinander verbundene großformatige Wachstumsstrategien einer von Tourismus-, Immobilien- und Hafeninteressen geleiteten Umgestaltung gekoppelt.

Liverpool

Liverpools historische Identität als »große« Hafenstadt ist weithin bekannt und gewürdigt in der Stadt. Sie zeigt sich in Narrativen der Stadtidentität im »Merseyside Maritime Museum« und im »Museum of Liverpool« ebenso wie in den Abteilungen für Lokalgeschichte der Buchläden und

- 17 Lauria, Waterfront Development (wie Anm. 12), S. 2; Jon Murden, City of Change and Challenge. Liverpool Since 1945, in: John Belchem (Hg.), Liverpool 800: Culture, Character and History, Liverpool 2006, S. 393 – 485.
- 18 Parkinson, Urban Regeneration (wie Anm. 12); Lauria, Waterfront Development (wie Anm. 12).
- 19 Pedro Lorente (Hg.), The Role of Museums and the Arts in the Urban Regeneration of Liverpool, Leicester 1996. Als weitere Museen am Ufer sind zu nennen: Beatles Story Museum (1990), International Slavery Museum (2007), Museum of Liverpool (2011). Vgl. auch Mah, Port Cities (wie Anm. 1), Kapitel 4.
- 20 Beatriz Garcia / Ruth Melville / Tasmin Cox, Creating an Impact: Liverpool's Experience as European Capital of Culture, in: Impacts 08: European Capital of Culture Research Programme, Liverpool 2008; Paul Jones / Stuart Wilks-Heeg, Capitalising Culture: Liverpool 2008, in: Local Economy 19 (2004), H. 4, S. 341 – 360; Dave O'Brien, Who Is in Charge? Liverpool, European Capital of Culture 2008 and the Governance of Cultural Planning, in: Town Planning Review 82 (2011), H. 1, S. 45 – 59.
- 21 Liverpool World Heritage, Welcome to Liverpool World Heritage (2013).

in der großen imperialen Architektur überall in der Stadtlandschaft. Es besteht jedoch eine Diskrepanz zwischen Liverpools stolzer maritimer Identität und seiner langwierigen Geschichte des imperialen und wirtschaftlichen Niedergangs. Erst nachdem Liverpool in das UNESCO-Weltkulturerbe aufgenommen wurde (2004) und Europäische Kulturhauptstadt war (2008), kehrte in jüngster Zeit die Vorstellung von »Größe« in die aktuellen Erzählmuster über die Identität und Entwicklung der Stadt zurück. Dies ging einher mit Entwicklungskonzepten, die Menschen wieder mit dem »großen« maritimen Erbe und der Identität des Geländes am Wasser zu verbinden.

Der Hafen von Liverpool erreichte seinen Höhepunkt als zweiter Hafen des Empire nach London im frühen 20. Jahrhundert und verlor in den späten 1960er Jahren an Bedeutung. Das hing mit zwei Hauptfaktoren zusammen: 1.) die Containerisierung, durch die das traditionelle Schwimmdocksystem mit seinen Schleusen in Liverpool und Birkenhead obsolet wurde, 2.) die Neuausrichtung des britischen Frachthandels auf Europa, durch die die südlichen statt der nördlichen Häfen wuchsen.¹⁷

Die erste größere Umgestaltung des Dockgeländes in Liverpool ging von der Stadtentwicklungsgesellschaft »Merseyside Development Corporation« (MDC) aus, die die britische Regierung 1981 zusammen mit einer ähnlichen Gesellschaft für die Londoner Docks eingerichtet hatte, um Stadterneuerung aus privater Hand zu erleichtern.¹⁸ Obwohl sie ohne lokale Mitsprache handeln konnte, gab es sehr wenig örtlichen Widerstand gegen die MDC: Andere Strategien hatten den wirtschaftlichen Abschwung in Liverpool nicht umkehren können, und die MDC versprach Regierungsgelder als Anschubfinanzierung für privatwirtschaftliche Umgestaltung. Anfangs setzte die MDC

auf eine handels- und industriebasierte Umgestaltungsstrategie. Doch nach der erfolgreichen Sanierung des »Albert Dock«, dem Internationalen Gartenfestival, das 1984 auf einem umgenutzten Industriegelände am Flussufer stattfand, und der Großsegler-Regatta »Tall Ships Race« wechselte die MDC 1984 stattdessen zu einer freizeit- und tourismusbasierten Stadterneuerungsstrategie. Das entsprach einem generellen Trend bei der Neuausrichtung solcher Strategien in Großbritannien und Europa. Neben verschiedenen Läden und Restaurants gehörten zu den tourismusorientierten Vorhaben der MDC auf dem umgenutzten »Albert Dock« die Erweiterung des »Merseyside Maritime Museum« im Lagerhaus-Block D (1986) und die Eröffnung der »Tate Liverpool« (1988).¹⁹

In den späten 1980er Jahren erkannte die MDC zudem, dass es wichtig war, ein positives Image der »Merseyside«, des Umlands von Liverpool, zu fördern und deren Erneuerung besser bekannt zu machen. Bei der Umgestaltung von Hafen- und Uferflächen wurde in Liverpool seither zunehmend der öffentliche Nutzen in Bezug auf die wirtschaftlichen Auswirkungen, den Zugang zum Ufer, die Mitsprache und die städtische Identität betont. Die Strategie einer von Tourismus- und Immobilieninteressen geleiteten Umgestaltung wurde mit Museen, Galerien, Läden, Hotels, Wohnanlagen und Freizeiteinrichtungen fortgesetzt. Während des vergangenen Jahrzehnts haben Stadterneuerungsvorhaben auch zu vielen baulichen Verbesserungen im Stadtzentrum und am Ufer geführt. Liverpools Ernennung zur Europäischen Kulturhauptstadt des Jahres 2008 war besonders wichtig, um weitere kulturelle und touristische Projekte für die Stadt zu gewinnen. Zugleich wurde das Konzept der Europäischen Kulturhauptstadt heftig kritisiert für die zugrunde gelegte »Top-Down«-Vorstellung von Kultur und dafür, dass sie nur dem Stadtzentrum nutze und die armen Randbezirke ignoriere.²⁰

Vielleicht noch wichtiger für die Wiedererweckung des kollektiven Stolzes auf Liverpools Identität war allerdings die Aufnahme in das UNESCO-Weltkulturerbe (2004). Die UNESCO machte Liverpools »Größe« an seiner imperialen und merkantilen Vergangenheit fest, die sich in der prächtigen imperialen Architektur der »Drei Grazien« – »Royal Liver Building«, »Cunard Building« und »Port of Liverpool Building« – im Hafenviertel manifestiert. Sie anerkannte und würdigte explizit Liverpools historische Rolle »als bestes Beispiel eines Handelshafens im Zeitalter von Großbritanniens größtem globalen Einfluss«.²¹

In diesem Kontext städtischer und wirtschaftlicher Wiederbelebung nach der Aufnahme in das Weltkulturerbe und dem Kulturhauptstadtjahr entstanden in Liverpool miteinander verbundene Erzählmuster über die Wiederherstellung der Hafenidentität. Im Zentrum steht dabei die private Investmentgesellschaft »Peel Ports«. Sie betreibt den Hafen von Liverpool, seit sie im September 2005 die »Mersey Docks and Harbour Company«, die 1972 gegründete Folgeorganisation der alten Liverpoolscher Hafenbehörde, übernahm. Diese Übernahme fiel in eine Zeit, als die Wunden des Hafentarbeiterstreiks von 1995 bis 1998, der eine unglaubliche Solidarität und Kreativität in der Stadt hervorgebracht, aber mit einer bitteren Niederlage der Hafentarbeiter geendet hatte, noch nicht verheilt waren.²²

Das Erzählmuster der »Wiederanbindung der Öffentlichkeit an das Hafen- und Ufergelände« zeigte sich jüngst bei zwei bedeutenden Umgestaltungsvorhaben von »Peel Ports«: bei »Liverpool Waters«, einer groß angelegten Erweiterung von Büro-, Wohn- und Geschäftsimmobiliën auf dem Uferabschnitt im Nordwesten der Stadt (die Baugenehmigung wurde 2013 erteilt), und bei »Liverpool Two«, einem neuen Tiefwasser-Containerhafen weiter nordwestlich der Stadt, der 2012 die Baugenehmigung erhielt. Nach der Ankündigung dieser Vorhaben hat »Peel Ports« langsam mit Öffentlichkeitsarbeit begonnen, zum Beispiel durch öffentliche Anhörungen zu beiden Projekten und durch die Lancierung positiver Medienberichte über Aussichten auf Arbeitsplätze und Vorteile für die Allgemeinheit, die mit der Umgestaltung von Hafen- und Uferflächen einhergehen. Einer Vertreterin der Schifffahrtsindustrie zufolge hilft dies dabei, »etwas an dem Eindruck zu ändern, dass Liverpool nach einer Zeit des Niedergangs jetzt ein leichtlebige Mädchen sein soll, mit Tourismus, mit Unterhaltung, aber ohne

22 Vgl. Monica Clua-Losada, *Solidarity, Global Restructuring and Deregulation: The Liverpool Dockers' Dispute 1995–98*, Ph. Diss., University of York, York 2010.

23 Interview, 26. November 2013.

24 Vgl. die Projektbeschreibung von Peel Ports: <http://www.peel.co.uk/projects/oceangateway>, 7. Januar 2014.

25 Martin Bailey, *Liverpool Waters Design and Access Statement*, Liverpool 2011, S. 17.

26 Vgl. die Projektbeschreibung von Peel Ports, *Liverpool Waters*: <http://liverpoolwaters.co.uk/>, 7. Januar 2014.

Substanz. Das stimmt nicht, Liverpool ist immer noch eine Stadt mit Industrie, mit einem Hafen, und neben all den schicken Sachen wird hier weiter Schwerstarbeit geleistet.«²³ Mit Blick auf die negative Wahrnehmung von »Peel Ports« in Liverpool und auf die ehrgeizige Größenordnung dieser beiden Umgestaltungsvorhaben überrascht es nicht, dass man mit Öffentlichkeitsarbeit begonnen hat.

Durch die »Ocean Gateway«-Vision von »Peel Ports« wird gleichzeitig das verwandte Erzählmuster der Wiederherstellung des Status als »große« Hafenstadt vorangetrieben. Dieser auf fünfzig Jahre angelegte Plan soll über »ein beispielloses Ausmaß koordinierter privatwirtschaftlicher Investitionen« zur Umgestaltung eines strategischen Korridors beitragen, der Wasserstraßen in Liverpool, Manchester, Cheshire und Warrington umfasst.²⁴ Sowohl »Liverpool Two« als auch »Liverpool Waters« sind Vorzeigeprojekte der »Ocean Gateway«-Vision.

Der Bauausschuss des Stadtrats von Liverpool genehmigte »Liverpool Waters« im März 2012, bis 2040 sechzig Hektar früheren Dockgeländes zu erschließen. »Liverpool Waters« schlägt eine Mischnutzung mit Wohn-, Geschäfts-, Hotel-, Tagungs-, Einkaufs- und Freizeitangeboten vor, wobei der Hauptfokus auf 42 Wohnhochhäusern liegt. Liverpools Stadtentwicklungsplan betont die Bedeutung der »Herstellung von Verbindungen: Das schafft die wesentlichen Grundlagen für die Wiedereingliederung des Geländes von ›Liverpool Waters‹ in die Stadtstruktur.«²⁵ Der Plan hebt außerdem die Bedeutung eines besseren öffentlichen Zugangs zum Ufer und eines hochwertigen öffentlichen Raums hervor, der sich gut in die Umgebung einfügt. Auf der Website des Projekts heißt es: »Indem das Projekt das kulturelle Erbe des Ortes nutzt und es in aufregende und nachhaltige neue Bauvorhaben integriert, wird es ein einmaliges Ortsbewusstsein schaffen. ›Liverpool Waters‹ wird wesentlich zum Wachstum und zur Entwicklung der Stadt beitragen und zwischen dem ›Northshore‹-Viertel, dem Hinterland und dem Stadtzentrum bequeme Fortbewegungsmöglichkeiten und starke Verbindungen herstellen. Es wird neue und alteingesessene Bewohner aufnehmen, nationale und internationale Unternehmen anziehen und zu einem erheblichen Anstieg der Besucherzahlen in der Stadt führen, weil es Liverpools kulturelles Angebot ergänzt und ein neues und komplementäres Ziel etabliert.«²⁶ Betont wird die Bewahrung des Alten neben dem Neuen und man bemüht sich sorgfältig, Anklänge an Gentrifizierung zu

vermeiden. Zugleich verknüpft dieses Vorhaben die Vorstellung der Wiederanbindung im lokalen Maßstab mit globalen Ambitionen, in die Weltliga aufzusteigen und internationale Unternehmen und Besucher anzuziehen, was zum Erzählmuster der Wiederherstellung des Status als »große« Hafenstadt passt.

Manche Wissenschaftler haben Bedenken geäußert, inwieweit sich »Liverpool Waters« in die lokale Kultur und Wirtschaft einfügen wird. Für den Liverpooler Soziologen Paul Jones etwa ist es ein Beispiel dafür, wie Architektur Erzählungen über die Welt konstruiert, insbesondere eine transnationale bürgerliche Vision, in der »Liverpool Waters« sich neben Hafenviertel von Weltrang wie in Hong Kong, Singapur und Vancouver stellt. Über diese ästhetischen und klassenbasierten Erwägungen hinaus besteht ein weiterer bedenklicher Aspekt des Plans in seinem Zuschnitt auf hochpreisige Wohnbebauung, die nicht dem Bedarf der lokalen Bevölkerung entspreche.²⁷ Was den lokalen Widerstand angeht, waren die lautstärksten Gegner der Pläne aber nicht »typische« antikapitalistische Demonstranten, die Gentrifizierung ablehnen, sondern Denkmalschützer bzw. Verteidiger des UNESCO-Weltkulturerbe-Status. Sie fürchten, dass »Liverpool Waters« diesen einmaligen Status gefährden wird.

Das zweite »Ocean Gateway«-Vorzeigeprojekt ist »Liverpool Two«, ein 300 Millionen Pfund teurer Tiefwasser-Supercontainerhafen, dessen Bau 2013 begonnen wurde und der 2015 in Betrieb gehen soll. Trotz seines Images des Niedergangs bleibt Liverpool ein wichtiger Hafen, in dem Container, Fahrzeuge, Trockenschüttgut, Metalle, Forstprodukte, Flüssiggut und Energieprodukte verschifft werden. »Liverpool Two« wird nördlich der Stadt am Mersey liegen, jenseits der derzeit genutzten Docks in Seaforth (Abb. 2). Der neue Hafen ist zweifellos ein wichtiges Bauvorhaben für

27 Joe Bickerton, *Governing Neighbourhoods: Wirral Waters – A Catalyst for Change?* Cardiff 2009; Paul Jones, *Architecture as a 'Truth-Spot'? Making Architecture and Making Claims in Liverpool*, Vortrag, British Sociological Association Annual Conference, Grand Connaught Rooms, London 2013.



Abb. 2: Seaforth, Merseyside, im Norden von Liverpool, Februar 2013 • Foto: Alice Mah

Liverpool, da es weltweit relativ wenige Tiefwasser-Containerhäfen gibt, und das wird erhebliche Auswirkungen auf den Frachtverkehr haben. Doch wie in den alten Zeiten der Handelsschifffahrt bleibt abzuwarten, inwiefern die Erträge über den Hafen hinaus auch die Stadt erreichen.

Obwohl der Liverpooler Hafen seinen einstigen Ruhm teilweise wiedererlangen will, schätzen die Verantwortlichen seinen Weltrang realistisch ein. Kurz- bis mittelfristig will er sich als wettbewerbsfähige Alternative zu den britischen Häfen Southampton und Felixstowe etablieren, statt ein globales Drehkreuz wie Antwerpen oder Rotterdam zu werden. Gleichzeitig entwickelt er eindeutig eine Wachstumsagenda, wie sich an den beachtlichen Investitionen in Mega-Hafen-Pläne und die Umgestaltung städtischer Uferflächen zeigt.

»Peel Ports« wurde für seine geschäftlichen Erfolge in Liverpool gewürdigt. Das globale Branchenblatt »Containerisation International« ernannte »Peel Ports Mersey« im Jahr 2012 zum »Internationalen Hafentreiber des Jahres«. Ein Hafearbeiter, der in Seaforth bei »Peel Ports« beschäftigt

ist, hält diese Auszeichnung aber für unverdient: »Peel ist skrupellos, und das soll der Hafentreiber sein, der für diesen ganzen Komplex den Standard setzt.«²⁸ Andere Hafentarbeiter teilten diese Ansicht und argumentierten, dass hauptsächlich die miserablen Arbeitsbedingungen auf den Docks und die fehlende gewerkschaftliche Organisation seit dem Ende des Hafentarbeiterstreiks im Jahr 1998 die Rentabilität von »Peel Ports« in Liverpool begründen. Nach der »Skrupellosigkeit« von »Peel Ports« befragt, antwortete eine Vertreterin der Schifffahrtsindustrie: »Ja, das ist natürlich ein Unternehmen. Letzten Endes wird es die Entscheidungen treffen, die am besten sind für das Unternehmen. Ich glaube aber, es ist kein Unternehmen, das denkt, dass es ohne Menschen funktionieren kann (...).«²⁹

In der Tat hat das Hafenprojekt »Liverpool Two« ein anderes Verständnis von »Öffentlichkeit« als »Liverpool Waters«. Eines der Hauptbeispiele für das öffentliche Engagement von »Liverpool Two« ist ein Projekt, das die Stadt wieder mit ihrem Hafengebiet verbinden soll, aber über Arbeitsplätze und Identitätsbildung statt über Einkaufs-, Wohn- und Freizeitangebote. Mit dem Bau des neuen Tiefwasserhafens sollen mehr als 20.000 neue Arbeitsplätze rund um den »Super-Hafen« entstehen (bezogen auf den Hafen selbst und damit verbundene Unternehmen).

»Liverpool Waters« und »Liverpool Two« haben unterschiedliche, aber komplementäre Erzählmuster der Wiederanbindung der Menschen an das Hafen- und Ufergelände und der Wiederherstellung des Status als »große« Hafenstadt benutzt. Die beiden Vorhaben sind auf unterschiedliche Vorstellungen von »Öffentlichkeiten« und »Größe« zugeschnitten. »Liverpool Waters« folgt einem ziemlich konventionellen Pfad der von Immobilieninteressen geleiteten Umgestaltung

28 Interview, 8. Februar 2013.

29 Interview, 26. November 2013.

30 Merk / Comtois, *Competitiveness* (wie Anm. 6), S. 43.

mit einem Schwerpunkt auf Wohn- und Konsumräumen, die vor allem die Bedürfnisse der Mittelklasse, der Touristen und der internationalen Wirtschaftselite bedienen. Im Gegensatz dazu will »Liverpool Two« die maritime Wirtschaft, den maritimen Arbeitsmarkt und die maritime Identität in der Stadt wiederbeleben, wenn auch nicht aus selbstlosen, sondern aus ökonomischen Gründen.

Die gemeinsame Vision von Hafen und Stadt besteht darin, das Image und die Lebenswirklichkeit Liverpools zu verändern. Liverpool soll wieder eine wichtige Seefahrtsstadt werden, mit sowohl internationaler und nationaler als auch regionaler Bedeutung, ein »Ziel«. Das ist ein beachtlicher Anspruch, der vor Ort aus verschiedenen Gründen durchaus auch auf Skepsis trifft – wenig verwunderlich angesichts der langen Geschichte des wirtschaftlichen und städtischen Niedergangs Liverpools während des vergangenen halben Jahrhunderts.

Marseille

In einem OECD-Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit von Hafenstädten konstataren Olaf Merk und Claude Comtois, dass es in Marseille an Lokalstolz auf den Hafen von Marseille-Fos fehle.³⁰ Für den westlichen Hafen von Marseille führen die Autoren dies auf eine Geschichte des Misstrauens und sozialer Konflikte zurück, für den östlichen Hafen von Fos auf eine Geschichte der Umweltverschmutzung und mangelnder Sichtbarkeit des Hafens für die Stadtbevölkerung. Die Ergebnisse mehrerer in den Jahren 2010 bis 2013 geführter Interviews mit Bewohnern widerlegen allerdings diesen Befund: Tatsächlich äußerten viele Befragte Lokalstolz und sahen sich mit der maritimen Identität der Stadt verbunden, obwohl sie auch deren gefühlten Niedergang beklagten.

Vor dem Zweiten Weltkrieg war Marseille ein bedeutender Kolonial- und Industriehafen. Sein Niedergang als Hafenstadt begann nach dem Krieg und hing mit einer Kombination aus Deindustrialisierung, Containerisierung und Dekolonialisierung zusammen. Im Vergleich zu anderen europäischen Hafenstädten begann Marseille relativ spät mit der Umgestaltung von Hafen- und Uferflächen, was an einer Kombination aus historischen Faktoren und Planungskonzepten lag. In den frühen 1990er Jahren

rang die Stadt noch damit, das Stigma einer »ville en crise« abzulegen. Sie war »offensichtlich die einzige europäische Stadt dieser Größe ohne Anzeichen von Gentrifizierung, ohne Immobilienspekulation und ohne privatwirtschaftliche Investitionen in den inneren Stadtbezirken: Diese galten einfach nicht als profitabel.«³¹

Bei der ersten bedeutenden Umgestaltung von Hafен- und Uferflächen lag 1998 der Fokus auf der kommerziellen und freizeitbezogenen Sanierung der alten Docks von »La Joliette« nach dem Liverpooler Modell des »Albert Dock«. ³² Dies gehörte zu dem groß angelegten »Euroméditerranée«-Vorhaben, das die französische Regierung 1995 als »Schocktherapie« initiiert hatte, um städtischen Wandel anzustoßen. Die Hafенbehörde von Marseille widersetzte sich anfangs dieser Sanierung, weil damit die Verlagerung der letzten verbliebenen Hafенfunktionen aus der Stadt einhergehen sollte. ³³

»Euroméditerranée« umfasste anfangs eine Fläche von 310 Hektar, darunter heruntergekommene Hafен-, Industrie- und Wohngebiete. 2007 wurde es auf 480 Hektar ausgeweitet und ist derzeit das größte Stadterneuerungsvorhaben in Europa, weiterhin mit öffentlichen und privatwirtschaftlichen Mitteln auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene stark gefördert. Vorgesehen sind vor allem Investitionen in Wohneinheiten, Büroflächen, öffentliche Einrichtungen und Grünanlagen. Damit sollen 40.000 neue Bewohner angezogen und 35.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. ³⁴

Das Motiv der »Größe« zeigt sich in den politischen Ambitionen des »Euroméditerranée«-Vorhabens, das Marseille als zentrales regionales wirtschaftliches Drehkreuz zwischen Europa und dem Mittelmeer etablieren soll. Dies ähnelt den Ambitionen von »Peel Ports« in

31 So Megerle, Present-Day Development Processes (wie Anm. 15), S. 361.

32 Meynard, La Place De La Joliette (wie Anm. 12).

33 Jérôme Dubois / Maurice Olive, Euroméditerranée: Un Grand Projet D'aménagement À L'épreuve Du Débat Public, in: André Donzel (Hg.), Métropolisation, Gouvernance Et Citoyenneté Marseillaise, Paris 2001, S. 421 – 444, hier S. 425.

34 Marie-Claude Paoli, Euroméditerranée Marseille: Heartbeat of an Historic Mediterranean City, Marseille 2010.

35 Lauren Andres, Marseille 2013 or the Final Round of a Long and Complex Regeneration Strategy? in: Town Planning Review 82 (2011), H. 1, S. 61 – 76.

36 Interview, 10. Juli 2013.

37 Interview, 10. Juli 2013.

Liverpool, geht aber darüber hinaus, mit starker nationaler wie regionaler Unterstützung und einer längeren Geschichte, die in die mittleren 1990er Jahre zurückreicht. Es ist ein äußerst politisches Wirtschaftsprojekt, das von der Europäischen Union, dem französischen Staat, dem Regionalrat, dem Generalrat des Departements, der städtischen Gesellschaft und der Stadt Marseille gefördert wird und dessen Gesamtbudget rund 7 Mrd. Euro beträgt. »Euroméditerranée« war auch ein wichtiger Faktor bei der erfolgreichen Bewerbung von Marseille-Provence als Europäische Kulturhauptstadt 2013.³⁵ Seine wirtschaftlichen Ziele waren zudem integral verbunden mit dem Kulturprogramm der Europäischen Kulturhauptstadt.

Im Rahmen der Europäischen Kulturhauptstadt – offiziell als »Marseille-Provence 2013« (MP 2013) bezeichnet, weil auch die Provence mit rund 100 Kommunen einbezogen war – hat die Stadt Marseille mit einem Budget von ebenfalls 7 Mrd. Euro ein Narrativ der »Wiederanbindung der Öffentlichkeit an das Hafen- und Ufergelände« entwickelt. Hauptpartner bei der Bewerbung als Kulturhauptstadt waren die Hafenbehörde sowie die Handelskammer, die ein bedeutendes Seefahrtsarchiv und eine Ausstellung zur Geschichte des Hafens unterhält. Der Vize-Koordinator für internationale Beziehungen von MP 2013 betonte die Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung, als er davon sprach, wie wichtig es sei, Investitionen für die Region zu gewinnen, private Investitionen von internationalen Unternehmen einzuwerben und die Wirtschaft von Marseille wiederzubeleben.³⁶ Begründet wird dieses Engagement damit, dass es sich in die Förderung der städtischen Wirtschaftsentwicklung durch »Euroméditerranée« einfügt. Vor diesem wirtschaftlichen Hintergrund überrascht es nicht, dass das Kulturprogramm von MP 2013 stark auf den Hafen zugeschnitten war, viel stärker als 2008 in Liverpool.

Dem Vize-Koordinator zufolge bestand eine der wesentlichen Herausforderungen für die Kulturhauptstadt darin, »ein neues Verhältnis zum Meer herzustellen, weil das Verhältnis der Menschen in Marseille zum Meer sehr schwierig war. Das Meer brachte der Stadt die Finanz- und die Wirtschaftskrisen, mit dem Ende des Industriezeitalters in Marseille. Deshalb geben wir den Menschen in Marseille nun eine neue Vision des Meeres. Das Meer steht auch für Einwanderung, also wollten wir zeigen, dass kulturelle Unterschiede etwas Positives sind.«³⁷ Dieses Muster unterscheidet sich von anderen, weil es hier vor allem um die Vorstellungswelt und

Identität der Menschen geht statt um den physischen Zugang zum Ufer.

Umgesetzt wurde dies in Marseille hauptsächlich durch die am Ufer gelegenen Museen mit »Hafen«-Themen (siehe Abb. 3). Das neue nationale »Musée des Civilisations de l'Europe et de la Méditerranée« (MuCEM), das 191 Millionen Euro teure Aushängeschild von MP 2013, erzählt eine Geschichte von »Größe« und »Wiederanbindung« durch seine ikonische Architektur. Doch wie etliche solche Bauten, die elitäre Macht widerspiegeln, wurde das MuCEM dafür kritisiert, dass es ihm nicht gelinge, tatsächlich »Anschluss« an die lokale Bevölkerung und Kultur in Marseille zu finden.

Die »Villa Méditerranée«, ein internationales Diskussionsforum für das Mittelmeer, ist ein weiteres neues Museum am Ufer in der Nähe des alten Hafens, neben dem MuCEM. Sie zeigt die Zusammenarbeit im Mittelmeer am Beispiel des Hafens. Als intimer Raum ist sie zugänglicher als das MuCEM, und bei einigen Ausstellungen ist der Eintritt frei.³⁸ Eine der interessantesten Verbindungen von Hafen und Stadt während des Kulturhauptstadtjahrs war der »J1-Hangar«. Die Hafenbehörde von Marseille-Fos machte dieses neben noch genutzten Docks gelegene Gebäude Anfang 2013 als Ausstellungs- und Veranstaltungsort für das Publikum zugänglich. Während andere Formen der »Wiederanbindung der Öffentlichkeit an das Hafen- und Ufergelände« das Erbe des Hafens und der Industrie durch Freizeit- und Konsumlandschaften ersetzen wollen, hob der »J1-Hangar« die Verbindung zu einem aktiven Hafen hervor.

Abgesehen von den offiziellen Repräsentanten von MP 2013 fand sich unter meinen Gesprächspartnern jedoch niemand, der besonders positiv zur »Wiederanbindung« der Uferfront oder der Verknüpfung mit dem

38 Die Eröffnungsausstellung im Sommer 2013 war frei zugänglich und eine gut dokumentierte Ausstellung über Mobilität im Hafen. Sie konzentrierte sich auf Frachtumschlag, Containerverkehr und die Arbeitswelt von Menschen in verschiedenen Häfen rund um die Welt.

39 Interview, 11. September 2013.



Abb. 3: Uferfront in Marseille mit dem »Musée des Civilisations de l'Europe et de la Méditerranée« (MuCEM), Juli 2013 • Foto: Alice Mah

Leben in der Stadt eingestellt war. Mehrere Bewohner machten deutlich, wie wenig sie mit dem Kulturbegriff anfangen konnten, der ihnen durch die Veranstaltungen vermittelt wurde. Der Marseiller Kriminalschriftsteller Gilles Del Pappas sagte: »Die Europäische Kulturhauptstadt war ausschließlich auf einen bestimmten Begriff von einer homogenen Kultur, wie in New York oder Paris, zugeschnitten und nicht auf die Untergrundkultur, die Marseille ausmacht. Stattdessen hat die Kulturhauptstadt die wahre Kultur von Marseille versteckt und bloß eine bestimmte Sicht gezeigt. Alle Besucher werden nur zum MuCEM gelenkt, das nicht repräsentativ für die Stadt ist. Gewalt, Verbrechen und soziale Realitäten des Ausschlusses bestehen fort, und die Stadt ist korrupter denn je.«³⁹ Andere Bewohner verwiesen darauf, dass die Angebote der Kulturhauptstadt nicht nur unzugänglich und teuer waren, sondern auch keine dauerhaften lokalen Arbeitsplätze schufen, nicht einmal im Kulturbereich.

Die Dynamiken des Hafens selbst spielen eine interessante Rolle bei Marseilles Neupositionierung als »große« Hafenstadt. Trotz seines Niedergangs

seit den 1970er Jahren ist der Hafen von Marseille-Fos noch immer der größte in Frankreich und der fünfgrößte in Europa. Allerdings haben französische Häfen generell im Vergleich zu anderen europäischen Häfen an Bedeutung verloren. Keine größeren Schifffahrtslinien oder internationalen Frachtfirmen sind in französischen Häfen vertreten, was an der sehr speziellen Organisation des Umschlagwesens in französischen Häfen liegt.⁴⁰

Durch die Strukturreformen der Sarkozy-Regierung von 2008 wurden die Hafenaktivitäten in Frankreich auf bestimmte Drehkreuze konzentriert. Der Westhafen von Marseille (Fos), etwa dreißig Meilen nördlich der Stadt, hat als Haupt-Containerhafen von diesen Reformen profitiert. Das Frachtaufkommen stieg in den vergangenen Jahren stetig an. Im Osthafen im Stadtzentrum kam der Containerumschlag aber seit 2008 praktisch zum Erliegen, stattdessen rückte dort der Kreuzfahrtverkehr in den Mittelpunkt. Das hat zu Spannungen zwischen den beiden Häfen geführt. Die Verschiebung der Hafendynamik in Marseille spiegelt ähnliche Verschiebungen weltweit wider: weg von einer Vielzahl kleinerer Häfen und hin zu einigen wenigen konzentrierten Drehkreuzen. Der Hafen in Fos will das Frachtaufkommen bis 2030 auf fünf Millionen Container verfünffachen.⁴¹

Obwohl viele Bewohner doch stolz sind auf die maritime Geschichte und Identität der Stadt, wundern sich viele über die Behauptungen, der Hafen werde wirtschaftlich wiederbelebt.⁴² Die bereits erwähnte Annahme von Merk und Comtois, dass es an Lokalstolz fehle, ist in der Tat teilweise durch die räumliche Entfernung zwischen den beiden Häfen bedingt, weil der kleinere Osthafen in der Nähe des Stadtzentrums sichtbar ist, der größere und geschäftigere Westhafen aber nicht. Beim Einlaufen in den Westhafen sind

40 So Brian Slack / Antoine Frémont, Transformation of Port Terminal Operations: From the Local to the Global, in: *Transport Reviews* 25 (2005), H. 1, S. 117 – 130.

41 Merk / Comtois, *Competitiveness* (wie Anm. 6), S. 6.

42 Diverse Interviews, 2010 – 2013.

43 Interview, Direktor, Les Amis de Marins, Marseille, 11. Juli 2013.

44 Vgl. Jean Domenichino / Jean-Marie Guillon, *Les Dockers Et Le Port Autonome De Marseille. Histoire Des Hommes*, Marseille 1999; Lóïc Hislaire, *Dockers, Corporatisme Et Changement*, Paris 1993; Pons, *Des Docks* (wie Anm. 12).

45 Merk / Comtois, *Competitiveness* (wie Anm. 6), S. 27.

Seeleute oft über dessen Größe erstaunt.⁴³ Außerdem waren und sind Konflikte zwischen Hafentarbeitern und Hafenbehörde in Marseille sehr präsent und tragen zu einem Gefühl der Verunsicherung über die Zukunft des Hafens bei.⁴⁴ Darüber hinaus besteht auch in einem allgemeineren Sinne der Eindruck, dass der Hafen nicht mit dem städtischen Arbeitsmarkt verbunden ist: Der Flüssiggutumschlag gilt als wenig arbeitsplatzintensiv, so dass durch die Steigerung des Frachtaufkommens relativ wenige Arbeitsplätze entstehen.⁴⁵

Trotz des Bemühens um die Wiederanbindung der Öffentlichkeit an das Meer und um die Wiederherstellung der Identität als »große« Hafenstadt wurden die miteinander verbundenen Projekte der Europäischen Kulturhauptstadt, der »Euroméditerranée«-Stadterneuerung und der Umgestaltung des Hafens wegen der fehlenden Einbeziehung der lokalen Kultur und der Bewohner kritisiert. Die neuen Museen sind teuer, wurden hauptsächlich von Auswärtigen entworfen, beschäftigen kaum Einheimische und zeigen nicht den kulturellen Reichtum der Stadt. Der Hafen floriert zwar zunehmend, doch infolge der räumlichen Entfernung, des geringen Einflusses auf den lokalen Arbeitsmarkt und der Konflikte zwischen den Hafentarbeitern und der Hafenbehörde geht er nicht in die gegenwärtige Stadtidentität ein. Es bleibt offen, ob die langfristigen wirtschaftlichen Effekte der Museen, gemeinsam mit »Euroméditerranée« und der wirtschaftlichen Entwicklung des Hafens, das negative Image – und die Realität – der sozialen und wirtschaftlichen Not in Marseille überwinden werden.

New Orleans

Im Unterschied zu Liverpool und Marseille ist die Tradition von New Orleans als Hafenstadt nicht besonders präsent im kollektiven Gedächtnis der Stadt. Das liegt nicht an mangelndem Stolz oder Vertrauen, sondern an der relativen Ausblendung des Hafens aus der umfassenderen Stadtidentität der Gegenwart. Die beste Zeit des Hafens in der Mitte des 19. Jahrhunderts liegt mehr als 150 Jahre zurück. Auf diese Zeit wird als eine der nahezu mythischen »Gründungsgeschichten« der Stadt verwiesen, und sie ist mit der größeren Geschichte des Mississippi verbunden. Aber mit dem Ausbau der Eisenbahn, dem Einsatz größerer Schiffe und

dem allmählichen Niedergang der Plantagenwirtschaft begann der Hafen von New Orleans im späten 19. Jahrhundert hinter andere amerikanische Häfen zurückzufallen. Unter den umschlagstärksten Häfen der Welt war New Orleans bis 1900 vom vierten auf den zwölften Rang abgerutscht.⁴⁶ Obwohl der Hafen regional bedeutend blieb, konnte er den Weltrang, den er Mitte des 19. Jahrhunderts besaß, nie zurückerlangen. Die bleibende wirtschaftliche Bedeutung des Hafens ist aber nicht Teil der expliziten kulturellen Identität der Stadt. Nur implizit bezieht sie sich auf wirkmächtige Narrative über Hafenstädte: die Jazz- und Bluesmusik, das lebendige Kultur- und Nachtleben im »French Quarter«, die lange Geschichte des Multikulturalismus und die Gefährdung durch die Küstenlage. Hinsichtlich der kollektiven Identität mögen die Verbindungen zwischen Hafen und Stadt diffus sein, aber der Hafen bleibt in der Golfregion bedeutsam, ist hochgradig diversifiziert und hat starken wirtschaftlichen und kulturellen Einfluss auf die Stadt.

Mit größeren Vorhaben zur Umgestaltung von Hafen- und Uferflächen wurde in New Orleans erst in den 1970er Jahren begonnen. Während der 1960er Jahre widersetzte sich das »New Orleans Dock Board« noch einer solchen Nutzung der Uferzone. Das ähnelte den Spannungen, die in Marseille zwischen Stadt und Hafenbehörde bestanden, als es um die Umnutzung von Uferflächen in traditionellen Hafengebieten ging. In den 1970er Jahren entschied das »Dock Board« schließlich, eine solche Umnutzung zu erlauben. Die damit verbundene Wertsteigerung sollte anderswo den Ausbau des Hafens finanzieren. Als erste nicht-maritime Nutzung des Ufers entstand Mitte der 1970er Jahre die »Moonwalk«-Uferpromenade, gefolgt von tourismus- und freizeitorientierten Vorhaben wie dem »Hilton«-Komplex, der Sanierung der »Spanish Plaza«

46 Port of New Orleans Review and History, World Port Source (http://www.worldportsource.com/ports/review/USA_LA_Port_of_New_Orleans_254.php, 10. Januar 2014).

47 Lauria, Waterfront Development, S. 27 (wie Anm. 12).

48 New Orleans Building Corporation, New Orleans Riverfront: Reinventing the Crescent. Development Plan (2008) (<http://www.reinventingthecrescent.org/>, 1. April 2013).

und der Weltausstellung von 1984. Während der 1980er und 1990er Jahre folgten die Planer dem Ansatz einer unternehmensgeleiteten öffentlich-privaten Partnerschaft und betrieben weiterhin eine tourismus- und freizeitbasierte Strategie. Laut Mickey Lauria, Professor für Stadt- und Regionalplanung, konsolidierte die Weltausstellung von 1984 die Umgestaltung des Flussufers, denn »erst mit der Eröffnung der Weltausstellung von New Orleans im Mai 1984 fanden die Stadt und der Fluss wirklich wieder zusammen. Zum ersten Mal seit der Überbauung der Kaianlagen im Jahr 1905 war die Stadt physisch, visuell und psychologisch mit dem Flussufer verbunden. Die Weltausstellung von 1984 führte das enorme Potential des Flussufers deutlich vor Augen.«⁴⁷

Im Jahr 2006 präsentierte die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Hafen das 294 Millionen Dollar teure Konzept »Reinventing the Crescent«. Um die Menschen von New Orleans wieder mit dem Ufer zu verbinden, sollen nicht mehr benötigte Flutmauern, Bahngleise und alte Industrieanlagen auf einem sechs Meilen langen postindustriellen Uferstreifen durch Parks und öffentliche Räume ersetzt werden.⁴⁸ Das Vorhaben ist ein Gemeinschaftsprojekt des Hafens und des Stadtrats. Es wurde von dem Landschaftsarchitekturbüro »Hargreaves Associates« entworfen und umfasst sowohl eine Rentabilitätsstudie zum lokalen Wirtschaftswachstum als auch am öffentlichen Wohl orientierte Ideen über das Zusammenbringen unterschiedlicher sozialer Gruppen, zu Nachhaltigkeit und ökologischer Verantwortung sowie zur Schaffung von lokalen Arbeitsplätzen und lokalem Wohnraum. Der erste Abschnitt ist die Anlage des »Crescent Park« in der Nähe des Stadtzentrums, durch den ein Gebiet öffentlich zugänglich gemacht wird, das lange durch eine große Flutmauer blockiert war (Abb. 4).

Ein Hauptgedanke hinter »Reinventing the Crescent« ist, dass die Bürger die Hafengeschichte und -identität der Stadt vergessen haben. Der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit erklärte: »Jeder weiß, wo der Hafen ist, und jeder weiß, dass New Orleans am Fluss liegt. Die Leute verstehen das. Unsere Herausforderung bestand darin, den Einfluss auf die Stadt, die Region und den Staat insgesamt deutlich zu machen. (...) Es ist eine Herausforderung, die Aufklärung fortzusetzen und so vielen Leuten wie möglich zu vermitteln, was hier passiert. Jeder weiß, dass wir eine Hafenstadt sind, aber ein großer Teil der Bevölkerung versteht die Industrie nicht. Das ist in den meisten Hafenstädten so. Die Leute sehen die Schiffe ein- und auslaufen,

aber sie verstehen nicht das Ausmaß der Auswirkungen eines einlaufenden Schiffes.«⁴⁹ »Reinventing the Crescent« wird explizit als ein Geschenk dargestellt, das der Hafen und die Stadt den Bewohnern machen. Gary LaGrange, der Vorstandsvorsitzende des Hafens von New Orleans, erläuterte das Vorhaben so: »Hauptsächlich geht es darum, den Menschen den Fluss zurückzugeben, wie es viele andere gute alte Hafenstädte getan haben, und einen fünf Meilen langen Uferstreifen fußgängerfreundlich zu gestalten, mit Platz für Jogger und Radfahrer, mit Hundewiesen, mit vielfältigen Angeboten wie kleinen Erfrischungsständen und, hoffentlich, Restaurants und solchen Sachen, wo der alte Hafen war, und das war im Wesentlichen genau hier.«⁵⁰ LaGrange war Stadtplaner, bevor er Hafendirektor wurde, und er hat auf seine Erfahrungen in der Stadtplanung zurückgegriffen, um die Herausforderungen der Umgestaltung des Hafens und des Ufers anzugehen.

»Reinventing the Crescent« verfolgt zwar erklärtermaßen am öffentlichen Wohl orientierte Ziele, doch trotzdem haben viele Anwohner, Forscher und Aktivist*innen das Vorhaben kritisiert, besonders im Kontext der Nachwirkungen des Hurrikans Katrina, der Teile der Stadt im Jahr 2005 verwüstete. Einige lokale Bürgerinitiativen protestierten gegen das Vorhaben aus Angst vor einer Verschandelung und Lärmbelästigung in ihren Vierteln. Bemerkenswerterweise handelt es sich dabei meistens um Mittelklasseviertel, weil das Vorhaben auf die höher liegenden Gebiete zugeschnitten ist, nicht auf die gefährdeteren Teile der Stadt. Bei dem Vorhaben gehe es ausschließlich um wirtschaftliche Entwicklung und darum, mit einem auffälligen Bauprojekt auf einigen der am höchsten gelegenen Flächen der Stadt neue Bewohner anzuziehen, wobei Fragen des wirklichen Wiederaufbaus und des Hochwasserschutzes nach Katrina ignoriert würden. Die

49 Interview, 12. December 2013.

50 Interview, 12. December 2013.

51 Richard L. Florida, *The Rise of the Creative Class and How It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life*, New York 2002; Florida, *Cities* (wie Anm. 10).



Abb. 4: Crescent Park Flutmauer, in der Nähe des French Market, New Orleans, April 2013
• Foto: Alice Mah

Kritiker monieren außerdem, dass das Vorhaben auf einer unrealistischen Vorstellung von Wachstum basiere. Seit der Rezession von 2008 stagnierte das Projekt und fiel weit hinter die Planungen zurück.

Obwohl der Fokus von »Reinventing the Crescent« vor allem auf öffentlichen Grünflächen liegt, hat das Vorhaben auch eine starke kulturelle Dimension. Ein Hauptbestandteil ist etwa der Plan, einen alten Kai in einen großflächigen Veranstaltungsort umzuwandeln, was man als eine eher dem Mainstream entsprechende Form von Kultur sehen könnte. Anknüpfend an Richard Floridas populäre Idee von der »kreativen Klasse« als Motor des Stadtwachstums,⁵¹ nutzen die Projektplaner das besondere kulturelle Erbe von New Orleans als Grundlage, um die kreative Klasse anzuziehen. Die Ironie liegt darin, dass die »kreative Klasse« eines der meistkopierten Konzepte der Stadtplanungsgeschichte ist und dass sein Einsatz fast immer eine Bedrohung für wahre Kreativität bedeutet. Sobald man anfängt, eine »besondere Kultur«, wie auch immer definiert, zu vermarkten, wird die Besonderheit dieser Kultur untergraben. Die Strategie, an eine Tradition

kultureller Vielfalt anzuknüpfen oder »Kapital aus der Kultur zu schlagen«,⁵² ist eine der wesentlichen Antriebskräfte des postindustriellen Modells einer kunst- und kulturorientierten Umgestaltung, die auf Immobilieninteressen beruht. Das Ziel von »Reinventing the Crescent« ist nichts Geringeres, als »das Flussufer so umzugestalten, dass es international herausragt und zur großartigsten Uferkulisse in Nordamerika wird.«⁵³ Die internationalen Ansprüche dieser Stadtplanung erinnern an »Liverpool Waters« und »Euro-méditerranée«.

Auch die Ambitionen des Hafens von New Orleans ähneln denen der Häfen von Liverpool und Marseille. Dem Leiter der Öffentlichkeitsarbeit zufolge hat sich der Hafen nach dem Hurrikan Katrina sehr gut erholt. Die Wiedereröffnung des Hafens hatte für die Stadt oberste Priorität, und sein Wiederaufbau wurde mit Bundesmitteln gefördert. Nach Katrina erzielte der Hafen drei Jahre lang Rekordeinnahmen.⁵⁴ New Orleans ist ein diversifizierter Hafen mit einigen Besonderheiten: 1.) der einzige Containerhafen unter den fünf großen Hafenstandorten Louisianas (Baton Rouge, South Louisiana, New Orleans, St. Bernard, Plaquemines), 2.) der größte Hafen für Massenstückgut (nicht im Container, sondern auf Paletten transportierte Fracht) in den Vereinigten Staaten, spezialisiert auf Stahl, Kautschuk und Kaffee, 3.) ein bedeutender Hafen für Kühlcontainer mit der 2012 eröffneten größten Schockfrostanlage der Nordhalbkugel, spezialisiert auf Geflügel, 4.) ein Kreuzfahrthafen, 5.) ein großer Industriehafen mit Industriegebieten, 6.) ein Hafen für Projektladung, also für besonders große und schwere Güter, etwa Anlagenteile für Raffinerien oder Fabriken, aus aller Welt.

Der Hafen von New Orleans hat eine starke wirtschaftliche Stellung in der Region und ist bestrebt, vom

52 Jones / Wilks-Heeg, *Capitalising Culture* (wie Anm. 20).

53 New Orleans Building Corporation, *New Orleans Riverfront: Reinventing the Crescent. Development Plan* (2008), S. 4 (<http://www.reinventingthecrescent.org/>, 1. April 2013).

54 Interview, 12. December 2013.

55 Interview, 12. December 2013.

Ausbau des Panamakanals zu profitieren, der bald abgeschlossen sein und mit einem massiven Anstieg des Frachthandels in den südlichen Vereinigten Staaten einhergehen soll. Die Häfen am Golf arbeiten zusammen, sind aber auch Konkurrenten, weil sich die wirtschaftliche Lage von Häfen schnell verändert. Einerseits hat New Orleans gegenüber anderen Häfen den Nachteil, dass es rund hundert Meilen flussaufwärts liegt und der Mississippi windig, neblig und schwierig zu navigieren ist, besonders für große Schiffe.

Andererseits hat New Orleans einen Vorteil durch den Zugang zum Hinterland, weil es ein Knotenpunkt für den Weitertransport von Gütern den Mississippi hinauf oder per Bahn und Lastwagen ins ganze Land ist. Außerdem hat es – als einziger Containerhafen – infrastrukturelle Vorteile. Wie in Liverpool und Marseille sind die globalen Ambitionen des Hafens allerdings begrenzt. Er mag regional bedeutend sein, aber ein globales Drehkreuz ist er noch lange nicht. Gary LaGrange verwies auf die Unterschiede zwischen asiatischen und nordamerikanischen Häfen in der Effizienz: »Ich wünsche mir und hoffe darauf, den Tag zu erleben, an dem wir tatsächlich effizient werden. Das hat nichts mit mangelnder Integrität der Arbeit oder mit irgendetwas Philosophischem zu tun. Das hat mit den Gewerkschaften zu tun (...) mit einigen der Dinge, um die sich die Asiaten nicht zu kümmern brauchen, um die wir uns (aber) kümmern müssen in diesem Land, Betriebszeiten zum Beispiel.«⁵⁵ Diese Aussage zeigt Spannungen zwischen den wirtschaftlichen Zielen des Hafens, formuliert als größere »Effizienz«, und den Rechten der Arbeiter, um die sich der Hafen »kümmern« müsse.

Wie Liverpool und Marseille hat auch New Orleans versucht, seine »Größe« als Hafen durch Mega-Projekte wiederzuerlangen, die erklärtermaßen der »Allgemeinheit« nutzen sollen. Doch der Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Gewinn für den Hafen und dem Nutzen für die Stadt ist nicht ganz klar.

Fazit

Neuere Vorhaben zur Umgestaltung von Hafen- und Uferflächen in Liverpool, Marseille und New Orleans setzen einerseits frühere Modelle fort, weichen andererseits aber auch davon ab. Es gibt einige wichtige Kontinuitäten: Zum Beispiel folgen alle drei Hafenstädte einem marktorientierten

Ansatz und beziehen sich auf komplementäre, gut eingeführte Formen der von Tourismus- (wazu Kultur-, Freizeit- und Dienstleistungsangebote zählen), Immobilien- und Hafeninteressen geleiteten Umgestaltung. In diesem Sinne entsprechen die Umgestaltungsstrategien generell Shaws flexibler und hybrider »vierter« Stufe der Planungsstrategien seit den 1990er Jahren, die unterschiedliche Logiken, Interessen und Instrumente verbinden. In der Praxis erweisen sich Ideen und Pläne zur Umgestaltung oft als unterschiedliche Variationen desselben Musters: Dabei geht es vor allem um Vorzeigeprojekte als Ikonen des Wandels, um bauliche Veränderung sowie um die Schaffung von Tourismus-, Freizeit- und Konsumlandschaften an den Orten der alten Hafenaktivitäten. Wie ein Kritiker in New Orleans sagte: »Was sich in New Orleans ›Reinventing the Crescent‹ nennt, heißt in Baltimore ›Inner Harbor‹-Projekt, in Passaic, N.J., ›Riverfront Park‹, in Detroit ›Renaissance Center and International Riverfront‹, in Manhattan ›Waterfront Greening‹. Überall wird ein Industriegebiet am Ufer, das wegen des Dahinschwindens der amerikanischen Industrie aufgegeben wurde, neu erfunden, um die kreative Klasse zurück in die Innenstadt zu holen.«⁵⁶ Diese Kritik verweist auf das Problem, durch die Übernahme dominanter Planungsmodelle auch deren Fehlschläge zu wiederholen. Die Umgestaltungen in Baltimore, New Jersey, Detroit und Manhattan mögen zwar die bauliche Erneuerung und die Gentrifizierung der Hafens- und Uferflächen bewirkt haben, aber es gelang ihnen nicht, die Menschen wieder mit dem Ufer zu verbinden, Arbeitsplätze zu schaffen oder lokale Kultur wiederzubeleben.

Neben Kontinuitäten früherer und aktueller Planungen in den drei Städten gibt es auch einige Abweichungen. Neuere Umgestaltungsstrategien sind ehrgeiziger und von sich überzeugter, sie zielen mehr auf

56 Daniel Wolff, »Reinventing the Crescent« reconsidered: Mere Gentrification or good for us all? in: *The Lens*, 15. August 2013 (<http://thelensnola.org/2013/08/15/reinventing-the-crescent-reconsidered-mere-gentrification-or-good-for-us-all/>).

57 Mah, *Port Cities* (wie Anm. 1), Kapitel 2.

globale und regionale Wettbewerbsfähigkeit als nur auf die Überwindung des Niedergangs. Außerdem haben Häfen und Städte ihre historischen Differenzen über wirtschaftliche Prioritäten beigelegt und verfolgen integrierte Ansätze, die die Nutzung von Uferflächen durch den Hafen mit anderen Nutzungsarten verbinden. Die Planer der Umgestaltung von Hafen- und Uferflächen haben in allen drei Städten zu Mega-Projekten mit erheblichen materiellen und symbolischen Folgen für diese Flächen tendiert. Gestützt werden diese großen Projekte durch einen aktiven kulturellen Schub hin zur Wiederherstellung hafentstädtischer Identitäten. Dabei dienen die Erzählmuster der Wiederanbindung der Öffentlichkeit an die Uferzone und der Wiederherstellung des Status als »große« Hafenstadt dazu, die Umgestaltung zu rechtfertigen. Die Wiederanbindung der Öffentlichkeit an das Ufer ist zwar ein altes Lied der Umgestaltungspolitik seit den 1960er Jahren, doch die Verknüpfung mit »Größe« ist relativ neu. Der Bezug auf »Größe« weist sowohl in die Vergangenheit als auch in die Zukunft von Hafenstädten. Er beschwört in allen drei Häfen die Blütezeit des Imperialismus und Kolonialismus im 19. Jahrhundert, lässt aber auch globale wirtschaftliche und kulturelle Ambitionen als wettbewerbsfähige Häfen und Städte anklingen.

Ein gemeinsames Erzählmuster der Umgestaltungsvorhaben war, dass Städte ihre Häfen vernachlässigen, indem sie deren wirtschaftliche Leistungen nicht anerkennen. Doch historisch betrachtet war das Verhältnis von Hafen und Stadt genau umgekehrt: Die großen imperialen Häfen vernachlässigten die Städte. Während Kaufleute und Reedereien auf dem Rücken von einfachen Arbeitern und armen Migranten zu Wohlstand gelangten, litten die Städte unter schlechten Wohn- und Hygienebedingungen sowie unter erheblicher sozialer Ausgrenzung. Hafenstädte haben marktorientierte Umgestaltungsvorhaben mit Ansprüchen auf globale Wettbewerbsfähigkeit bevorzugt. Trotz einiger Bemühungen um die »Wiederanbindung« der Öffentlichkeit an das Ufergelände besteht die ausschließende Tradition der alten Handelshäfen fort.

Was trägt diese Analyse der Umgestaltung von Hafen- und Uferflächen zu unserem Verständnis von städtischen Identitäten in Hafenstädten bei? Wie ich in meinem Buch darlege⁵⁷, haben Hafenstädte ambivalente und widersprüchliche städtische Identitäten, die in Liverpool, Marseille und New Orleans in einer großen Bandbreite lokaler kultureller Repräsentationen

ALICE MAH

■ HAFENSTÄDTE AUF DEM WEG
ZU NEUEN IDENTITÄTEN

zum Ausdruck kommen. In jüngster Zeit haben sich die Planer der Umgestaltungsvorhaben in allen drei Städten auf Erzählmuster über die Wiederherstellung positiver hafenstädtischer Identitäten – Stolz auf vergangene »Größe« und Streben nach zukünftiger »Größe« – bezogen, um öffentliche Zustimmung für Mega-Projekte auf Hafen- und Uferflächen zu gewinnen. Sie haben negative und ambivalente hafenstädtische Identitäten ausgeblendet, zu denen die Vermächtnisse des Imperialismus, Kolonialismus und Kapitalismus zählen, die sich in sozialer Polarisierung und der Marginalisierung sozial gefährdeter Bevölkerungsgruppen zeigen.

Übersetzt von Thorsten Gräbe

LU SEEGER

■ HANSEATEN UND DAS
HANSEATISCHE IN
DIKTATUR UND DEMOKRATIE

ANMERKUNGEN

- 1 Daniela Stürmlinger, Der Aufsteiger, in: »Hanseaten. Die Köpfe der Stadt«, Hamburger Abendblatt, Magazin, Januar 2014, S. 3.
- 2 »Hanseaten. Die Köpfe der Stadt«, Hamburger Abendblatt, Magazin, Januar 2014, S. 32.
- 3 Titelseite »Hanseatisch«, in: taz, nord, 8./9.2.2014, S. 41.
- 4 Vgl. Frank Bajohr / Dorothee Wierling, »Hanseat« und »hanseatisch« – Konturen eines möglichen Forschungsfelds, unveröff. Konzeptpapier, Hamburg o.D. [2012], S. 1 f.

HANSEATEN UND DAS HANSEATISCHE IN DIKTATUR UND DEMOKRATIE: POLITISCH-IDEOLOGISCHE ZUSCHREIBUNGEN UND PRAXEN

Ein Blick in die lokale Hamburger Medienlandschaft zeigt: Der Begriff hanseatisch spielt eine zentrale Rolle in der Selbstbeschreibung der Stadt. Nicht nur die lokalen Eliten in Wirtschaft und Politik führen den Begriff – auch Sportler wie etwa die Handballspieler des HSV bezeichnen sich selbst als Hanseaten. Vor rund einem Jahr erschien ein Magazinheft des »Hamburger Abendblatts« mit dem Titel »Die Köpfe der Stadt – Hanseaten«. Als typisch hanseatisch wurde hier etwa das Erfolgsrezept des neuen Vorstandschefs der Beiersdorf AG, Stefan F. Heidenreich, interpretiert: »Klare Ansagen, maximale Leistung – und nicht viele Worte.«¹ Mehr noch: Auf der letzten Seite warb das »Hamburger Abendblatt« um neue Abonnenten mit dem Slogan »So leicht werden Sie zum Hanseaten!«² Augenscheinlich reflektierter nahm sich die »taz.nord« im Februar 2014 des Themas an, indem sie die Begrifflichkeiten kritisch-plakativ hinterfragte: »Hanseatisch: Ethos oder Mumpitz?«³

Allgemein bezeichnet das Wort hanseatisch heute diffus eine Grundhaltung, die durch Nüchternheit, Pragmatismus, Weltoffenheit, Toleranz und Liberalität gekennzeichnet ist. Viel spricht jedoch dafür, dass das Hanseatische im Verlauf des 20. Jahrhunderts und im Wechsel von Demokratie und Diktatur mit sehr unterschiedlichen Bedeutungsinhalten verbunden und erst seit den 1950er Jahren allmählich mit den heutigen, für hanseatisch gehaltenen Attributen konnotiert wurde. So bezeichnete der oft beschworene Hanseatengeist im »Dritten Reich« das genaue Gegenteil heutiger Zuschreibungen, nämlich eine rassistisch-kolonialistische Eroberungsmentalität, die Hamburger Kaufleute zu »Pionieren« im »Volkstumskampf« in Mittel- und Osteuropa stilisierte. Dies zeigt, dass die mit dem Hanseatischen und den Hanseaten verbundenen Wertvorstellungen sich wandelten, also keineswegs statisch waren und sind.⁴

- 5 Der Begriff des Hanseatischen entwickelte sich zum Ende des 18. Jahrhunderts als Sammelbezeichnung für die Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen und brachte die gemeinsame hanseische Geschichte zum Ausdruck. Alexandra Ortmann, »... mit den Tugenden eines echten Hanseaten«. Zur Konstruktion einer Identität um 1900, unveröff. Magisterarbeit, Göttingen 2005, S. 146.
- 6 So bezog sich eine »landsmannschaftliche« Konnotation des Begriffs im 19. Jahrhundert auf die Einwohner der drei Hansestädte sowie auf Angehörige der »Hanseatischen Regimenter« und der studentischen Verbindungen. Ebd. S. 146f.
- 7 Duden. Das große Wörterbuch der deutschen Sprache in sechs Bänden, Bd. 3: G-Kal, Mannheim, Wien, Zürich 1977, S. 1147.
- 8 Laut Alexandra Ortmann wurde eine exklusive Herkunft vor allem zu Beginn des 20. Jahrhunderts relevant. Ortmann, Konstruktion, S. 147.

Im historischen Längsschnitt untersucht ein neues Forschungsprojekt an der FZH deshalb für den Zeitraum von 1900 bis 1970 die Wandlungsprozesse, denen die Selbstbeschreibung von Hamburgern als hanseatisch bzw. als Hanseaten unterlag. Zudem findet die Verwendung der Begriffe in Lübeck und Bremen Beachtung, da die drei Hansestädte ähnliche Interessen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht besaßen und zeitweise gemeinsam nach außen vertraten, aber auch in deutlicher Konkurrenz zueinander standen.⁵ Ausgehend vom späten 19. Jahrhundert werden sowohl die verschiedenen politischen Semantiken und gesellschaftlichen Trägergruppen des Hanseatischen in Demokratie und Diktatur in den Blick genommen als auch die damit verbundenen zeitgenössischen Strategien und sozialen Praktiken. Dabei wird eruiert, in welchen historischen Situationen bzw. Konstellationen und bei welchen Themenkomplexen sich die Rekurse auf das Hanseatische verdichteten und erweiterten bzw. in den Hintergrund gedrängt wurden.

Die Begriffe Hanseaten und hanseatisch bezeichneten bis weit in das 20. Jahrhundert hinein nicht nur die geografische Herkunft aus den Hansestädten, sondern damit verbunden eine spezifische soziale Herkunft.⁶ Noch im Duden des Jahres 1977 bezog sich der Begriff Hanseat neben der historischen Zuschreibung als einem der Hanse angehörender Kaufmann zum einen auf die Bewohner der drei Hansestädte und zum anderen »besonders aus der vornehmen Bürgerschaft«.⁷ Darunter wurden und werden vor allem Großkaufleute sowie Juristen mit politischen Ämtern subsummiert.⁸ Dabei stellten das Sozialprofil des Überseekauffmanns klassischen Zuschnitts sowie die im Handelsbürgertum gepflegten Wertvorstellungen und Leitbilder (»ehrbarer Kaufmann«) Kristallisationspunkte des Hanseatischen dar. Selbst- und Fremdzuschreibungen

von – stets männlich gedachten Hanseaten – manifestierten sich darüber hinaus in einem Verhaltenskodex, der sich spätestens im 19. Jahrhundert verselbstständigt hatte. Ein hanseatischer Kaufmann zu sein, war verknüpft mit Attributen wie Ehrlichkeit, Vertrauenswürdigkeit, nüchterne Kalkulation und Solidität. Hinzu kamen Zuschreibungen eines Lebensstils, bei denen sich Wohlstand, Bescheidenheit und Zurückhaltung zu einer Gesamthaltung bürgerlicher Vornehmheit verdichteten. Der hanseatische Kaufmann galt als herausragende Figur mit nationalem Vorbildcharakter.

Anders als beim Begriff des Bajuwarischen ist demzufolge davon auszugehen, dass hanseatisch nicht nur einen Regionalcharakter beschreibt, sondern darüber hinaus ein in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht exklusiver und partiell exkludierender Begriff war und ist. Wie städtische Eliten und zeitgenössische Akteure sich in Hamburg, aber auch in Bremen und Lübeck als Hanseaten beschrieben und das Hanseatische deuteten und praktizierten, gibt Hinweise auf zeitspezifische Distinktionen und Abgrenzungen zu anderen lokalen gesellschaftlichen und politischen Gruppen. Zudem waren entsprechende Zuschreibungen häufig auf den transnationalen Raum bezogen. Beziehungen und Verflechtungen mit anderen Ländern sowie die mit dem Hanseatischen verbundenen Vorstellungen politischer, kultureller und wirtschaftlicher Überlegenheit finden im Rahmen des Forschungsprojekts daher ebenfalls Beachtung. Schließlich ist das Hanseatische auch als ein Legitimations- und Identifikationsbegriff anzusehen, der vor allem auf drei Feldern relevant zu sein scheint: zur Legitimation von Herrschaft und Politik, zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen und im Bereich von Gesellschaft und Kultur. Am Beispiel von Hamburg sollen an dieser Stelle erste Erkenntnisse vorgestellt werden, die darauf verweisen, welche Rolle das Hanseatische und die Hanseaten bei der Begründung von politischer Herrschaft und der mentalen Abfederung von Systemwechseln von der Weimarer Republik, über das »Dritte Reich« bis in die Bundesrepublik gespielt haben.

- 9 In der Forschung wird zwischen dem Adjektiv hansisch für die Zeit bis zum letzten Hansestag im Jahr 1669 und hanseatisch für die Zeit danach unterschieden. Hanseatisch waren danach nur noch Hamburg, Lübeck und Bremen. Carsten Jahnke, *Die Hanse*, Stuttgart 2014, S. 209. Zur Verwendung der hansischen Geschichte zu politisch-ideologischen Zwecken, siehe ders., S. 13. Vgl. Matthias Puhle, *Hanse und Reich. Rezeptionsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Hansische Geschichtsblätter*, Bd. 129 (2011), S. 171 – 191, 176.
- 10 Hinweise dazu bei Elsabea Rohrmann, Max von Schinckel. Hanseatischer Bankmann im wilhelminischen Deutschland, Hamburg 1971, bes. S. 166 – 173. Vgl. Frank Bajohr / Joachim Szodrzynski, Einleitung, in: dies. (Hg.), *Hamburg in der NS-Zeit*, Hamburg 1995, S. 7 – 24, 9.
- 11 Bajohr / Wierling, »Hanseat« (wie Anm. 4), S. 1.
- 12 Helmut Stubbe-Da Luz, »Hanseatische« Parteipolitik in der Weimarer Zeit und in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Sammlungs- und Bürgerblock-Bestrebungen des *Hanseatischen Volksbundes* sowie der *Deutschen Sammlung* (Lübeck), der *Bremer Demokratischen Volkspartei* und des *Vaterstädtischen Bundes Hamburg*, in: Michael Hundt (Hg.) unter Mitarbeit von Lars Jockheck, *Geschichte als Verpflichtung. Hamburg, Reformation und Historiographie. Festschrift für Rainer Postel zum 60. Geburtstag*, Hamburg 2001, S. 183 – 213.

Zur politisch-ideologischen Aufladung und systemübergreifenden Polyvalenz des Hanseatischen

Der Begriff des Hanseatischen diente dazu, Herrschaft und Politik sowohl lokal auf Hamburg als auch auf die nationale Ebene bezogen zu legitimieren. Dementsprechend wurde er im Verlauf des 20. Jahrhunderts mit sehr unterschiedlichen Deutungsinhalten gefüllt. Dabei kamen maßgebliche Akteure nicht nur aus politischen Parteien, auch Historiker spielten mit der politisch-ideologischen Einbettung der hansischen Geschichte als Grundlage für die zeitspezifische Konturierung hanseatischer Traditionen eine nicht zu unterschätzende Rolle.⁹ Es kann davon ausgegangen werden, dass die Begeisterung über die Kolonial- und Flottenpolitik sowie die anhaltende ökonomische Prosperität im Kaiserreich dazu führte, dass sich eher freisinnig-preußenfeindliche Hamburger Kaufleute zu Monarchisten und Anhängern wilhelminischer Weltpolitik wandelten.¹⁰ Allerdings setzte mit dem Ersten Weltkrieg der Abstieg des Handelsbürgertums auch in Hamburg ein. Mit dem Vordringen der Industrie büßte es seine wirtschaftliche Vormachtstellung allmählich ein und verlor mit dem Fall des Klassenwahlrechts abrupt seine angestammten politischen Bastionen.¹¹ Vor diesem Hintergrund avancierte das Hanseatische auf der einen Seite zu einem bürgerlichen Kampfbegriff, sodass sich eine Reihe bürgerlicher Parteienbündnisse in den Hansestädten dezidiert als hanseatisch bezeichneten.¹² Der Begriff transportierte den ungebrochenen Herrschaftsanspruch der traditionellen hansestädtischen Kaufmannseliten, die sich gegenüber der KPD aber auch der Sozialdemokratie auf Kompetenz, Tradition und Herkunft beriefen, um ihren politischen Herrschaftsanspruch zu untermauern.¹³ Auf der anderen

Seite konturierte der Erste Bürgermeister Carl Petersen – er gehörte der DDP an – seit seinem Amtsantritt 1924 das Hanseatische wiederholt als einen Begriff der »breiten Mitte«, um Bürgertum und Arbeiterschaft in Hamburg für die Weimarer Demokratie zu gewinnen.¹⁴ Im März 1925 betonte Petersen in einem Artikel im »Hamburgischen Correspondent«, er empfinde eine »besonders scharfe Pointierung des Gegensätzlichen« als »unhamburgisch«, zumal die Hamburger Sozialdemokratie die »hamburgischen Lebensinteressen« auch während der Novemberrevolution 1918 nicht infrage gestellt habe.¹⁵ Petersen spielte dabei darauf an, dass die SPD – trotz ihrer Mehrheit in der Bürgerschaft im Jahr 1919 – der bürgerlich-liberalen DDP nicht nur die Hälfte der Senatssitze, sondern auch das Amt des Ersten Bürgermeisters überlassen hatte.¹⁶ Umso mehr ging es Carl Petersen darum, Sozialdemokratie und die hansestädtische Wirtschaftselite unter dem Signum der »Republik«, die er als typisch hamburgisch deklarierte, zu einen.

Weitaus größer als bislang angenommen ist die Bedeutung von Hanseaten und hanseatischen Traditionen demgegenüber für die Legitimierung des Nationalsozialismus in Hamburg einzuschätzen. Nicht nur hanseatische Kaufleute schienen sich durch den im März 1933 eingesetzten »Regierenden Bürgermeister«, Carl Vincent Krogmann, Sohn einer alteingesessenen, großbürgerlichen Hamburger Familie und Gesellschafter der Firma Wachsmuth & Krogmann, zumindest formal repräsentiert gefühlt zu haben.¹⁷ Auch der bekannte Hamburger Schriftsteller und Maler, Hans Leip, beschwor den »hansischen Geist« in einem persönlichen Gratulationsschreiben angesichts der Amtseinführung Krogmanns.¹⁸ Zudem diente das Hanseatische dazu, die Zentralisierung der Hamburger Verwaltung zu legitimieren. So betonte Bürgermeister

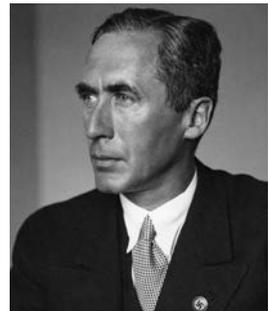
13 Ebd., S. 185. Vgl. Bajohr/Wierling, »Hanseat« (wie Anm. 4), S. 1.

14 StaHH, 135-1 Staatliche Pressestelle I–IV, Akte 7684, Manuskript anlässlich des Empfangs leitender Redakteure Hamburger Zeitungen, 9.1.1924.

15 Carl Petersen, Die neue hamburgische Koalition, in: Hamburger Correspondent, 21.3.1925.

16 Dazu Ortwin Pelc, Hamburg. Die Stadt im 20. Jahrhundert, Hamburg 2002, S. 49.

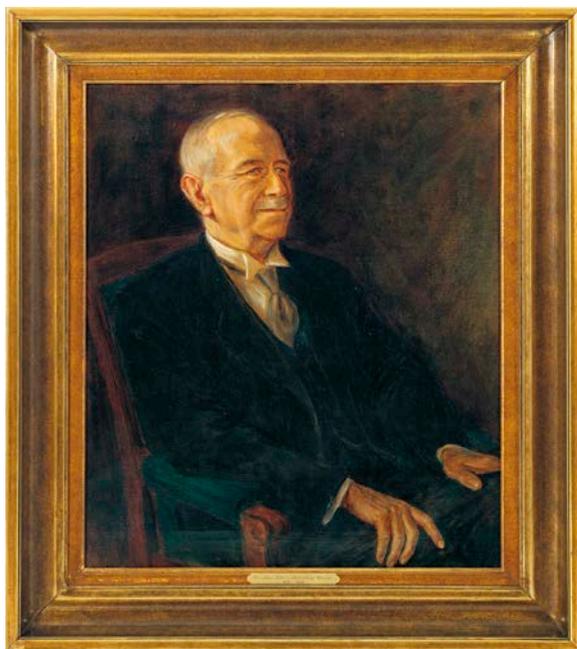
17 So der Bankier Alwin Münchmeyer rückblickend in: Stefanie von Viereck, Hinter weißen Fassaden. Alwin Münchmeyer – ein Bankier betrachtet sein Leben, Reinbek 1988, S. 386. Vgl. auch o. V., Die Liste der neuen Männer, in: Hamburger Fremdenblatt, 7.3.1933. Der Artikel betont, dass »Krogmann als Sohn einer der besten Hamburger Familien, als Kaufmann und als Mitglied der Handelskammer gleichermaßen angesehen« sei.



Hamburgs Bürgermeister Carl Vincent Krogmann, ca. 1935 • Quelle: Bundesarchiv, Bild 146-2010-0030

18 FZH-Archiv, 11/K4, Krogmann Tagebücher 1933, Glückwunschsreiben zur Wahl von C. V. Krogmann zum Ersten Bürgermeister 1933, 12.3.1935.

- 19 FZH-Archiv, 11/K4, Krogmann Tagebücher 1933, Rede anlässlich der Statthalterfeier im Rathaus am 20.5.1933, S. 1.
- 20 Joachim Szodrzynski, Großbürgerlicher Eigensinn und Zivilcourage. Cornelius Freiherr v. Berenberg-Göfpler, in: Frank Bajohr / Beate Meyer / Joachim Szodrzynski (Hg.), *Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933*, Göttingen 2013, S. 271 – 288; *Tagebuch Cornelius v. Berenberg-Göfpler*, in: ebd., S. 289 – 391, 278 f., 319, 332.
- 21 Viereck, *Fassaden* (wie Anm. 17), S. 201.
- 22 Alfred Frankenfeld, *Moderne Hanseaten. Die junge Generation an der Spitze – »Hanseatische Freiheit« von heute*, in: *Berliner Tageblatt*, Nr. 48 vom 29.1.1935.
- 23 Heinrich Reincke, *Hamburgs Geschichte*, in: ders. / Walter Hävernick / Gustav Schlotterer, *Hamburg. Einst und jetzt*, Hamburg 1933, S. 100. Siehe zu Heinrich Reinckes Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus das Kapitel »Von der Verfügbarkeit des Historikers. Heinrich Reincke in der NS-Zeit«, in: Joist Grolle, *Hamburg und seine Historiker*, Hamburg 1997, S. 123 – 149.
- 24 Adolf Hitler wollte in Hamburg den einzigen Wolkenkratzer im Reich bauen, um eine wirtschaftliche Repräsentation zu schaffen, die aus seiner Sicht mit den USA konkurrenzfähig sein sollte. Sylvia Necker, *Konstanty Gutschow 1902 – 1978. Modernes Denken und volksgemeinschaftliche Utopie eines Architekten*, Hamburg 2012, besonders S. 212.
- 25 Bajohr / Szodrzynski, *Einleitung* (wie Anm. 10), S. 13.



Hamburgischer Kaufmann und Bankier: Cornelius Freiherr v. Berenberg-Göfpler, Chef des Bankhauses Joh. Berenberg, Göfpler & Co., gemalt Ende der 1940er Jahre. Das Original hängt in der Berenberg-Bank in Hamburg.

Krogmann anlässlich der Statthalterfeier im Rathaus am 20. Mai 1933 die Gefahr, Hamburg könne seine Selbstständigkeit verlieren, sei nunmehr durch das Reichsstatthaltergesetz gebannt, da die Politik der Länder ab jetzt im Einklang mit dem Reich stünde.¹⁹ Diese Haltung schienen auch Angehörige der alteingesessenen Wirtschaftselite partiell zu teilen. So begrüßte der Bankier Cornelius Berenberg-Gössler – 1933 war er 59 Jahre alt – in seinem Tagebuch die Maßnahmen zur Entmachtung der Länder, da er den deutschen Föderalismus für antiquiert hielt. Allerdings stand er der nationalsozialistischen Bewegung insgesamt und Reichsstatthalter Karl Kaufmann im Speziellen distanziert bis

skeptisch-ablehnend gegenüber.²⁰ Erschwerend hinzu kam, dass er ähnlich wie andere Bankiers und Überseehändler die Eingriffe des NS-Regimes auch und gerade in Bezug auf die Devisenbewirtschaftung äußerst kritisch beurteilte. Aus der Bestellung eines eigenen Reichsstatthalters ergab sich gleichwohl bei den wirtschaftlichen Führungsschichten der Stadt die Vorstellung, gegenüber Lübeck und Bremen die »bedeutenderen Hanseaten« zu sein, wie der Bankier Alwin Münchmeyer rückblickend meint.²¹ Der ehemals der DDP nahestehende Journalist Alfred Frankenfeld lobte 1935 gar, erst die »Überwindung des parlamentarischen Systems in Hamburg« habe die »Überwindung eines dem hanseatischen Geist fremden Zustands« erbracht. Gerade die junge Generation hanseatischer Kaufleute sei davon überzeugt, dass nur »ein fester Gemeinschaftswille in geschlossener Abwehr die Gefahren« meistern könne.²² Hier wird zum einen die Diskontinuität liberaler Traditionen deutlich, die den Hanseaten und dem Hanseatischen nach 1945 wiederum essentiell zugeschrieben wurden. Zum anderen verweist das Zitat darauf, dass und wie Hanseaten in die nationalsozialistische »Volksgemeinschaft« semantisch integriert werden sollten.

Auch Historiker bestätigten das Führerprinzip in der Hamburger Stadtverwaltung und die Unterstellung der Stadt unter das Reich, wenn Heinrich Reincke – er war seit 1933 Direktor des Hamburger Staatsarchivs – betonte, dass »der Führergedanke auch im hamburgischen Staatsleben voll zur Durchsetzung gelangt« sei.²³ Diesen Eindruck belegten auch das »Groß-Hamburg-Gesetz« von 1937 ebenso wie die »Führerstadtplanungen«.²⁴ Überhaupt spielte die Kategorie Raum eine wichtige Rolle in den Diskursen um das Hanseatische. Maßgeblich war es Heinrich Reincke, der nationalsozialistische Vorstellungen vom »Lebensraum im Osten« und einer rassistisch ausgerichteten »Volksgemeinschaft« mit der Interpretation der hansischen Geschichte verband, wie bereits 1933 im Rahmen der Stadtgeschichte »Hamburg. Einst und jetzt« deutlich wurde. Mehr noch: Heinrich Reincke deutete die nationalsozialistische Diktatur geradezu als politische Erfüllung des historischen Vermächtnisses der Hanse im nordosteuropäischen Raum.²⁵ Ein besonders öffentlichkeitswirksames Forum, um die Verbindung von hanseatischer Vergangenheit und nationalsozialistischer Gegenwart bzw. Zukunftsvorstellung zu konstruieren, bot ihm die Festrede, die er anlässlich des 750. Hamburger Hafengeburtstags im Jahr 1939 hielt. Hier sprach Reincke davon, dass zunächst die »Ostkolonisation« und nunmehr

26 StaHH, 131-4, 1939 A IX/18, Bd. 1, Festvortrag von Prof. Dr. Heinrich Reincke anlässlich der 750-Jahrfeier des Hafens, 7.5.1939, S. 7.

27 Ebd. S. 19.

28 Frank Bajohr, Hamburg im »Dritten Reich«, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Zeitgeschichte in Hamburg 2013, Hamburg 2014, S. 15 – 33, 30.

29 Vgl. o. V., Hanseaten im Ostraum, in: Die Deutsche Volkswirtschaft (1942), Nr. 20, S. 662. Vgl. Karsten Linne, Deutsche Afrikafirmen im »Osteinsatz«, in: 1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Jg. 16 (2001), H. 1, S. 49 – 90, S. 65.

30 Rolf Bretschneider, Die handelsmäßige Erschließung des Generalgouvernements, in: Hamburg und die Nordmark, Jg. 23 (1941), Nr. 17, S. 1 – 2.

31 Kurt Remuß, Sie halfen im Nebenland. Reichsgau-Kaufleute beim Wirtschaftseinsatz im Generalgouvernement, in: Danziger Wirtschaftszeitung (1943), Nr. 3, S. 61 – 63.

32 Alfred Frankenfeld, Hamburger Lebensgesetze, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 400/401 vom 22.8.1943. Zur politischen Haltung Frankenfelds und seiner Laufbahn nach 1945 siehe Christian Sonntag, Medienkarrieren. Biografische Studien über Hamburger Nachkriegsjournalisten, München 2006, S. 181 – 191.

der Nationalsozialismus die Voraussetzungen dafür geschaffen habe, dass Hamburg »Brücke zwischen Ost und West« sein könne.²⁶ Überhaupt stünden »hansische Vergangenheit und nationalsozialistische Gegenwart [...] im Zeichen der Aktivität, die unserer Rasse und dem besonderen Menschenschlag an der Wasserkante entspricht.«²⁷

Während des Zweiten Weltkriegs avancierten »hanseatische Kaufleute« Hamburgs in mehrerlei Hinsicht zu ideologisch aufgeladenen Leitfiguren. Auf Grundlage der konstruierten Verbindung von hansischer Geschichte und Ostkolonisation wurde ihnen zum einen die eingangs erwähnte rassistisch-kolonialistische Eroberungsmentalität zugeschrieben, um den »Ergänzungsraum« Osteuropa zu erschließen. Dabei diente der Rekurs auf die mittelalterliche Hanse dazu, zumindest zeitweise die traditionell auf Übersee ausgerichteten Orientierungen der Kaufleute umzupolen in Richtung einer kolonialen Ostexpansion, in einem Raum also, der durch Holocaust und Vernichtungskrieg im nationalsozialistischen Sinne ethnisch und rassisch neu geordnet werden sollte.²⁸ Denn die Hanse wurde nunmehr als völkischer Kampfverband zur Verbreitung des Deutschtums im Osten gesehen. Dazu wurde auch und gerade für ehemals in Afrika agierende Überseehändler, die mit dem Zweiten Weltkrieg ihre überseeischen Absatzgebiete verloren hatten, »hanseatischer Unternehmergeist« ebenso beschworen wie die Kaufleute als Pioniere dargestellt wurden, die den Handel in Osteuropa und ab 1941/42 auf dem Gebiet der Sowjetunion unter schwierigen Bedingungen neu zu organisieren hatten.²⁹ Maßgeblich an der Kreierung des neuen Typus »eines kontinentalen Kaufmanns« war etwa Rolf Bretschneider beteiligt, stellvertretender Leiter des Sachdezernats »Einsatz in den besetzten Gebieten« der Industrie- und Handelskammer Hamburg

und selbst Inhaber der Afrika-Firma G. L. Gaiser.³⁰ Für selbstverständlich erachtete Bretschneider dabei im Jahr 1941, dass der jüdische Handel im Generalgouvernement mittlerweile »fast restlos« vernichtet sei. Mit solchen Artikeln wurde die offensichtliche Begünstigung der Kaufleute durch die Verfolgung und Ermordung der Juden bzw. die zumindest implizite Beteiligung daran als Pionierleistung dargestellt.³¹

Zum anderen wurde »hansischen Kaufleuten« eine tragende Rolle bei der mentalen Bewältigung der Folgen des Bombenkriegs, insbesondere nach der »Operation Gomorrha« zugeschrieben. So betonte Alfred Frankenfeld, dass »der Krieg als großer Gestalter die hansische Kaufmannschaft mit jener illusionslosen Entschlossenheit und Härte erfüllt, die notwendig sind, um nicht nur seine Heimsuchungen zu ertragen, sondern auch immer neue Taten zu wagen.«³² Trotz der massiven Zerstörungen »immer wieder von vorne anzufangen und niemals zu verzagen«, beschrieb Frankenfeld als »hansisches Lebensgesetz«. Carl Düsterdieck definierte im »Mittagsblatt« den Hanseatengeist in diesem Sinne als »eisernen Willen«, »der sich in allen Notzeiten der Stadt immer wieder aufs höchste bewährt habe.«³³

Hamburgs »Unverzagtheit« als »Lebensgesetz« sollte auch nach 1945 die städtische Erinnerungskultur prägen. Dies war möglich, weil das Hanseatische auch im »Dritten Reich« eben kein eindeutig fixierter ideologischer Begriff war, sondern auch genutzt werden konnte, um sich subtil bzw. partiell vom Nationalsozialismus zu distanzieren. So betonte etwa der Historiker Percy Ernst Schramm in seinem 1943 erschienenen Buch »Hamburg, Deutschland und die Welt« auf der Folie hanseatischer Traditionen die engen Verbindungen Hamburgs zu England und lobte die jahrhundertelange Selbstverwaltung der Stadt.³⁴ Offensichtlich sollten Rekurse auf hanseatische Traditionen zur mentalen Beruhigung in Krisenzeiten ebenso beitragen wie zur Abfederung und Beglaubigung von Systemwechseln.

Eine besonders wichtige Rolle spielte das Hanseatische in diesem Sinne, so ist zu vermuten, bei der Interpretation eines Hamburger »Sonderwegs« nach 1945. Es war Rudolf Petersen, der von den britischen Alliierten eingesetzte Erste Bürgermeister, der im Mai 1945 nicht nur die »Kaufmann-Legende« aufnahm, sondern in einem, an die Briten adressierten

33 Carl Düsterdieck, Das harte Herz des Hamburgers, in: Mittagsblatt vom 24.9.1943, zit. nach Malte Thießen, Eingebrennt ins Gedächtnis. Hamburgs Gedenken an Luftkrieg und Kriegsende 1943 bis 2005, Hamburg 2007, S. 53.

34 Joist Grolle, Der Hamburger Percy Ernst Schramm – ein Historiker auf der Suche nach Wirklichkeit, Hamburg 1989, S. 36.

35 Anlässlich seiner Antrittsrede als Bürgermeister am 15. Mai 1945 dankte Rudolf Petersen Karl Kaufmann für seine angeblichen Verdienste um die kampflöse Übergabe der Stadt Hamburg und machte somit die »Kaufmann-Legende« publik. Siehe Karl-Heinz Roth, *Ökonomie und politische Macht. Die »Firma Hamburg« 1930 – 1945*, in: Angelika Ebbinghaus / Karsten Linne (Hg.), *Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im »Dritten Reich«*, S. 15 – 166, 140.

36 Thießen, *Eingebrannt* (wie Anm. 33), S. 100 f. 1947 wurde die »Kaufmann-Legende« in einer Studie des späteren Leiters des Hamburger Staatsarchivs, Kurt Detlef Möller, wissenschaftlich festgeschrieben. Demnach hatte der ehemalige Gauleiter gewissermaßen unter Lebensgefahr und unterstützt von dem Kampfkommandanten Alwin Wolz die kampflöse Übergabe Hamburgs an die Briten durchgesetzt. Vgl. Malte Thießen, *Mythos und städtisches Selbstbild. Gedenken an Bombenkrieg und Kriegsende in Hamburg nach 1945*, in: Heidi Hein-Kircher / Hans Henning Hahn (Hg.), *Politische Mythen im 19. und 20. Jahrhundert in Mittel- und Osteuropa*, Marburg 2006, S. 107 – 122, 107.

37 Axel Schildt, *Von der Kaufmann-Legende zur Hamburg-Legende. Heinrich Heffters Vortrag »Hamburg und der Nationalsozialismus« in der Hamburger Universität am 9. November 1950*, in:

Memorandum konstatierte, der Nationalsozialismus sei in Hamburg im Vergleich zum übrigen Reich vergleichsweise wenig eingedrungen.³⁵ Die konservative und liberale Presse reproduzierte dieses Bild dankbar, ließ sich damit doch der Hinweis auf Hamburgs »vernünftige« Haltung des Gauleiters verbinden. Zugleich hatte das Narrativ der mutigen Übergabe eine Scharnier- und Integrationsfunktion für neue Politiker wie Petersen, mussten sie doch mit alten Funktionsträgern zusammenarbeiten und die Zustimmung der Bevölkerung sichern.³⁶ Der Historiker Heinrich Heffter, erster Leiter der »Forschungsstelle für die Geschichte Hamburgs 1933 – 1945«, lehnte 1950 zwar das die »Kaufmann-Legende« bestätigende Buch von Detlev Möller ab, beschrieb Hamburg aber als eine Art »Sonderfall eines stadtrepublikanischen Residuums« im »Dritten Reich.«³⁷ Dieses Bild nahm auch der auf Petersen folgende Bürgermeister der Stadt auf, der Sozialdemokrat Max Brauer, hatte das Geschichtsbild eines gemäßigten hanseatischen Nationalsozialismus doch gemeinschaftsstiftende Wirkungen.³⁸ Zugleich diente das Hanseatische dazu, Hamburger Traditionen für den demokratischen Wiederaufbau freizulegen. In der Tat bildete Hamburg eine Art Sonderfall im »Dritten Reich«, da die Traditionen, Orientierungen und Strukturen der Stadt mit den Schwerpunkten der nationalsozialistischen Politik nur bedingt kompatibel waren. Dies führte im Ergebnis jedoch nicht zu randständiger Distanz der Stadt gegenüber dem NS-Regime, sondern zu jener Verstrickung in die NS-Herrschaft und ihre Verbrechen, auf die die Vertreter der »Mustergau«-These hingewiesen haben.³⁹ Gleichwohl bot das Hanseatische durch die ihm traditionell zugeschriebenen Elemente wie Rationalität, Pragmatismus, Weltoffenheit und kalkuliertes Risikoverhalten auch Potential zur Abgrenzung gegenüber dem Nationalsozialismus,

der mit Fanatismus, Verantwortungslosigkeit und Gewalt assoziiert wurde.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass der Bezug auf hanseatische Traditionen einen wichtigen mentalen Kitt darstellte, um eine äußerst heterogene Nachkriegsgesellschaft in Hamburg zu einen. Gegner des Nationalsozialismus und politische Remigranten wie Max Brauer konnten auf diese Weise mit ehemaligen »Mitläufern« des NS-Regimes auf dem Boden eines vaterstädtischen Sonderbewusstseins zusammengeführt werden.⁴⁰ Als sozialdemokratischer Bürgermeister setzte Max Brauer gezielt auf den »Geist der Hanse«, wobei nicht mehr nur die hanseatischen Kaufleute, sondern alle Bürger Hamburgs gemeint waren. So betonte er in einem Artikel der Sonderzeitschrift »Stadtstaat« vom 14. Juni 1952, dass in der Zeit des Wiederaufbaus das »stolze Bewusstsein« entstanden sei, »dass das Wohl des Ganzen nicht abhängt von dem Schutz, dem Einfluss oder der Macht großer Herren, sondern von der Verantwortung, die der Einzelne, der gemeine Mann für alle zu tragen hat.«⁴¹

Das Hanseatische fungierte hier in erster Linie als Integrationsklammer für breite Teile der Bevölkerung, während Hamburger Kaufleute nunmehr auf die friedliche Verständigung mit anderen Völkern verpflichtet wurden – ein Leitbild, das allerdings auch in der Zeit des Nationalsozialismus nicht ganz aufgegeben worden war.⁴²

Nicht als Integrationsklammer, sondern letztmalig als politische Kampfpole wurden die Begriffe hanseatisch und Hanseaten in dem polemisch geführten Bürgerschaftswahlkampf des Jahres 1953 eingesetzt. Dabei zeigte sich noch einmal jene Polarisierung der politischen Kultur, die für die Hansestadt lange Zeit typisch gewesen war, wobei der Begriff des Hanseatischen auch und gerade den so genannten Bürgerblock-Parteien dazu diente, ihre Kompetenz für das Allgemeinwohl zu dokumentieren.⁴³ So gründeten die im so genannten »Hamburg-Block« zusammen geschlossenen Parteien mit Kurt Sieveking an der Spitze die Zeitschrift »Hanseat«, um gegen Max Brauer und die Politik der SPD zu agitieren.⁴⁴ Zwar gelang es dem konservativen

Zeitgeschichte in Hamburg. Nachrichten aus der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) 2003, hrsg. von der FZH, Hamburg 2004, S. 10 – 46.

38 Thießen, Eingebrennt (wie Anm. 33), S. 104.

39 Bajohr, Hamburg (wie Anm. 29), S. 21.

40 Thießen, Eingebrennt (wie Anm. 33), S. 104.

41 Max Brauer, In jedem Hamburger lebt die große Tradition der Hanse fort, in: Stadt Staat, Sonderausgabe »Die Welt«, 14.6.1952.

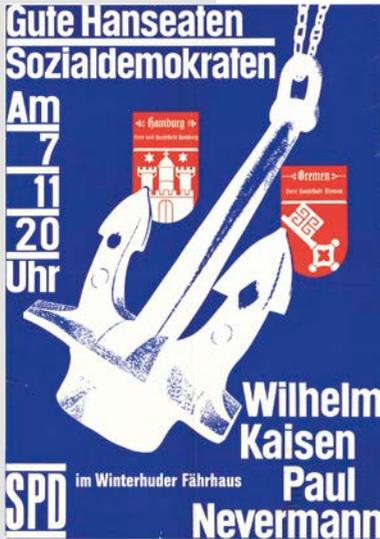
42 Alfred Frankenfeld, Hamburgs Wiederaufstieg, in: Hamburg, Stadt und Hafen, Hamburg 1952, S. 4 – 7, 4.

43 Stubbe da Luz, Parteipolitik (wie Anm. 12).

44 Bajohr / Wierling, »Hanseatisch« (wie Anm. 4), S. 1.

LU SEEGERs

■ HANSEATEN UND DAS
HANSEATISCHE IN
DIKTATUR UND DEMOKRATIE



Wahlplakat des SPD-Landesverbands Hamburg anlässlich der Bürgerschaftswahl 1961
• Quelle: FZH-Archiv

45 FZH-Archiv, 834-93 SPD Hamburg, Plakate, SPD-Plakat zur Bürgerschaftswahl 1961.

46 Vgl. Martina Heßler / Christian Kehrt (Hg.), Die Hamburger Sturmflut von 1962. Risikobewusstsein und Katastrophenschutz aus zeit-, technik- und umweltgeschichtlicher Perspektive, Göttingen 2014.

47 Zusammenfassung des Artikels in Helmut Schmidt, Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen, Berlin 1996, S. 524.

Parteienbündnis tatsächlich, die Macht in der Stadt zu übernehmen, doch zerbrach es bereits drei Jahre später. In den folgenden Jahren arbeiteten maßgebliche Protagonisten der SPD daran, so eine These, das

Hanseatische möglichst tief im Traditionsbestand der Hamburgischen SPD zu verankern. Darauf weist zum einen der Bürgerschaftswahlkampf 1961 hin, den die SPD mit Paul Nevermann und dem werbewirksamen Slogan »Gute Hanseaten – Sozialdemokraten« führte.⁴⁵ Zudem ist davon auszugehen, dass das Krisenmanagement des Hamburger Innensenators Helmut Schmidt bei der Sturmflut vom Februar 1962 seinen Nimbus mit begründete, trotz kleinbürgerlicher Herkunft ein »echter Hanseat« zu sein.⁴⁶ Helmut Schmidt selbst artikulierte als Anonymus in einem Artikel in der Tageszeitung »Die Welt« im Jahr 1962 freund-

lich-kritisch seine Liebe zu Hamburg, indem er der Stadt »Toleranz, Prinzipientreue, Weitblick und Wagemut« zuschrieb – mithin Eigenschaften, die er, so ist zu vermuten, auch mit seiner eigenen Person und der Sozialdemokratie in der Hansestadt assoziierte.⁴⁷ Spätestens mit dem Beginn seiner Kanzlerschaft im Jahr 1974 wurde Helmut Schmidt regelmäßig in der regionalen Presse wie in überregionalen Medien als Hanseat und sein Politikstil als hanseatisch titulierte.⁴⁸

Fazit

Die Bedeutungen der Begriffe Hanseaten und das Hanseatische waren und sind fluide und können auf vielfältige Weise zur Legitimierung von Politik und Herrschaft sowohl in Demokratie als auch Diktatur genutzt werden. Sie fungieren als lokale Identifikationsangebote, denen Vorbildlichkeit für die Nation und damit für das herrschende politische System zugeschrieben wird. Hervorzuheben ist, dass das Hanseatische und die Hanseaten durch ihre rassistisch-imperialistische Aufladung im »Dritten Reich« und ihre Einbindung in die Vorstellung von der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« nicht an Resonanzkraft verloren haben – im Gegenteil: Sie gewannen sogar an Zugkraft, weil solche Umdeutungen offensichtlich popularisiert werden konnten. Dabei spielte eine Rolle, dass nationalsozialistische Funktionsträger wie Karl Kaufmann mit den alteingesessenen Hamburger Familien zumal in Fragen des sozialen Habitus und gesellschaftlichen Umgangs »fremdelten«, wenn der Reichsstatthalter etwa 1936 in einer Rede monierte, dass an der Hamburger Börse nicht mit »Heil Hitler« begrüßt werde.⁴⁹ Nach dem Zweiten Weltkrieg dienten »Hanseatisches« und »Hanseaten« jedenfalls maßgeblich dazu, das Bild eines Hamburgischen »Sonderfalls« für die Zeit des Nationalsozialismus zu konstruieren und gravierende Mitverantwortungen zu marginalisieren. Die Imaginationen, die sich mit dem Hanseatischen verbinden ließen, dienten somit der Abfederung und kollektiven Verarbeitung von Systemwechseln vor Ort. Besonders interessant ist die partielle Verschiebung der Zuschreibung des Hanseatentums von der sozialen Trägergruppe der Kaufmannschaft auf die breite Bevölkerung im Allgemeinen und die Hamburger Sozialdemokratie im Besonderen. Es war vor allem Helmut Schmidt, an dem sich die Loslösung der Begriffe von der sozialen Herkunft hin zu politischer Verantwortung in Verbindung mit einem als pragmatisch und nüchtern bezeichneten Politikstil vollzog.

48 z. B. o. V., Der Hanseat und die Narren, in: Hamburger Abendblatt, 30.1.1975; o. V., Kanzler Schmidt: Hoffen auf den Macher, in: Der Spiegel (1974), Nr. 20, S. 19–34, bes. S. 33f.

49 o. V., 30.000 hörten des Gauleiters Parole, in: Hamburger Tageblatt, 25.9.1936.

ANMERKUNGEN

- 1 So die Bezeichnung bei Joachim Szodrzynski, Das Ende der »Volks-gemeinschaft«? Die Hamburger Bevölkerung in der »Trümmer-gesellschaft« ab 1943, in: Frank Bajohr und Joachim Szodrzynski (Hg.), Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschungen (= Forum Zeitgeschichte 5), Ham-burg 1995, S. 281 – 305.
- 2 Zum Kriegsende in Hamburg gibt es vor allem populärwissenschaft-liche Literatur. Dazu gehört Uwe Bahnsen und Kerstin von Stürmer, Die Stadt, die leben wollte. Ham-burg und die Stunde Null, Ham-burg 2004. Vgl. aus wissenschaftli-cher Perspektive Michael Ahrens, Die Briten in Hamburg (=Forum Zeitgeschichte 23), München 2011.
- 3 Vgl. den Forschungsüberblick bei Benno Nietzel, Die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Juden 1933 – 1945. Ein Literatur- und Forschungsbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 49 (2009), S. 561 – 613.
- 4 Gesamtdarstellung zur Wieder-gutmachung bei Constantin Goshler, Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945; zahlreiche Einzelbeispiele, auch für bisher marginalisierte Opfer-gruppen im Sammelband von Norbert Frei, José Brunner und Constantin Goshler (Hg.), Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wir-kung in Deutschland und Israel, Göttingen 2009; speziell für Ham-burg: Nils Asmussen: Der kurze Traum von der Gerechtigkeit.

HERRENLOS UND HOCH
BEGEHRT. ZUM UMGANG MIT
DEM NS- UND REICHS-
VERMÖGEN NACH 1945 IN
HAMBURG

Hamburg war eine Stadt, die am Boden lag, als die Briten sie am 3. Mai 1945 übernahmen. Die jah-relangen schweren Bombenangriffe hatten die Hanse-stadt in großen Teilen zerstört und ihre Infrastruktur schwer beschädigt. Die Wirtschaft war von der See-blockade getroffen, auf Kriegsproduktion fixiert und wurde nur mühselig durch ein System von Preis- und Lohnstopps vor der Inflation geschützt. So sehr die Hamburger »Trümmersgesellschaft«¹ auch den Frie-den herbeiwünschte, drohte er doch neue Sorgen zu bringen, denn dass die zwölfjährige NS-Herrschaft auch in Hamburg auf Raub, Ausbeutung und Gewalt basiert hatte, war niemals ein Geheimnis gewesen.² Während aber der größte Teil der Stadt moralisch wie finanziell bankrott war, gab es zwei Körperschaften, die noch über erstaunlich wertvolle Besitztümer verfüg-ten: die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) mitsamt ihren Gliederungen und das Deut-sche Reich, auch wenn es angesichts des Zusammen-bruchs seiner Zentralverwaltung in den letzten Kriegs-monaten handlungsunfähig geworden war.

Vergessenes Vermögen

Bisher spielten diese Vermögenswerte in der öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskussion keine Rolle. Durch die Debatte um die »Arisierungen«³ ist zwar inzwischen bekannt, dass im Nationalsozialismus umfassende Veränderungen in den deutschen Vermögensverhältnissen durchgesetzt wurden. Dass es aber auch in der frühen Bundesrepublik Deutschland zu einem vergleichbar umfassenden Eingriff in die Vermögensverhältnissen kam, wird im öffentlichen Gedächtnis überdeckt von der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen sowie – zumal in Hamburg – an den Bombenkrieg. Selbst die wissenschaftliche Forschung befasste sich mit den Eigentumswechsellern im Übergang vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik im Wesentlichen mit Blick auf die Wiedergutmachung und die Rückerstattung von Eigentum derer, die als Juden verfolgt wurden.⁴ Mit dieser Blickrichtung können zwar die Entschädigungszahlungen an Opfer des nationalsozialistischen Systems problematisiert werden, sie erfasst aber lediglich die im Nationalsozialismus geraubten Werte. Diese Lücke möchte das hier vorgestellte, von der DFG-geförderte Dissertationsprojekt am Beispiel Hamburgs von 1945 bis in die 1970er Jahre hinein schließen.

»Wiedergutmachung« und NS-Verfolgte in Hamburg nach 1945, Hamburg 1987. Umfassend zur Rückerstattung: Jürgen Lillteicher, Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2007. Daneben liegen inzwischen einige Regionalstudien vor.

5 Vgl. aber zu Österreich: Peter Böhmer, Wer konnte, griff zu. »Arisierte« Güter und NS-Vermögen im Krauland-Ministerium (1945 – 1949), Wien 1999. Zu Deutschland finden sich in der bisherigen Forschung lediglich Hinweise auf die Quellenbestände: Rainer Brüning, Vermögenskontrolle nach 1945. Quellen an der Nahtstelle zwischen Drittem Reich und früherer Bundesrepublik, in: Diether Degreif (Hg.), Vom Findbuch zum Internet. Erschließung von Archivgut vor neuen Herausforderungen. Referate des 68. Deutschen Archivtags, 23. – 26. September 1997 in Ulm, Siegburg 1998, S. 213 – 220. Darüber hinaus gibt es juristische Spezialliteratur zu einzelnen Gesetzen.

6 Alliiertes Kontrollrat, Gesetz Nr. 2. Auflösung und Liquidierung von Nazi-Organisationen, in: Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet, H. 5 (1945), S. 37 f.

Umfang des NS- und Reichsvermögens

Denn bei der bisherigen Betrachtung blieben diejenigen Sach- und Geldwerte außer Acht, die die NSDAP und ihre angeschlossenen Verbände sowie betreuten Organisationen selbst geschaffen hatten.⁵ Der Alliierte Kontrollrat benannte und verbot im Oktober 1945 insgesamt 62 solcher NS-Organisationen mit seinem Gesetz Nr. 2.⁶ Wie sich die Parteiorganisationen finanzierten, gehört zwar immer noch zu den wenig erforschten Aspekten

des Nationalsozialismus, aber es kann als sicher gelten, dass die Parteifinanzierung über eine Mischung aus



Ein Zeitungsartikel berichtet über das Kontrollratsgesetz Nr. 2, das die NSDAP und all ihre Gliederungen verbot • Quelle: Hamburger Presse, Nr. 31, 13.10.1945

- 7 Hinweise dazu bei Carl-Wilhelm Reibel, Das Fundament der Diktatur. Die NSDAP-Ortsgruppen 1932 – 1945, Paderborn 2002, S. 229 – 270; Ulf Lükemann, Der Reichsschatzmeister der NSDAP. Ein Beitrag zur inneren Parteistruktur, Berlin 1963; Frank Bajohr, Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2001.
- 8 Sta HH, 311-3 I, Abl. 1989 305-2-1/2.1, o. Bl., Dr. Mette, Errichtung eines Landesamtes für Vermögenskontrolle, 8.11.1947.
- 9 Vgl. Henning Timpke (Hg.), Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933 (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg/ Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus, Hamburg 4), unveränd. Nachdruck [zuerst 1967], Hamburg 1983.
- 10 Uwe Lohalm, »Modell Hamburg«. Vom Stadtstaat zum Reichsgau, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.): Hamburg im »Dritten Reich«, Göttingen 2005, S. 122 – 153, hier S. 131 – 134.
- 11 Sta HH, 311-3 I, Abl. 1989 305-2-1/106, o. Bl., 314, In Hamburg befindliche Reichsvermögensobjekte 1952 – 1961.

Mitgliedsbeiträgen, erpressten wie freiwilligen Spenden und durch die Usurpation staatlicher Mittel und Aufgaben erfolgte.⁷ Viele waren auf diesen Wegen reich geworden: Allein in Hamburg wurden nach dem Krieg Besitztümer der NSDAP und ihrer Gliederungen im Wert von knapp 59 Millionen RM erfasst, dazu kamen noch 197, oft bebaute Grundstücke.⁸

Neben diesen beträchtlichen Werten verfügte auch das Deutsche Reich über umfassende Vermögensbestände in Hamburg. Die Hansestadt hatte im Zuge der »Gleichschaltung«⁹ der Länder ihre Aufgaben an die Reichsinstanzen abgeben müssen, sodass Hamburg am Ende als Gau ein Verwaltungsbezirk des Reiches und als Stadt eine Einheitskommune war.¹⁰ Entsprechend waren die meisten ehemaligen Landesaufgaben zu Reichsaufgaben geworden und sämtliche dazugehörigen Immobilien, wie Polizeiwachen oder Gerichte, gehörten dem Reich und nicht mehr dem Stadtstaat. Als Reichsvermögen zählten aber nicht nur die Besitztümer der ehemaligen Reichsministerien, sondern auch die Reichsbeteiligungen an Firmen und die Werte der ebenfalls aufgelösten Wehrmacht. So lassen sich mehr als 350 reichseigene Gebäude und Grundstücke in Hamburg belegen, die nun genauso wie das



Der Flakbunker am Heiligengeistfeld gehörte zum ehemaligen Reichsvermögen.

• Foto: Johanna Lange, 2013

NS-Vermögen herrenlos wurden, da es keine reichsweiten Verwaltungsinstanzen mehr gab.¹¹

Zu diesen insgesamt knapp 550 Grundstücken gehörten viele Immobilien in Premiurlage oder mit wertvoller Bebauung. Wer heute durch die Stadt geht, wird immer wieder an ihnen vorbeikommen. Die frühere Oberfinanzdirektion am Rödingsmarkt gehörte ebenso zum Reichseigentum wie das ehemalige Generalkommando der Wehrmacht an der Sophienterrasse oder der Flakhochbunker am Heiligengeistfeld. Auch alle Wehrmachtskasernen in Hamburg und die Waffen-SS-Kaserne in Langenhorn, in der heute die Asklepios Klinik Nord ihren Sitz hat, sind Teil dieser Gruppe. Das NS-Vermögen dagegen umfasste nicht nur zahlreiche innerstädtische Grundstücke der NS-Volkswohlfahrt (NSV), sondern auch das Pressehaus am Speersort (vormals Sitz des Hamburger Tageblatts) sowie das heutige Gästehaus des Hamburger Senats in der Schönen Aussicht. Neben den Immobilien und Grundstücken gab es zudem vier weitere Gruppen von Eigentum: Geldbestände auf Konten, jede Form mobilen Besitzes sowie Forderungen und Verbindlichkeiten der verschiedenen Einrichtungen.

- 12 Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet, Militär-gesetz Nr. 52. Sperre und Kontrolle von Vermögen, in: Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet, H. 3 (1945), S. 18 – 21.
- 13 In diesem Projekt werden die Vermögen belasteter Einzelpersonen ausgeklammert, die ebenfalls in großem Umfang unter Kontrolle genommen wurden, aber wegen ihrer Verknüpfung mit dem Prozess der Entnazifizierung einer gesonderten Betrachtung bedürfen.
- 14 Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet, Militär-gesetz Nr. 59. Rückerstattung fest-stellbarer Vermögensgegenstände an Opfer nationalsozialistischer Unterdrückungsmaßnahmen, in: Military Government Gazette Germany, British Zone of Control. Amtsblatt der Militärregie-rung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet, H. 28 (1949), S. 1169 – 1187.
- 15 Das prominenteste Beispiel ist in Hamburg das Haus Nr. 19 in der Rothenbaumchaussee, das bis vor Kurzem der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gehörte. Vgl. dazu die – durchaus parteiische – Darstellung bei Bernhard Nette und Stefan Romey, Die Lehrgewerkschaft und ihr »Arisierungserbe«. Die GEW, das Geld und die Moral, Hamburg 2010.
- 16 Weitere wesentliche Faktoren sind die Währungsreform, der Marshallplan und der vorläufige Verzicht auf eine eigene Armee. Sie werden auch von der

Beschlagnahmung, Rückerstattung, Übertragung und Abwicklung

Größtenteils handelte es sich bei diesen Werten um herrenloses Vermögen, von dem nur ein kleiner Teil der Rückerstattung unterlag. Die zukünftigen Eigentumsverhältnisse waren lange ungeklärt, da die NSDAP und ihre Organisationen keinen Rechtsnachfolger hatten und die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches lange eine umstrittene Frage blieb. Entsprechend schnell brachten sich Aspiranten in Stellung – und derer gab es angesichts der allgemeinen Not und des Wertes der fraglichen Immobilien viele. Die Stadt wollte mit dem Vermögen ihren Wohnungsmangel bekämpfen, während die neu gegründeten Gewerkschaften, Genossenschaften und anderen Vereine neben der Rück-erstattung nach Kompensation für ihre Verluste im Nationalsozialismus strebten. Ab 1949 reklamierte die Bundesregierung mit Verweis auf das Grundgesetz die alten Reichswerte für sich. Noch komplizierter geriet die Lage, als sich die Wiederbewaffnung abzeichnete und die von der Stadt größtenteils sozialen Zwecken gewidmeten Kasernen wieder mit Soldaten belegt werden sollten.

Bei der Neuverteilung der Vermögenswerte sind analytisch vier Prozesse zu unterscheiden, die sich zwar zeitlich überschneiden, aber den Ablauf der Neuverteilung des Vermögens systematisieren: Am Anfang stand die *Beschlagnahmung* des Vermögens durch die Alliierten, in Hamburg also durch die Property Control Branch der britischen Militärregierung. Hierzu bediente sie sich von Anfang an der administrativen Hilfe der deutschen Behörden, zuerst ausschließlich über die Oberfinanzdirektion Hamburg, ab Ende 1947 auch durch das extra für diese Aufgabe gegründete »Landesamt für Vermögenskontrolle« der

Finanzbehörde. Als gesetzliche Grundlage diente in den Westzonen das Militärregierungsgesetz Nr. 52.¹² Was darin in juristisch-knapper Sprache formuliert war, bedeutete nichts Geringeres als die ambitionierteste Form der Vermögenskontrolle, die die Welt bis dahin gesehen hatte. Es regelte die Bedingungen, unter denen verschiedene Vermögensarten von der Militärregierung gesperrt werden konnten – ein Vorgang, der jeder späteren Verteilung voranging. Das Gesetz fand auch Anwendung auf Vermögen, die Rückerstattungsansprüchen unterlagen.¹³

Der zweite wichtige Prozess ist der der *Rückerstattungen*, wobei sie sich kategorisch von Übertragungen unterschieden. Rückerstattungen minderten nämlich die Masse an später zu übertragenden Vermögenswerten. Ab Mai 1949 waren diese Ansprüche in der britischen Zone per Gesetz einklagbar, wenn sie sich auf konkret feststellbare Werte bezogen, wie Immobilien.¹⁴ Befand sich also im Partei- oder Reichsbesitz Eigentum, das vorher unter Druck seinen Vorbesitzern weggenommen worden war, konnten diese auf Rückerstattung vor den Wiedergutmachungskammern beim Landgericht klagen – aber nur, wenn sie natürliche Personen waren. Ansprüche von Gruppen, wie Parteien oder Gewerkschaften, waren so nicht zu befriedigen. Für sie musste der Weg der Übertragungen gegangen werden.

Übertragungen lagen in der Regel bei Organisationen vor, die im Nationalsozialismus aufgelöst bzw. zur Auflösung gezwungen worden waren. Wurden die Organisationen nach 1945 neu gegründet, so konnten sie die Übertragung ihres ehemaligen Besitzes beantragen. Hierzu hatte die britische Militärregierung 1948 drei Ausschüsse eingerichtet: einen für genossenschaftliches Vermögen, einen für gewerkschaftliches Vermögen und einen für Vermögen von »Organisationen allgemeiner Art«. Zu letzteren zählten auch privatrechtliche Vereine. In einigen Fällen erwarben so Nachfolgeorganisationen auch Eigentum, das im Nationalsozialismus »arisiert« worden war.¹⁵ Als *Abwicklungen* schließlich bezeichnet man die Aufteilung der übrig gebliebenen Werte, die die Alliierten nur für NS-Vermögen geregelt hatten, nicht aber für das Reichsvermögen.

Die Kernthese des Projektes ist, dass dieser konfliktreiche Verteilungsprozess um das NS- und Reichsvermögen zu einem guten Teil die materiellen Grundlagen der frühen Bundesrepublik prägte.¹⁶ Die Rahmenregeln dieser Umverteilung wurden zwar von den Alliierten grob vorgegeben, erforderten jedoch konstante Auslegung durch deutsche Stellen, sodass



Der Sitz der ehemaligen Oberfinanzdirektion am Rödingsmarkt 2 war selber Teil des Reichsvermögens • Foto: Johanna Lange, 2013

politikwissenschaftlichen Transformationsforschung als begünstigende Faktoren zur Demokratisierung in Deutschland genannt. Vgl. z. B. Wolfgang Merkel: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2. überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 139.

¹⁷ Sta HH, 311-3 I, Abl. 1989 305-2-1/2.1, o. Bl., H. Vaughan Berry, Subj. Transfer of Responsibility of Executive Functions of Property Control, 4.11.1947.

den verschiedenen Akteuren die Möglichkeit gegeben war, selbstbestimmt zu handeln, Ansprüche geltend zu machen und gegebenenfalls auch zu konstruieren – alles mit dem Ziel, den eigenen Vorteil zu maximieren. Dabei verfolgte jeder politische, administrative und private Akteur eigene Interessen und Pläne. Wie dies geschah und welche Auswirkungen es hatte, möchte ich im Folgenden an einigen grundsätzlichen Konfliktlinien zeigen.

Konfliktlinien bei der Verteilung des NS- und Reichsvermögens

In allen vier Prozessen sind Spannungen und Konkurrenzkämpfe um die Verteilung nachzuweisen. Dies begann bereits bei der Vergabe der Verantwortung für die Verwaltung des Reichsvermögens. Sie lag von Anfang an beim Oberfinanzpräsidenten, der im Deutschen Reich zwischen das Reichsfinanzministerium und die Finanzämter geschaltet war und nun von den Briten in die Erfassung und Beschlagnah-

mung des Vermögens einbezogen wurde. Während das Hamburger Vermögen der NSDAP und ihrer Organisationen bereits ab dem 1. November 1947 vom Land Hamburg und nicht mehr vom Oberfinanzpräsidenten verwaltet wurde, verblieb das Reichsvermögen zum größten Teil bis zur Abwicklung bei der Mittelbehörde, die es bis zur Gründung der Bundesrepublik auf alleinige Weisung der Militärregierung verwaltete.¹⁷

Das umfangreiche Reichsvermögen weckte aber sofort Begehrlichkeiten, denn neben den Oberfinanzpräsidenten gab es noch die Finanzminister der neu

gegründeten Bundesländer und die etwas zögerlich von den Briten aufgebauten zentralen Verwaltungseinrichtungen ihrer Zone, die alle über die nötigen Apparate verfügten, das Vermögen zu verwalten. Die Leitstelle der Finanzverwaltung für die britische Zone war die erste, die im Mai 1946 forderte, an der Verwaltung der Vermögen beteiligt zu werden.¹⁸ Nach der Gründung der Bizone erweiterten deren Verwaltungseinrichtungen, besonders die Finanzleitstelle und das Zentral-Haushaltsamt, ihre Vorstellungen sogar dahin, die Gewinne aus dem Reichsvermögen sollten dem Zonenhaushalt zufließen,¹⁹ womit das treuhänderische Grundprinzip der Vermögensverwaltung gebrochen worden wäre. Ab 1948 handelte es sich um mindestens 11,1 Millionen DM pro Jahr.²⁰ Den zonalen Einrichtungen ging es dabei um die Stärkung ihrer eigenen Position und ihrer haushälterischen Möglichkeiten.

Nicht weniger eigennützig waren die Vorschläge der Länderfinanzminister von Anfang 1947. Sie wünschten an der Verwaltung der Vermögenswerte beteiligt zu werden, auf die sie keinen Einfluss hatten, da die Oberfinanzpräsidenten in dieser Frage nur der Militärregierung verantwortlich waren. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, richteten sie sogar im Finanzausschuss des Länderrates einen eigenen, freilich machtlosen Unterausschuss zum Reichsvermögen ein.²¹ Bei den Ländern stand im Gegensatz zu den zonalen Einrichtungen weniger das Interesse im Vordergrund, Gewinne aus der Verwaltung abzuschöpfen, als die Hoffnung, über die Reichsbeteiligungen auf große Wirtschaftsunternehmen einwirken zu können. Allein in Hamburg ging es um 32 Beteiligungen aus dem Reichsvermögen und drei Beteiligungen des ehemaligen Landes Preußen, das ebenfalls von den Alliierten aufgelöst worden war und analog zum Reichsvermögen behandelt wurde.²² Damit zeichnete sich bereits eine Konfliktlinie ab, die die Auseinandersetzung um das Reichsvermögen noch 25 Jahre lang bestimmen sollte: Die zentral organisierten Verwaltungseinheiten – zunächst der Bizone, dann der Bundesrepublik – reklamierten die

18 TNA, FO 1046/283, Dok. 1A, Leitstelle der Finanzverwaltung für die britische Zone an die Zonal Tax Administration Section der Finance Division, Betr. Property Control of Reich-owned Undertakings, 24.5.1946.

19 BArch Z 10/645, Bd. 1, o. Bl., Schultze-Schlutius und Niemetz an Senior Control Officer Douglas Munro, Betr. Property Administration, 30.5.1947.

20 BArch Z 4/624, o. Bl., Die Verwaltung des Reichs- und Staatsvermögens in der britischen Besatzungszone (Vortrag des Rechnungshofsdirektors Dr. Panzeram auf der Tagung der Finanzreferenten der Länder in Hamburg am 12.10.1948), S. 10.

21 BArch Z 4/624, o. Bl., Der Generalsekretär, Betr. Verwaltung des ehemaligen Reichsvermögens, 11.5.1948.

22 Über den Umfang der Beteiligungen informiert BArch Z 4/624, o. Bl., Die Verwaltung des Reichs- und Staatsvermögens in der britischen Besatzungszone (Vortrag des Rechnungshofsdirektors Dr. Panzeram auf der Tagung der Finanzreferenten der Länder in Hamburg am 12.10.1948).

Zuständigkeit für dasselbe Reichsvermögen, das die Länder für sich beanspruchten.

Letztlich hatten sich sowohl die Zonenverwaltung als auch die Länder vergeblich Hoffnungen gemacht: Die britische Militärregierung beschloss, die Verwaltung bei den Oberfinanzpräsidenten zu belassen und stärkte deren Position sogar noch weiter. Resigniert stellte man in der Zonenverwaltung fest, dass die Militärregierung die Oberfinanzpräsidenten »als unpolitische Behörden mehr und mehr für die geeignetsten Stellen zur Verwaltung dieser Vermögenswerte zu halten scheine«.²³ Diese Einschätzung findet ihre Bestätigung in den Vorbehalten der Militärregierung gegenüber einer Länderkontrolle des Reichsvermögens. So hieß es in einer ihrer Einschätzungen, die »Landesregierung und die ihr nachgeordneten Gebietskörperschaften seien nun einmal Hauptinteressenten für die Reichs- und Wehrmachtsvermögen«, weshalb man unbedingt ein gesondertes Amt betrauen müsse, »um Interessenkollisionen von vornherein auszuschalten.«²⁴

Hier wird deutlich, wie wichtig die einzelnen Stellen die Verwaltung des Reichsvermögens nahmen. Es ging dabei noch gar nicht um das Besitzrecht, sondern ausschließlich um das Verwaltungsrecht, mit dem der eigene Einfluss gesichert und für eine spätere Verteilung präjudiziert werden sollte. Dass dieses Verfahren grundsätzlich erfolversprechend war, zeigte sich in den späteren Debatten, in denen jedes Mal derjenige im Verhandlungsvorteil war, der über das Verwaltungsrecht für das Reichsvermögen verfügte.

Nicht einmal der Erlass des Grundgesetzes konnte das Problem der Anspruchsberechtigung auf das Reichsvermögen lösen, denn es geriet in den entscheidenden Abschnitten zu undeutlich, um eine Klärung zu erreichen. Zwar bestimmte Artikel 134, der Bund solle grundsätzlich das Reichsvermögen erhalten, er

23 BAArch Z 10 / 645, Bd. 1, o. Bl., Bericht über das Ergebnis der Aussprache der Oberfinanzpräsidenten über Fragen des Reichs- und Wehrmachtsvermögens in Anschluss an die Tagung der Bau- und Liegenschaftsreferenten der Finanzverwaltungen am 26. und 27.9.1947 in Vechta, S. 1.

24 BAArch Z 10 / 645, Bd. 1, o. Bl., Wartemann, Betr. Übergang der Property Control auf die Landesregierung, 25.6.1947.

verpflichtete ihn aber gleichzeitig, den Ländern den Teil des Reichsvermögens zu übertragen, der nach seiner »gegenwärtigen, nicht nur vorübergehenden Benutzung Verwaltungsaufgaben dient, die nach diesem Grundgesetze nunmehr von den Ländern zu erfüllen sind«.

Mit dieser Formulierung ist eine wesentliche Veränderung vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik Deutschland angesprochen: Im Gegensatz zum Nationalsozialismus mit seinen gleichgeschalteten Ländern handelte es sich bei der Bundesrepublik um einen echten Föderalstaat, in dem die Zentralregierung nicht alle Kompetenzen bei sich bündelte, sondern subsidiarisch an die Kommunen und Länder abgegeben hatte. Die Entflechtung des Zentralstaates führte so zu einer Rückgabe verschiedener Aufgaben an die Länder, die zuvor vom Reich usurpiert worden waren, wie die Kontrolle über die Polizei und die Justiz. Auch das Finanzwesen, das in der Weimarer Republik wie im Nationalsozialismus Reichsaufgabe gewesen war, fiel nun an die Länder. Das Grundgesetz sorgte damit dafür, dass die Länder als eigenständige Akteure auf die politische Bühne zurückkehrten. Diese neue Position galt es einerseits politisch zu markieren und andererseits materiell zu festigen.

Möglichkeiten dazu ließ das offen formulierte Grundgesetz genug. Wenn die Länder dem Bund beweisen konnten, dass sie Reichsvermögen für eine ihnen neu zugefallene Aufgabe »gegenwärtig und nicht nur vorübergehend« nutzten, hatten sie gemäß Artikel 135 Anspruch darauf, das Vermögen zu erhalten. Diese Formulierung ließ einen großen Verhandlungsspielraum zu: Was hieß »nicht nur vorübergehend«? Welchen Stichtag sollte man für die Bestimmung von »gegenwärtig« ansetzen? Den des Erlasses des Grundgesetzes, wie der Bund meinte, oder doch eher den des kommenden Reichsvermögensgesetzes, wie die Länder reklamierten? Reichte nicht schon die Absichtserklärung, ein Gebäude in naher Zukunft für eine dieser Aufgaben zu nutzen? Welche Rolle spielte es, dass in Hamburg als einzigem Bundesland von der Landesverfassung her eine Trennung von kommunalen und Landesaufgaben nicht vorgesehen war?

An diesen Fragen zeigt sich die oben erwähnte Deutungsoffenheit der Rahmenregeln, die die verschiedenen interessierten Stellen zu ihrem Vorteil auszulegen strebten. Diese Auseinandersetzungen wurden mit Heftigkeit und in Einzelfällen auch mit fragwürdigen Tricks geführt, sodass sie in einem jahrzehntelangen Streit zwischen dem Bund und den Ländern

mündeten, in dem es sowohl um grundsätzliche Fragen ging als auch um die Klärung zahlloser Einzelfälle. Letztlich scheiterte das Bemühen des Bundes um eine grundsätzliche Lösung, sodass er mit den Ländern immer nur vergleichsweise Lösungen über Einzelfälle abschließen konnte, was den Verhandlungsprozess in die Länge zog. In Hamburg wurde die letzte Klärung im Abwicklungsprozess des Reichsvermögens erst 1974 erreicht. Obwohl noch nicht alles Material hierzu ausgewertet ist, zeichnet sich ab, dass die Länder besser abschnitten als der Bund und sich ein gutes Stück vom Reichsvermögen über den Bedarf ihrer neuen Landesaufgaben hinaus sichern konnten.

Das Reichsvermögen war aber nicht der einzige Wert, den die Bundesländer für sich bewahren wollten. Es gab schließlich noch die großen Werte der NSDAP und ihrer Gliederungen zu verteilen. Hier war die alliierte Rahmenregelung eindeutiger: Mit der Kontrollratsdirektive Nr. 50 verfügte der Alliierte Kontrollrat, das NS-Vermögen solle im Falle von wiedergegründeten Vorbesitzern an diese zurückerstattet werden und beim Fehlen solcher an die Bundesländer fallen.²⁵ Die Umsetzung dieser Direktive sollte ursprünglich durch zentrale Richtlinien erfolgen, die aber wegen des bald folgenden Auseinanderbrechens des Kontrollrates nicht mehr erlassen wurden. Entsprechend mussten in jeder Zone eigene Wege gesucht werden, was in der britischen Zone durch die erwähnten Ausschüsse für das konsumgenossenschaftliche, gewerkschaftliche und allgemeine Organisationsvermögen erfolgte.

Die Praxisarbeit der Ausschüsse gestaltete sich jedoch schwierig, weil Vermögen, die im Nationalsozialismus geraubt worden waren, in den Jahren deutlichen Wandel erfahren hatten. Das Gewerkschaftsvermögen war genau wie das der Konsumvereine in der Deutschen Arbeitsfront aufgegangen, wohingegen die

25 Alliierte Hohe Kommission für Deutschland, Direktive 50 (29.4.1947), in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, H. 15 (1947), S. 275 – 278.

26 BArch Z 10/674, Bl. 155, Director Property Control Branch and Senior Control Officer, Zonal Budget Office, Finance Division, Zonal Executive Offices, CCG Hamburg, 63 H/Q CCG, BAOR, Betr. Übertragung der Vollzugsgewalt in der Vermögenskontrolle auf die Länderregierungen, 26.6.1947.

27 Britische Militärregierung, Verordnung Nr. 150. Prüfungsausschuß für Ansprüche der Gewerkschaften (18.5.1948), in: Military Government Gazette Germany, British Zone of Control. Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet, H. 24 (1948), S. 788 f.

Vermögen anderer demokratischer Organisationen oft bei einer der vielen NS-Gliederungen gelandet waren, von denen sie zu einem guten Teil weiterveräußert oder strukturell deutlich verändert worden waren. In dieser unübersichtlichen Lage war es Aufgabe der Ausschüsse, Entscheidungen zu treffen und Prioritäten zu setzen, was auf ganz unterschiedliche Weise geschah. Das NS-Neuvermögen aber, also das Ergebnis von Investitionen und Käufen der einzelnen NS-Gliederungen, sollte in jedem Fall an die Bundesländer fallen, in denen es gelegen war. Freilich war es nicht immer leicht, zu unterscheiden, ob es sich wirklich um Neuvermögen oder doch nur um modifiziertes Vermögen von früheren Vereinen handelte, sodass der »Allgemeine Organisationsausschuss« einige zeitgenössisch sehr umstrittene Beschlüsse fällte.

Damit ergab sich angesichts des großen Anteils an Neuvermögen eine Gelegenheit für die Länder, sich nahezu kostenlos eine Art »Erstausrüstung« für ihre neuen Aufgaben in der Bundesrepublik zu verschaffen. Das wurde in der britischen Militärregierung zumindest von einigen skeptisch gesehen, weil man fürchtete, die Länderregierungen durch viel Grundbesitz unabhängiger von ihren Parlamenten und deren finanzieller Kontrolle zu machen.²⁶ Dennoch gab es von den Briten keinen Widerspruch gegen diese deutsche Interpretation der alliierten Regeln.

Auf andere, aber nicht weniger effektive Art und Weise versuchte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im Gewerkschaftsprüfungsausschuss (GPA) seine Freiheiten auszunutzen. Formal stellte er in dem siebenköpfigen Gremium zwar nur zwei Mitglieder,²⁷ tatsächlich waren aber von den vier Beisitzern aus den Bundesländern noch weitere dem DGB verbunden – einer war sogar bei ihm angestellt. Dieser Einfluss blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Beschlüsse des GPA, der in zahllosen Einzelentscheidungen immer wieder den DGB-Gewerkschaften den Vorzug vor wiedergegründeten Nachfolgern der Weimarer Kleingewerkschaften gab. Dieser Vorgang, an dessen Ende eine im Vergleich zur Weimarer Republik völlig umstrukturierte Gewerkschaftslandschaft mit nur noch wenigen großen Organisationen (DGB, DAG, Beamtenbund) stand, wird in dem Forschungsprojekt ebenfalls untersucht. Hier zeigt sich, dass nicht nur staatliche Akteure von dem Zusammenbruch der NS-Gliederungen und dem entstehenden Handlungsfreiraum profitieren konnten, sondern auch die Gewerkschaften des DGB, die großen Einfluss auf die materiellen Startbedingungen ihrer

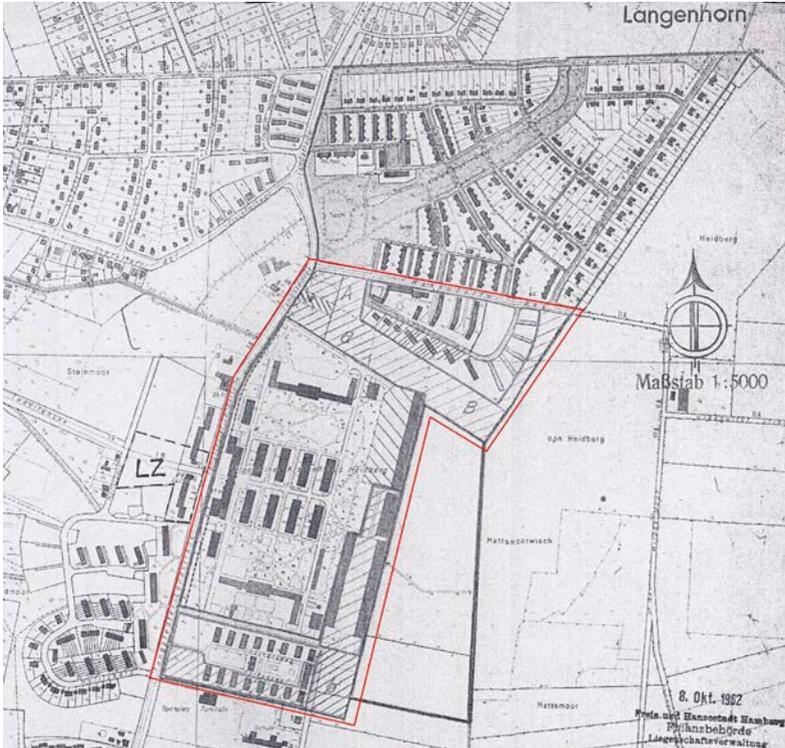
Konkurrenz erhielten. Ein Begriff wie »Restitution« würde hier deshalb zu eng greifen.

Besondere Schwierigkeiten verursachte bei den Entflechtungsversuchen schließlich das Vermögen der Organisation Todt, des Reichsarbeitsdienstes, der Gestapo und der Waffen-SS. Alle vier waren einerseits von den Alliierten als NS-Organisationen eingestuft worden, andererseits aber in ihrer Finanzierung vom Deutschen Reich abhängig gewesen. Durch ihre Vermischung von Staat und Partei waren sie Ausdruck der typischen polykratischen Struktur²⁸ des Nationalsozialismus und schwer in den Kategorien NS- oder Reichsvermögen zu fassen. Deshalb sorgten sie ab 1955 für heftige Auseinandersetzungen zwischen den Bundesländern und dem Deutschen Reich, konnten doch beide Seiten mit den alliierten Gesetzen einerseits und dem Grundgesetz andererseits auf kräftige Autoritätsargumente verweisen.

Ausblick

Die Verteilung des NS- und Reichsvermögen von 1948 bis in die 1970er Jahre ist eine dynamische Phase gewesen, die in vier miteinander verflochtenen Prozessen ablief und in der verschiedene Interessen aufeinanderstießen. So entstanden Konflikte und Kontroversen, die sich angesichts des enormen Umfangs und der verschiedenen Ursprünge des Vermögens nicht nur auf die Bundesländer und den Bund beschränkten, sondern auch verschiedene Gewerkschaften und Vereine sowie Privatpersonen umfassten. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Bund und den Bundesländern stechen hier aber insoweit hervor, als dass sie viel länger andauerten. Waren die anderen Konflikte in aller Regel bis in die Mitte der 1950er Jahre beigelegt,

28 Der Begriff hat in der geschichtswissenschaftlichen Diskussion immer wieder Bedeutungsverschiebungen erfahren. Nach jüngstem Stand wird nicht mehr das angeblich Defizitäre und Dysfunktionale im doppelförmigen Herrschaftssystem des Nationalsozialismus von Partei und Staat betont, sondern die radikalierende und dynamisierende Wirkung. Vgl. Sven Reichardt und Wolfgang Seibel, Radikalität und Stabilität. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus, in: Dies. (Hg.), Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2011, S. 7 – 27.



Ein Lageplan der Waffen-SS-Kaserne Langenhorn, des wertvollsten Einzelstücks des Reichsvermögen in Hamburg • Quelle: Sta HH, 311-3 I, Abl. 1989 305-2-1/96.

wurde die Grundsatzfrage im Verhältnis von Bund und Ländern durch das Grundgesetz 1949 verstetigt und konnte erst 25 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik endgültig befriedet werden.

Das Projekt stellt somit eine Chance dar, einen lange andauernden und für die Bundesrepublik formativ wirkenden Prozess zu erforschen, der ihre materiellen Ausgangsbedingungen geprägt hat und bisher noch völlig unbeachtet geblieben ist. Dabei bestimmte die Verteilung des NS- und Reichsvermögens bereits früh die Leistungsfähigkeit der Länder und war Mitte der 1950er wegen der Kasernenanlagen eine entscheidende Voraussetzung für die Wiederbewaffnung.

NICHT NUR INTERVIEWS. FOTOGRAFIEN UND DOKU- MENTE IN DER WERKSTATT DER ERINNERUNG

In der Werkstatt der Erinnerung werden neben lebensgeschichtlichen Interviews auch die von den Interviewten zur Verfügung gestellten Fotografien und persönlichen Dokumente gesammelt. Dazu gehören Briefe, Tagebücher, Schulhefte und autobiografische Aufzeichnungen ebenso wie offizielle Dokumente, darunter Reisepässe und Zeugnisse. Es handelt sich dabei um äußerst wertvolle Quellen für eine akteurszentrierte Zeitgeschichte, die nach individuellen Sinngebungen historischer Subjekte fragt. Dieser zu einer beachtlichen Größe angewachsene Teil der Sammlung wird in letzter Zeit rege nachgefragt. Mit finanzieller Unterstützung durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung konnten im Zeitraum von Oktober 2013 bis März 2014 mehr als 2000 dieser Ego-Dokumente digitalisiert werden.¹ Dies erhöht nicht nur den konservatorischen Schutz für die Originale, sondern verbessert durch vergebene Schlagworte auch die Zugänglichkeit zu den Quellen. Aus der Fülle an digitalisierten Materialien haben wir Fotos und Dokumente aus zwei Beständen ausgewählt, die einen kleinen Einblick in diesen Bereich unserer Sammlung gewähren.

ANMERKUNGEN

- 1 Siehe dazu auch den Tätigkeitsbericht der Werkstatt der Erinnerung auf Seite 149.
- 2 FZH/WdE 234, Interview mit Franziska Haenel am 22.2.1994, Interviewer: Alfons Kenkmann.



H1: Sommerfest im Garten der Familie Seip, Gruppenbild [Hamburg, um 1925],
s/w, 9 x 12 cm Glasplatte, als Scan verfügbar

Aus einem sozialdemokratischen Leben

Mehr als 300 private Fotografien, die einen Familienalltag in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik dokumentieren, stammen aus dem Nachlass von Franziska Haenel, geb. Seip (Alias), die 1994 für die WdE interviewt wurde.² [Bild H1] Lange Zeit waren diese Bilder für Nutzerinnen und Nutzer der WdE nicht zugänglich, da sie nur als Glasplattenegative vorlagen. [Bild H2] Die 1898 geborene Haenel heiratete einen Sozialdemokraten und trat 1927 in die SPD ein. Aufgrund von nazifeindlichen Äußerungen wurde sie im Juli 1944 wegen »Heimtücke« zu einer 16-monatigen Haftstrafe verurteilt. Ihr Bruder Paul war während des Krieges als Unteroffizier bei der Wehrmacht in Hamburg, später in Königsberg in Ostpreußen (heutiges Kaliningrad) stationiert. Aus dieser Zeit stammt ein reger Briefwechsel zwischen Paul und seiner Familie. Vor der Digitalisierung konnten die 170 Feldpostbriefe aus konservatorischen Gründen nicht für die Benutzung

ANDREA ALTHAUS

■ NICHT NUR INTERVIEWS

herausgegeben werden. [Bild H3 und H4] Neben den Fotos und Feldpostbriefen werden in der WdE weitere Ego-Dokumente von Franziska Haenel archiviert (teilweise in Fotokopie). Dazu gehört u. a. ein schriftlicher Erinnerungsbericht vom Mai 1945 über ihre Haftentlassung und die unmittelbare Zeit danach sowie ein Tagebuch, das Franziska Haenel in der Zeit zwischen 1946 und 1949 für ihren im Krieg verschollenen Bruder Paul verfasste.



H2: Schachtel mit Glasplattennegativen vor der Digitalisierung, Hamburg, 5.11.2014, digitale Farbfotografie



H3: Gebündelte Feldpostbriefe vor der Digitalisierung, Hamburg, 4.2.2014, digitale Farbfotografie

Ich bekomme jetzt abei auch genug frische Luft.
Für einige Zeit habe ich eine Landaufgabe.
Ich bin den ganzen Tag mit einem Kommando
Russen unterwegs zum Baracken-Aufbauern. Nicht
gerade sehr interessant, aber gesund. In 2 Tagen bin
ich schon kräftig sonnengebräunt. 14 Tage lang
wird es wohl täglich so weitergehen. Hoffentlich
hält das schöne Wetter an. Aber hier scheint es
beständiger zu sein als in der Hamburger
Vollrecke.

Wenn wir aus der Stadt ausziehen, ist noch nicht
raus. Es wird aber wohl noch lange dauern. Hier
können wir es aber auch noch gut aushalten. Vor
allem, da wir so gemütlich wohnen. Seit 4 Tagen
heben wir nicht mehr, und es ist waren genug!
Heute habe ich mal einen Ruhetag eingelegt, bin nicht
ausgegangen. Ich war müde von der frischen Luft, daran
muß man sich erst gewöhnen.

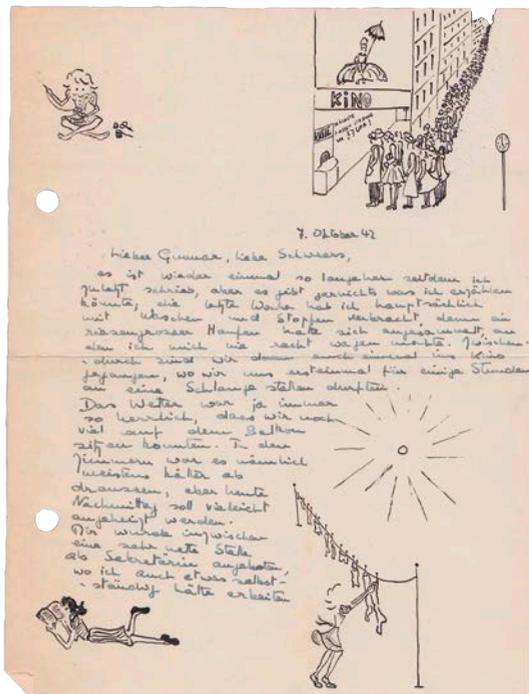
Am Mittwoch waren wir im Kino, ganz nett.
Lieber konnte ich am Freitag noch ins Turpoise-Koncert
gehen, da ich zu spät von der "Arbeit" heimkam.

Aber für morgen habe ich schon wieder eine
Koncertkarte: im Chorwerk von Wolf-Ferrari "Das
neue Leben." Ganz unbekannt. Mal sehen, was das
ist. Es singt der Königsberger Lehrer-Gesangsverein!!

Allernächst gefällt mir Königsberg überherrscht.
Wenn erst einmal alles grün ist, gibt es hier doch
vielleicht einige ganz nette Stellen. Hoffentlich
haben wir dann noch Gelegenheit zum Spaziergehen.



S1: Anita Ledermann mit Hund,
o. O., o. D.; s/w, ca. 5 x 8,5 cm

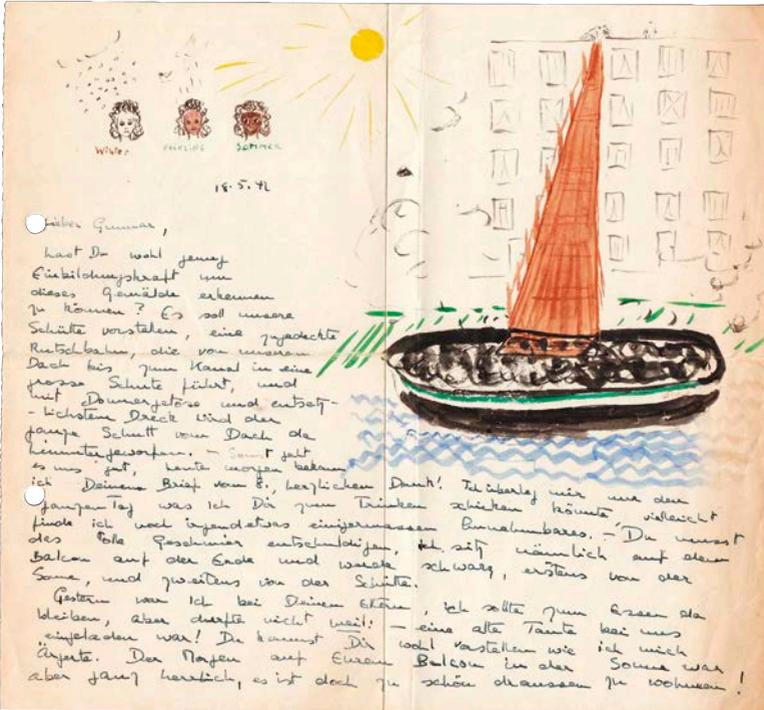


S3: Brief mit Illustrationen von Anita Ledermann an
Gunnar Schweer, Hamburg, 7.10.1942

Briefe einer engen Freundschaft

Anlässlich der von Linde Apel kuratierten Ausstellung »In den Tod geschickt« über die Deportationen von Hamburger Juden, Sinti und Roma schenkte Gunnar Schweer, der seit 1993 mit der WdE in Kontakt stand, der WdE um die 100 Originalbriefe seiner Jugendfreundin Anita Ledermann.³ [Bild S1] Die von ihr vielfach liebevoll illustrierten Briefe [Bild S2 und S3] stammen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und dokumentieren eine außergewöhnliche Freundschaft zwischen dem Wehrmachtssoldaten Gunnar Schweer und der Jüdin Anita Ledermann.

3 FZH/ WdE 200, Lebensgeschichtliche Aufzeichnungen, Fotos und Dokumente von Gunnar Schweer (1921 – 2010).



S2: Brief mit farbigen Illustrationen von Anita Ledermann an Gunnar Schweer, Hamburg, 18.5.1942

Anita und Gunnar hatten sich näher kennengelernt, als der in einem sozialdemokratischen Elternhaus sozialisierte Gunnar Schweer (Jahrgang 1921) während seines Studiums der Kunstgeschichte dem Cousin von Anita Nachhilfeunterricht erteilte. Nachdem Gunnar zum Reichsarbeitsdienst und ab 1941 zur Wehrmacht eingezogen wurde, hielten beide über einen intensiven Briefwechsel miteinander Kontakt. Der letzte Brief stammt vom 23. März 1943, kurz vor ihrer Deportation nach Theresienstadt. Von da wurde sie weiter nach Auschwitz transportiert und dort ermordet. Überliefert sind nur die Briefe von Anita an Gunnar. Diese liegen nun vollständig gescannt und dokumentarisch erfasst vor.

DEN PROTEST REGIEREN

Staatliches Handeln, neue soziale Bewegungen und linke Organisationen in den 1970er und 1980er Jahren¹

Tagung der Forschungsstelle für Zeitgeschichte, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung, 6. – 7. November 2014; Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Auch im in dieser Hinsicht als zurückhaltend geltenden Deutschland hat der öffentlich artikulierte Protest inzwischen seine eigene Geschichte: Die »Studentenunruhen« der 1960er Jahre, die Massendemonstrationen gegen Atomwaffen und Atomkraftwerke sowie die folgeträchtigen Bürgerproteste von 1989/90 sind nur einige seiner Stationen. Im Gegensatz zum repressiven Vorgehen des SED-Regimes im Umgang mit oppositioneller Gegenöffentlichkeit wurde und wird dabei im politischen und medialen Diskurs häufig der vergleichsweise liberale Umgang der Bundesrepublik mit »ihren« vielfältigen außerparlamentarischen Oppositionen hervorgehoben. Aus distanzierterer Sicht scheint hingegen weniger Liberalität das charakteristischste Merkmal dieses Umgangs gewesen zu sein, sondern vielmehr ein dynamisches Spannungsverhältnis zwischen Dialogbereitschaft, Duldung und antikommunistisch motivierter Repression. Dieses Spannungsverhältnis suchte die hier skizzierte Hamburger Tagung näher zu beleuchten.

Michael Ruck (Flensburg) beschrieb im Eröffnungsvortrag einige grundlegende Entwicklungslinien der

ANMERKUNGEN

- 1 Eine leicht modifizierte Fassung dieses Beitrages ist erschienen bei: H-Soz-Kult, 3.3.2015, <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-5852>.
- 2 Thomas Ellwein, Der Staat als Zufall und Notwendigkeit. Die jüngere Verwaltungsentwicklung in Deutschland am Beispiel Ostwestfalen-Lippe. Bd. 2: Die öffentliche Verwaltung im gesellschaftlichen und politischen Wandel 1919 – 1990, Opladen 1997.
- 3 Josef Foschepoth, Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik, Göttingen 2012; Dominik Rigoll, Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, Göttingen 2013.

öffentlichen Verwaltung. Dabei ging er auf den Wechsel von Planungseuphorie zu Planungskepsis während der 1970er Jahre ebenso ein wie auf den generationellen und kulturellen Wandel. Dieser äußerte sich unter anderem in einer inzwischen routiniert angewandten, aktiven Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Vertreter in entsprechende Entscheidungsprozesse, insbesondere auf lokaler Ebene. Anknüpfend an Überlegungen von Ellwein² verwies Ruck jedoch auch auf die anhaltend hohe Beharrungskraft administrativer Strukturen, die sich neuen Ausgangslagen zwar anpassen, aber nur langsam grundlegend ändern würden. Es greife somit zu kurz, lediglich von einer »Öffnung« zu sprechen; vielmehr sei unklar, ob der gewandelte Umgang der Verwaltung mit der von ihren Maßnahmen betroffenen Bevölkerung Anzeichen einer genuinen Liberalisierung oder lediglich eine neue Spielart staatlicher Gouvernmentalität sei.

Im ersten, auf die 1970er Jahre bezogenen Panel *Alternative Räume* skizzierte Uwe Sonnenberg (Potsdam) den linken Buchhandel und David Templin (Hamburg) die damalige Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik. Beide Vorträge betonten das Ringen der beteiligten Akteure, Gegenöffentlichkeiten zu den offiziellen Leitlinien der westdeutschen Gesellschaft zu entwerfen. Während der linke Buchhandel jedoch im Zuge von CDU/CSU-Initiativen zum Schutz eines postulierten »Gemeinschaftsfriedens« insbesondere durch die 1976 eingerichteten, die Befürwortung und Anleitung von Straftaten betreffenden Paragraphen 88a und 130a StGB zusehends kriminalisiert und marginalisiert wurde, konnte die Jugendzentrumsbewegung durchaus einige Erfolge verbuchen. Bürgermeister und kommunale Verwaltungen bewilligten demnach eine Vielzahl der von den Jugendlichen geforderten, selbstverwalteten Freizeitzentren. Obwohl diese vor allem von konservativer Seite als Keimzellen von Drogenmissbrauch und kommunistischer Agitation diffamiert wurden, scheiterten sie nach Templin häufiger an den praktischen Herausforderungen der Selbstverwaltung als an staatlichem Widerstand. Im Gegensatz zu dieser relativen Erfolgsgeschichte plädierte Sonnenberg angesichts des repressiven, staatlichen Umgangs mit dem linken Buchhandel in Anlehnung an alternative Interpretationen der jüngeren bundesdeutschen Geschichte v. a. von Foschepoth und Rigoll³ für eine kritische Reflexion der 1970er Jahre jenseits gängiger Narrative einer fortschreitenden Demokratisierung und Liberalisierung.

Aufgrund einer Absage präsentierte Julia Kleinschmidt (Göttingen) den einzigen Vortrag des Panels *Antirassismus und Antifaschismus*. Kleinschmidt schloss sich in ihren Ausführungen zur westdeutschen Asylpolitik Sonnenbergs Kritik am Liberalisierungsnarrativ an. Die bereits in den 1950er/1960er Jahren repressive Ausrichtung sei mit dem Regierungswechsel 1982 nochmals verschärft worden, während die betroffene Verwaltung einen konzilianten Umgang mit gesetzlichen Spielräumen zumeist abgelehnt und damit der Kriminalisierung von Asylsuchenden Vorschub geleistet habe. Als bezeichnend stellte Kleinschmidt die westdeutsche Praxis dar, Menschenrechtsdemonstrationen in anderen Staaten zu fordern, sie jedoch im eigenen Land als linksextrem zu diskreditieren. Sie betonte auch die Bedeutung wachsenden, zivilgesellschaftlichen Engagements: So wurden etwa bei gerichtlichen Verhandlungen von Asylfragen vermehrt Gegenexperten aus den Reihen verschiedener NGOS (etwa Amnesty International) zugelassen, die dort ihren Standpunkt nicht nur öffentlich vertreten, sondern zusehends auch gegenüber den offiziellen Verwaltungsleitlinien behaupten konnten.

Klaus Weinhauer (Bielefeld) konturierte in seinem vergleichend angelegten Abendvortrag zum polizeilichen Umgang mit urbanen Unruhen in Deutschland und England unter Zuhilfenahme von Konzepten der Raumgeschichte anschaulich die Dynamik des staatlichen Umgangs mit zivilgesellschaftlichem Protest. Vor dem Hintergrund sich wandelnder Erfahrungsräume und Zukunftserwartungen skizzierte er die Entwicklung der beiden Staaten tendenziell als gegenläufig: Während die deutsche Polizei der späten 1960er Jahre die »Machtressource« Raum zumeist total zu beherrschen suchte und sich repressiv gegen jede Bedrohung einer patriarchalisch konnotierten »Ordnung«

richtete, deutete die englische Polizei zivile Unruhen zunächst nicht in vergleichbarem Maße existenziell aus und reagierte in der Zuversicht, dass sowohl Demonstranten wie Polizisten (beide Repräsentanten einer weißen Mittelschicht) Zurückhaltung üben würden. In den 1980er Jahren verlor sich hingegen dieser *community*-Mythos in England; speziell die Unruhen in Brixton verdeutlichten, wie sehr inzwischen weniger *class*, sondern *race* zum Distinktionsmerkmal der urbanen Auseinandersetzung geworden war. Zeitgleich waren auf Seiten der deutschen Polizei durchaus Tendenzen einer rationaleren und in höherem Maße verrechtlichten Herangehensweise an Unruhen festzustellen, zu der auch eine an Kleinschmidts Vortrag erinnernde, zunehmende Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Expertise beigetragen haben mag. Für die Bundesrepublik konstatierte Weinbauer also ein eher steigendes, für England hingegen ein sinkendes Maß an Liberalität auf Seiten der Polizei.

Im dritten Panel *Anti-Atom-Protteste und Friedensbewegung* befasste sich Janine Gaumer (Jena) mit dem Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf während der 1980er Jahre, Dolores Augustine (New York) mit den Bürgerprotesten gegen die Kernkraftanlagen in Wyhl, Brokdorf sowie im US-amerikanischen Seabrook in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre und Martin Diebel (Augsburg) mit dem Zivilschutz in England und der Bundesrepublik Deutschland während der Jahre 1970–1986. Aus nunmehr vergleichender Perspektive wurden wiederum die Grenzen und Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung in westlichen Demokratien ausgelotet. Die späten 1970er und frühen 1980er Jahre wurden von Augustine als eine von Terrorismuserfahrungen geprägte Zeit »nach dem Boom« charakterisiert, in der von konservativer Seite verstärkt eine härtere Gangart im Umgang mit Demonstranten gefordert wurde. Gleichwohl stellte sie fest, dass die Polizeieinsätze in Wyhl und Seabrook trotz zahlreicher Festnahmen nicht völlig unverhältnismäßig gewesen seien, während sie die Eskalation der Gewalt in Brokdorf unter anderem auf die Beteiligung quasimilitärischer Einheiten des Bundesgrenzschutzes zurückführte. Augustine und Gaumer betonten die Bedeutung der konkreten Situation »vor Ort« bezüglich der Proteste, wobei Gaumer die These aufstellte, dass die hiesige Anti-AKW-Bewegung einen Teil ihres Erfolges der föderalen Struktur der Bundesrepublik und der damit einhergehenden, lokalen Fokussierung einzelner Konflikte verdanke.

Wie man dem Protest der Bevölkerung hinsichtlich kontroverser Themen von offizieller Seite aktiv ausweichen konnte, verdeutlichte Martin Diebel: So sei es den verantwortlichen Behörden und Verbänden seit Ende der 1960er verstärkt gelungen, den einst als Kriegsvorbereitung rezipierten Zivilschutz als rein karitative Vorsorgemaßnahme darzustellen. Während das Jahr 1982 in England den Höhepunkt der Proteste gegen den dort nach wie vor stark militarisierten Zivilschutz einläutete, sahen Hardliner der Union im westdeutschen, »zivilisierten« Zivilschutz nunmehr eine Verteidigungslücke. An dieser Stelle betonte Diebel – wie zuvor auch Gaumer und Augustine – die wiedererstarke Dominanz konservativer Kräfte gegen Ende der 1970er Jahre. Es wurde jedoch festgestellt, dass diese ihre Ideen keinesfalls stets durchsetzen konnten: Letztlich scheiterte eine anvisierte, erneute Militarisierung des Zivilschutzes hierzulande ebenso wie der Bau des Kernkraftwerks in Wyhl und der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Ein rein repressiv ausgerichteter Umgang mit zivilgesellschaftlichem Protest schien spätestens gegen Ende der 1980er Jahre – trotz erfolgter, konservativer Wende – kaum noch tragfähig zu sein.

Das Panel *Grundrechte* war dezidiert regional auf das Fallbeispiel Hamburg ausgerichtet. Alexandra Jaeger (Hamburg) beleuchtete die Konzeption und Durchführung des umstrittenen Radikalenbeschlusses, der ab dem Jahr 1972 insbesondere Kommunisten den Zugang zum Staatsdienst verwehren sollte. Dessen damalige Umsetzung habe rechtsstaatlichen Ansprüchen aufgrund des hohen Informations- und Machtgefälles zwischen Verwaltung und Betroffenen kaum genügt; der Beschluss sei insgesamt als antikommunistisch motivierte Repressionsstrategie im Kontext des Kalten Krieges zu bewerten. Marie Schenk (Hamburg)

präsentierte im Anschluss einige Diskursmotive der damaligen Debatte über Sterilisationsempfehlungen für behinderte Menschen: Während staatliche Stellen behinderte Kinder tendenziell als ungebührliche Belastung ihrer Eltern dargestellt hätten, verwiesen verschiedene, dem linken Spektrum angehörende Bürgerinitiativen auf die Erfahrungen des Nationalsozialismus und deuteten Sterilisierungsempfehlungen als Anzeichen einer Selektionskultur und als Vorstufe zum Vernichtungswillen. Beide Vorträge konturierten somit den Hintergrund des Liberalisierungsparadigmas, das durch die Gegenwartserfahrung des Kalten Krieges ebenso eingeschränkt worden sei wie durch den Erfahrungsraum der NS-Vergangenheit und den damit zusammenhängenden, befürchteten oder tatsächlichen mentalen Kontinuitäten. Analog zu Kleinschmidts Vortrag verdankten sich spätere Liberalisierungstendenzen laut Jaeger und Schenk keineswegs verwaltungsinternen Lernprozessen, sondern vielmehr gerichtlichem und öffentlichem Druck.

Im fünften und letzten Panel *Stadtplanung und Bürgerbeteiligung* schilderte Bianca Achilles (Aachen) die Konflikte zwischen dem Hamburger Senat und verschiedenen Bürgerinitiativen um die Sanierung des Stadtteils Ottensen während der 1970er Jahre, während Cornelia Escher und Kim Förster (Zürich, letzterer konnte wegen des Bahnstreiks leider nicht anreisen) auf die Geschichte des Görlitzer Parks in Berlin-Kreuzberg eingingen. Beide Vorträge beschrieben die Stadtentwicklung als komplexen, zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure in unterschiedlichem Maße einbeziehenden Aushandlungsprozess. Sowohl im Fall Ottensen als auch bei der Umwandlung des Berliner Bezirks SO 36 zur Parkfläche war der Widerstand der Bevölkerung gegen die politischen Vorgaben letztlich erfolgreich. Durchsetzen konnte sich dabei jedoch bei ersterem gerade diejenige der Initiativen, die sich selbst keineswegs als »links«, sondern als wirtschaftsnah definierte, bei letzterem eine eher gemäßigt auftretende und aktiv den Kontakt zu Verwaltung und Presse suchende »bürgerliche« Bewegung. Es fanden also genau diejenigen Proteste die größte Berücksichtigung, die sich in ihren Zielsetzungen ohnehin nicht allzu sehr von den Leitlinien der offiziellen Stellen unterschieden, während die Interessen dezidiert linker oder – im Falle des Görlitzer Parks – türkischstämmiger Gruppen eher wenig beachtet wurden. Das Panel verwies demnach auf die beachtlichen Erfolgchancen zivilgesellschaftlichen Protests ebenso wie auf die ungleiche

Verteilung dieser Chancen in Bezug auf den politischen, sozialen und habituellen Hintergrund einzelner Bewegungen.

In Detlef Siegfrieds (Kopenhagen) Abschlusskommentar sowie in der lebhaften, von Bernd Weisbrod (Berlin) moderierten Abschlussdiskussion wurden nochmals einige Leitlinien der Tagung identifiziert, in größere Zusammenhänge eingeordnet und die Bedeutung zentraler Kategorien und Begriffe verhandelt. In Bezug auf den während der gesamten Tagung häufig verwendeten Begriff der *Liberalisierung* wurde unter anderem festgestellt, dass fortbestehende illiberale Tendenzen nicht einseitig durch die Elitenkontinuität aus dem NS-System erklärt werden könnten. Die Ausübung des Gewaltmonopols sei vielmehr ein strukturelles Merkmal staatlichen Handelns und nicht an ein bestimmtes politisches System gebunden. Obwohl manche Vorträge eine sich durchsetzende Liberalisierung geschildert hätten, müsse beachtet werden, dass in solchen Zusammenhängen oft wieder Ansätze neuer Repressalien entstünden. Generell wurde Liberalisierung als erkenntnisfördernde Kategorie eher skeptisch bewertet, wobei vor allem einer »selbstständigen« Liberalisierung durch Lernprozesse eine Absage erteilt wurde: Zu oft hätte festgestellt werden müssen, dass etwa die Verwaltungspraxis nur durch anhaltenden, äußeren Druck liberaler geworden sei. Hinsichtlich der am staatlichen Umgang mit Bürgerprotesten beteiligten *Akteure* fiel auf, dass das klassische Konzept der Gouvernamentalität im Rahmen der Tagung interessanterweise kaum aufgegriffen worden war. Auch eine konkretere Beleuchtung der thematisierten sozialen Bewegungen und linken Milieus sei teilweise unterblieben. Vor allem letztere hätten eben oftmals nicht liberalisierende, sondern revolutionäre Absichten verfolgt und eine tendenziell andere Behandlung durch

den Staat erfahren als »gemäßigter«, bürgerlicher Protest. Es wurde festgestellt, dass eine genaue Spezifizierung der Akteure durchaus notwendig sei, da es weder »den« Staat, noch »die« Protestbewegung gebe. Hierbei könnten sich unter Umständen zentrale Begriffe des gesellschaftlichen Wandels (z. B. Pluralisierung oder Individualisierung) als hilfreich erweisen.

Mit diesen und vielen weiteren Überlegungen endete eine spannende Tagung, bei der das gelegentlich aus den Fugen geratene Zeitmanagement angesichts der Bandbreite der dargebotenen Vorträge sowie der umfangreichen Diskussionen wenig störte. Insbesondere zur Hinterfragung lange Zeit gängiger Meistererzählungen der bundesdeutschen Geschichtsschreibung bleiben vielfältige Anregungen in Erinnerung. Es gilt jedoch auch anzumahnen, sich von einer letztlich politisch motivierten Idealisierung zivilgesellschaftlichen Protests zu distanzieren. Nicht nur sind »Staat« und »Gesellschaft« keineswegs immer trennscharf zu unterscheiden; auch die Zielsetzungen von Bürgerprotesten sind – im Gegensatz zum im Verlauf der Tagung gelegentlich aufkommenden Eindruck – nicht notwendigerweise liberaler oder moralisch »besser« als die des Staates. »Links« sind sie auch nicht immer: Aktuelle Entwicklungen veranschaulichen dies nachdrücklich.

TÄTIGKEITSBERICHT 2014

INHALT

| | |
|--|-----|
| 1. Personal und Gremien der FZH | 114 |
| 2. Forschung | 117 |
| <i>a) Der Nationalsozialismus und seine »zweite Geschichte«</i> | 118 |
| <i>b) Hamburg seit den 1950er Jahren</i> | 122 |
| <i>c) Jüngere und jüngste Zeitgeschichte</i> | 123 |
| <i>Drittmittel 2014</i> | 130 |
| 3. Vorträge / Tagungen / Veranstaltungen 2014 | 131 |
| <i>Vortragsreihen</i> | 131 |
| <i>Tagungen und Workshops</i> | 135 |
| 4. Kooperationsbeziehungen | 142 |
| 5. Bibliothek | 145 |
| 6. Archiv | 147 |
| 7. Werkstatt der Erinnerung – Hamburger Lebensläufe (WdE) | 149 |
| 8. Veröffentlichungen der FZH | 152 |
| 9. Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH | 152 |
| 10. Rezensionen über Veröffentlichungen der FZH und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FZH | 156 |
| 11. Vorträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH | 160 |
| 12. Medienecho | 168 |
| 13. Lehrveranstaltungen | 170 |

1. PERSONAL UND GREMIEN DER FZH

(Stand 31.12.2014)

DIREKTOR (UND VORSTAND)

Prof. Dr. Axel Schildt

STELLV. DIREKTORIN (UND STELLV. VORSTAND)

Prof. Dr. Dorothee Wierling

(bis 30.9. Gerda Henkel Visiting Professor am Deutschen Historischen Institut, London, und der London School of Economics and Political Science; Wahrnehmung ihrer administrativen Funktionen durch Dr. Christoph Strupp)

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Dr. Knud Andresen

PD Dr. Frank Bajohr (beurlaubt seit 1.8.2013 für die Leitung des Zentrums für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte, München)

Sebastian Justke, M.A.

Dr. Claudia Kemper (bis 31.3.2014)

Marc-Simon Lengowski

Dr. Christiane Reinecke (in Mutterschutz und Elternzeit seit 17.6.2014)

PD Dr. Lu Seegers

Dr. Christoph Strupp

WERKSTATT DER ERINNERUNG (WDE)

Dr. Linde Apel

Andrea Althaus, M.A.

STIPENDIATEN

Lina Nikou, M.A.

David Templin, M.A.

LEKTORAT DER FZH-PUBLIKATIONEN

Joachim Szodrzynski

BIBLIOTHEK

Dipl. Bibl. Karl Otto Schütt, M.A.
Dipl. Dok. Dorothee Mateika
Hartmut Finkeldey

ARCHIV, DOKUMENTATION UND EDV

Dipl. Bibl. Angelika Voß-Louis
Ewald Dawid

ORGANISATION UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Maike Raap, M.A.
Rupert A. Marienfeld, M.A.

VERWALTUNG

Susanne Linnig
Birgit Steude

STUDENTISCHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Jessica Erdelmann
Paula Lange
Cäcilia Maag
Henrike Rehders
Martin Schneider
Maik Schnierer
Julian Schoppenhauer
Anna Tartakovskij

PRAKTIKANTINNEN UND PRAKTIKANTEN

Thomas Clausen (5.8. – 12.9.2014)
Claudia Jerzak (1.8. – 30.9.2014)
Jakob Hafer (10.2. – 31.3.2014)
Sebastian Merkel (18.8. – 28.9.2014)
Sviatoslav Stetskovich (6.10. – 19.12.2014)
Johannes Trepesch (19.5. – 27.6.2014)

Außerdem unterstützten uns Schreibkräfte auf Honorarbasis.

- Direktor und Vorstand
- Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Werkstatt der Erinnerung (WdE)
- Stipendiaten
- Lektorat der FZH-Publikationen
- Bibliothek
- Archiv, Dokumentation und EDV
- Organisation und Öffentlichkeitsarbeit
- Verwaltung
- Studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Praktikantinnen und Praktikanten

KURATORIUM

Dr. Dorothee Stapelfeldt

*Zweite Bürgermeisterin, Senatorin der Behörde für Wissenschaft und
Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg, Vorsitz*

Katja Karger

*Vorsitzende Deutscher Gewerkschaftsbund Hamburg, stellvertretender
Vorsitz*

Dr. Sabine Bamberger-Stemmann

Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg

Prof. Dr. Christoph Cornelißen

*Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main,
Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der FZH*

Ina Dinslage

Vorschlag der Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Prof. Dr. Holger Fischer

Vizepräsident der Universität Hamburg (bis 31.7.2014)

Dr. Manfred Jäger

Vorschlag der Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Peter Jaffé

Jüdische Gemeinde Hamburg

Dr. Willfried Maier

Vorschlag der Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Prof. Dr. Susanne Rupp

Vizepräsidentin der Universität Hamburg (seit 1.10.2014)

Dr. Sven Tode

Vorschlag der Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Prof. Dr. Christoph Cornelißen

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Vorsitzender

Prof. Dr. Angelika Schaser

Universität Hamburg, stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Andreas Gestrich

German Historical Institute London

Prof. Dr. Birthe Kundrus

Universität Hamburg

Prof. Dr. Simone Lässig

*Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung,
Braunschweig*

Prof. Dr. Cornelia Rauh

Leibniz Universität Hannover

Prof. Dr. Dieter Schott

Technische Universität Darmstadt

Prof. Dr. Detlef Siegfried

Universität Kopenhagen

Prof. Dr. Margit Szöllösi-Janze

Ludwig-Maximilians-Universität München

2. FORSCHUNG

Die Forschungsprojekte der FZH gliedern sich in drei inhaltliche Schwerpunkte. Den ersten bilden die Geschichte des Nationalsozialismus sowie dessen »zweite Geschichte«, d. h. die politischen und gesellschaftlichen Folgen der NS-Diktatur sowie die komplexe Geschichte persönlicher Erinnerungen, gesellschaftlicher Verarbeitungen und öffentlichen Gedenkens. Der zweite Arbeitsschwerpunkt bezieht aktuelle Ansätze der Zeitgeschichtsforschung auf die Geschichte Hamburgs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dazu zählen u. a. der Wandel politischer Partizipation, Veränderungen wirtschaftlicher Strukturen, außenpolitischer Beziehungen und der Arbeitswelt oder neue Formen individueller Lebensgestaltung. Die Forschungsprojekte des dritten Schwerpunkts – jüngere und jüngste Zeitgeschichte – beschäftigen sich mit Phänomenen der politischen Kulturgeschichte von den späten 1960er bis in die 1980er Jahre.

Bis 2013 verfolgte die Forschungsstelle noch einen separat ausgewiesenen Schwerpunkt, der unter dem Titel: »Das lange

20. Jahrhundert« nach langen historischen Linien, Brüchen und Kontinuitäten jenseits der politischen Systemwechsel fragte. Inzwischen wird dieser Ansatz nicht mehr als eigener Forschungsbereich, sondern als schwerpunktübergreifende Gesamtperspektive für Projekte aus allen Forschungsschwerpunkten betrachtet. Damit soll aber die Möglichkeit, in Einzelprojekten das gesamte Jahrhundert in den Blick zu nehmen, nicht ausgeschlossen werden.

Die konzeptionellen Grundlagen der Forschung wurden mit dem Wissenschaftlichen Beirat erörtert und im Kuratorium der FZH vorgestellt. In internen Forschungskolloquien wird regelmäßig über den Fortgang der einzelnen Projekte diskutiert. Mehrere Forschungsprojekte lassen sich verschiedenen Schwerpunkten der FZH zuordnen, sie werden in der folgenden Kurzdarstellung aber nur in einem Themenbereich genannt.

a) DER NATIONALSOZIALISMUS UND SEINE »ZWEITE GESCHICHTE«

- Deportationsort Hannoverscher Bahnhof
(Koordination: Dr. Linde Apel)

Das erste Halbjahr 2014 stand ganz im Zeichen der freigelegten Fundamente des ehemaligen Hannoverschen Bahnhofs. Diese waren nach dem vorzeitigen Abriss einer darauf errichteten Lagerhalle Ende 2013 sichtbar geworden. Als interessierte Bürger und Anwohner nachfragten, ob diese Relikte erhalten und in das geplante Dokumentationszentrum integriert würden, wurde auf Vorschlag von Linde Apel Andreas Ehresmann, Leiter der Dokumentations- und Gedenkstätte Lager Sandbostel sowie Historiker und Architekt, von der Kulturbehörde damit beauftragt, die Fundamente zu untersuchen. Es entstanden eine umfangreiche fotografische Dokumentation sowie eine 3D-Laserscan-Vermessung. Auch wurden einige bauliche Überreste sichergestellt. Aus Gründen des Hochwasserschutzes müssen die Fundamente, die zeitweilig als Luftschutzkeller dienten, jedoch verfüllt werden.

Die »Expertenrunde ehemaliger Hannoverscher Bahnhof« zur Entwicklung des Dokumentationszentrums und Gedenkortes über die Geschichte der Deportationen von Juden, Roma und Sinti 1940 bis 1945 trat 2014 einmal unter der Leitung der Kulturbehörde zusammen. Diskutiert wurde über den Umgang mit den freigelegten Fundamenten und eine mögliche Visualisierung im Lohsepark sowie über die Planungen des Gedenkortes sowie des Dokumentationszentrums.

Im Sommer und Herbst 2014 fand am Infopavillon ehemaliger Hannoverscher Bahnhof eine von der Kulturbehörde organisierte, gutbesuchte Veranstaltungsreihe statt, an der sich Linde Apel mit einem Vortrag beteiligte. Die Reihe soll 2015 fortgesetzt werden.

- Die Beschlagnahmung, Rücknahme, Abwicklung und Übertragung des ehemaligen NS- und Reichsvermögens 1945–1970 in Hamburg (Bearbeiter: Marc-Simon Lengowski)

Unmittelbar nach der bedingungslosen Kapitulation des »Dritten Reiches« beschlagnahmten die Alliierten das Vermögen der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen. Auch das ehemalige Reichsvermögen musste unter Kontrolle gestellt werden, war das Deutsche Reich als Rechtsperson doch nicht mehr handlungsfähig. Mit der Verwaltung dieser beträchtlichen Werte wurden nach einer Übergangszeit die Oberfinanzdirektion und ein neu eingerichtetes »Landesamt für Vermögenskontrolle« betraut. Das NS-Vermögen wurde bis 1954 über drei verschiedene, zonenweit arbeitende Rückerstattungsausschüsse entweder an seine vorigen Besitzer zurückerstattet, an demokratische Nachfolgeorganisationen übertragen oder der Stadt Hamburg zugewiesen. Das ehemalige Reichs- und Wehrmachtsvermögen hingegen sorgte für eine jahrzehntelange Auseinandersetzung zwischen der Stadt Hamburg und dem Bund, die beide möglichst weitgehende Ansprüche geltend machen wollten.

In dem Projekt verdient die Frage besonderes Augenmerk, wie und nach welchen Kriterien das NS-Herrschaftssystem, das oft

a) Der Nationalsozialismus und seine »zweite Geschichte«

■ Deportationsort Hannoverscher Bahnhof

■ Die Beschlagnahmung, Rücknahme, Abwicklung und Übertragung des ehemaligen NS- und Reichsvermögens 1945–1970 in Hamburg

weder eine klare Trennung von Staats- und Parteiorganisationen noch von Reichs- und Regionalinstitutionen kannte, in ein föderales, demokratisches Gemeinwesen umgewandelt wurde, und wer dabei materiell zu den Gewinnern und wer zu den Verlieren gezählt werden muss. Konzeptionell erarbeitet wurde dieses seit Juli 2013 von der DFG geförderte Projekt von PD Dr. Frank Bajohr. Im Jahr 2014 wurden umfangreiche Archivrecherchen abgeschlossen, sodass nach Sichtung des Materials 2015 mit der Niederschrift begonnen werden kann.

- Einladungen in die alte Heimat. Besuchsprogramme deutscher Großstädte für Verfolgte des Nationalsozialismus (Bearbeiterin: Lina Nikou, M.A.)

Deutsche Großstädte nahmen seit den 1960er Jahren Kontakt zu ehemaligen Bürgern auf, die in der NS-Zeit verfolgt und zur Auswanderung gezwungen oder deportiert wurden und nach ihrer Befreiung auswanderten. Zahlreiche Emigranten äußerten daraufhin den Wunsch, ihre einstigen Wohnorte zu besuchen, bis in die achtziger Jahre sprachen jedoch nur wenige Stadtregierungen Einladungen aus. Zurückhaltung auf deutscher Seite und Sehnsucht nach einem Besuch bei den Verfolgten – dieses scheinbare Paradox bildet den Ausgangspunkt des Dissertationsprojekts. Am Beispiel der Entwicklungen der Einladungsinitiativen in München, (West-)Berlin, Frankfurt am Main und Hamburg strebt das Projekt einen Vergleich lokaler Erinnerungskulturen auf drei Ebenen an: Erstens geht die Arbeit dem kommunalpolitischen Umgang mit den Einladungsprogrammen nach, zweitens wird die Interaktion zwischen Stadt und einstigen Bürgern untersucht und drittens wird die Rezeption der Programme durch die Eingeladenen in den Blick genommen. Quellengrundlage bilden städtische Akten und Interviews, die sowohl in Deutschland, den USA sowie in Israel geführt wurden, letztere 2014 mit Unterstützung eines Reisestipendiums der FAZIT-Stiftung. Der Abschluss der Niederschrift wird seit Oktober 2014 durch ein Leo Baeck Fellowship unterstützt und ist für 2015 geplant.

- Hanseaten und das Hanseatische in Diktatur und Demokratie
(Bearbeiterin: PD Dr. Lu Seegers)

Hanseaten und das Hanseatische: Diese Begriffe spielen heute eine zentrale Rolle in der Selbstbeschreibung von Hamburgerinnen und Hamburgern. Gemeint ist damit eine diffuse Grundhaltung, die durch Nüchternheit, Pragmatismus, Weltoffenheit, Toleranz und Internationalität gekennzeichnet ist. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich die Bedeutungsinhalte der Begriffe Hanseaten und hanseatisch in Diktatur und Demokratie erheblich unterscheiden. Im »Dritten Reich« stand das Hanseatische nicht etwa für Weltbürgertum, Toleranz und Liberalität, sondern für eine rassistisch-kolonialistische Eroberungsmentalität, die Hamburger Kaufleute zu Pionieren im »Volkstumskampf« in Mittel- und Osteuropa stilisierte.

Im historischen Längsschnitt untersucht das Forschungsprojekt deshalb für den Zeitraum von 1900 bis 1970 die Wandlungsprozesse, denen die Selbstbeschreibung von Hamburgern, aber auch Lübeckern und Bremern als hanseatisch bzw. als Hanseaten unterlag. Ausgehend vom späten 19. Jahrhundert werden dabei sowohl die verschiedenen politischen Semantiken und gesellschaftlichen Trägergruppen der beiden Begriffe in den Blick genommen als auch die damit verbundenen zeitgenössischen Strategien und sozialen Praktiken. Zudem waren entsprechende Zuschreibungen häufig auf den transnationalen Raum bezogen. Beziehungen und Verflechtungen mit anderen Ländern sowie die mit dem Hanseatischen verbundenen Vorstellungen politischer, kultureller und wirtschaftlicher Überlegenheit finden daher im Rahmen des Forschungsprojekts ebenfalls Beachtung. Das Projekt wurde 2014 konzeptionell ausgearbeitet und befindet sich derzeit in der Phase der Quellenerhebung und -analyse.

- a) Der Nationalsozialismus und seine »zweite Geschichte«
- Einladungen in die alte Heimat. Besuchsprogramme deutscher Großstädte für Verfolgte des Nationalsozialismus
- Hanseaten und das Hanseatische in Diktatur und Demokratie

b) HAMBURG SEIT DEN 1950er JAHREN

- Linke und rechte Politisierung. Die Hamburger Schülerbewegung der 1960er und 1970er Jahre (Bearbeiterin: Dr. Linde Apel)

Um 1950 geborene ehemalige Gymnasialschülerinnen und -schüler und ihr politisches Engagement an den Schulen in den späten Sechziger und frühen Siebziger Jahren stehen im Fokus des Interviewprojekts. Bei den Befragten handelt es sich nicht nur um jene, die den heute fast als hegemonial geltenden politisch links stehenden Achtundsechzigern nahestanden, sondern auch um jene, die sich als Gegner dieser Politik oder dieser Politikstile betrachteten und einen reformorientierten Politikansatz verfolgten. Die Angehörigen der Nachkriegsgenerationen profitierten in hohem Maß von Frieden und Wohlstand, von den vielfältigen Aufstiegschancen und Möglichkeiten zur persönlichen Selbstverwirklichung dieses Zeitabschnittes. Da Krisen und Brüche zu den Erfahrungen gehören, die ihnen gerade nicht zugeschrieben werden, wurden die Interviews quer gelesen und auf entsprechende Erzählungen geprüft. Die Vertreter dieser Gruppen erlebten auf unterschiedliche Weise (politische, persönliche und materielle) Erfolge und Niederlagen. Wie sie diesen Erfahrungen im Interview rückblickend einen Sinn zuweisen und mit welchen Emotionen sie sie verknüpfen, stand im Zentrum der Interviewanalysen. Vorläufige Lesarten wurden 2014 auf der European Social Science Conference (ESSC) in Wien vorgestellt.

- Struktur- und Funktionswandel des Hamburger Hafens 1945–2005 (Bearbeiter: Dr. Christoph Strupp)

Der Hafen war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein zentrales Thema Hamburger Politik. Zugleich spiegeln sich in seiner Entwicklung wesentliche weltwirtschaftliche Prozesse dieser Epoche. Die Strukturen aller großen Seehäfen und ihre Abläufe waren

nach 1945 enormen Veränderungen unterworfen. Sie lassen sich als Entwicklung von klassischen Handels- und Industriehäfen zu modernen Distributions- bzw. Netzhäfen beschreiben, deren Charakter von der Containerisierung des Warenverkehrs bestimmt ist.

Im Rahmen des Projekts wird eine Studie erarbeitet, die diese Prozesse für Hamburg erstmals auf breiter Quellengrundlage untersucht. Zentrale Themen der Untersuchung sind u. a. die hafensorientierte Osteuropa- und EWG-Politik der Senate, die Stellung des Freihafens, die öffentliche Inszenierung und Instrumentalisierung des Hafens sowie Zielkonflikte zwischen dem Hafen und anderen Politikfeldern. Dabei werden lokale Entwicklungen im Zusammenhang mit nationalen und internationalen Veränderungen analysiert und aktuelle Perspektiven zeitgeschichtlicher Forschung berücksichtigt.

Im Jahr 2014 wurden Teilergebnisse auf der internationalen Tagung »Seaports in Transition« der FZH und bei der 12. Konferenz der European Association for Urban History in Lissabon vorgestellt.

c) JÜNGERE UND JÜNGSTE ZEITGESCHICHTE

- Jugendliche Erfahrungsräume und gewerkschaftliche Organisation. Jugendkulturelle Einflüsse auf eine gewerkschaftliche Jugendorganisation am Beispiel der IG Metall-Jugend vom Ende der 1960er bis Ende der 1980er Jahre (Bearbeiter: Dr. Knud Andresen)

Das Projekt ist abgeschlossen. Zurzeit wird die Buchveröffentlichung vorbereitet, die für Anfang 2016 geplant ist. Die Arbeit ist als Habilitationsschrift bei der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg eingereicht worden.

b) Hamburg seit den 1950er Jahren

- Linke und rechte Politisierung. Die Hamburger Schülerbewegung der 1960er und 1970er Jahre
- Struktur- und Funktionswandel des Hamburger Hafens 1945–2005

c) Jüngere und jüngste Zeitgeschichte

- Jugendliche Erfahrungsräume und gewerkschaftliche Organisation. Jugendkulturelle Einflüsse auf eine gewerkschaftliche Jugendorganisation am Beispiel der IG Metall-Jugend vom Ende der 1960er bis Ende der 1980er Jahre

- Erinnerungen eines sozialen Milieus und lokale gewerkschaftliche Erfahrungsräume. Lebensgeschichtliche Interviews mit gewerkschaftspolitischen Akteuren in ausgewählten Regionen der Bundesrepublik Deutschland
(Bearbeiter: Dr. Knud Andresen)

Mit der Veröffentlichung »Triumphherzählungen. Wie Gewerkschafter über ihre Erinnerungen sprechen« im Klartext Verlag Essen ist das Projekt abgeschlossen.

- Apartheid im »Strukturbruch«. Wahrnehmungen und Praktiken schwedischer und bundesdeutscher Manager im Südafrika der 1970er und 1980er Jahre
(Bearbeiter: Dr. Knud Andresen)

Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt gehört zu einem Verbund von bundesdeutschen und dänischen Untersuchungen, die aus unterschiedlichen Perspektiven nach europäischen Wahrnehmungen der Apartheid fragen (siehe auch das FZH-Projekt »Westdeutsche Pfarrer im Land der Apartheid«, Bearbeiter Sebastian Justke). In dem Projekt werden Wahrnehmungen und Praktiken westdeutscher und schwedischer Manager multinationaler Konzerne der Metall- und Elektroindustrie im Südafrika der 1970er und 1980er Jahre vergleichend untersucht. Wie gestalteten sie ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse, wie nahmen sie den Rassismus im Alltag und in den von ihnen geleiteten Werken wahr? Wie wurde auf die wachsende Kritik an einem ökonomischen Engagement in Südafrika von den Beteiligten reagiert? Hierzu werden die Literatur ausgewertet sowie Firmenarchive aufgesucht. Geplant ist auch, Interviews mit ehemaligen Managern zu führen. Potentielle Gesprächspartner werden derzeit identifiziert und angeschrieben. Das Projekt leistet einen Beitrag zur historischen Fundierung der aktuellen Diskussion über die Bedeutung von Verhaltensnormen für multinationale Unternehmen in Staaten mit autoritär geprägter Arbeitsverfassung. Erste Ergebnisse wurden in Schweden vorgestellt.

- Westdeutsche Pfarrerinnen und Pfarrer im Land der Apartheid. Wahrnehmungen, Erfahrungen und Reaktionen im südlichen Afrika von den 1970er bis zu den 1990er Jahren
(Bearbeiter: Sebastian Justke, M.A.)

Das Projekt wird seit Mai 2013 von der DFG gefördert. Im Fokus der Promotionsarbeit stehen die Wahrnehmungen, Erfahrungen und Reaktionen westdeutscher Geistlicher, die während der 1970er und 1980er Jahre von der EKD in deutschsprachige Auslandsgemeinden in Namibia und Südafrika entsandt wurden. Nach einem zwischen sechs und zwölf Jahre andauernden Auslandsdienst kehrten die Pfarrer in die Bundesrepublik Deutschland zurück. Daher ist nicht allein der Umgang dieser Akteure mit dem Apartheidssystem vor Ort von Interesse, sondern auch ihre Reaktionen nach der Rückkehr. Engagierten sie sich in ihren Gemeinden oder in Initiativen für oder gegen das Apartheidregime? Kam es zu grenzüberschreitenden Kontakten, etwa in Form von Partnerschaften auf Gemeindeebene? Das Projekt nimmt Entwicklungen in der westdeutschen, namibischen und südafrikanischen Zeitgeschichte parallel in den Blick und sucht im Sinne einer »Geschichte der Relationen« und »Mikrogeschichte des Globalen« auf lokalen Ebenen nach den Verflechtungen zwischen diesen Ländern.

Erste Ergebnisse wurden auf einer internationalen Konferenz im März 2014 vorgestellt. Mehrwöchige Aufenthalte im Evangelischen Zentralarchiv und im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin haben die Quellenbasis der Arbeit weiter gesichert. Nach einem ersten Besuch kirchlicher Archive in Namibia im Herbst 2013 wurde ein mehrmonatiger Archivaufenthalt in Südafrika für Frühjahr 2015 vorbereitet.

- Ärzte in der anti-atomaren Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre. Die deutsche Sektion der IPPNW
(Bearbeiterin: Dr. Claudia Kemper)

Im Mittelpunkt des Projekts steht die anti-atomare Friedens-Ärzte-Organisation »International Physicians for the Prevention

c) Jüngere und jüngste Zeitgeschichte

- Erinnerungen eines sozialen Milieus und lokale gewerkschaftliche Erfahrungsräume. Lebensgeschichtliche Interviews mit gewerkschaftspolitischen Akteuren in ausgewählten Regionen der Bundesrepublik Deutschland
- Apartheid im »Strukturbruch«. Wahrnehmungen und Praktiken schwedischer und bundesdeutscher Manager im Südafrika der 1970er und 1980er Jahre
- Westdeutsche Pfarrerinnen und Pfarrer im Land der Apartheid. Wahrnehmungen, Erfahrungen und Reaktionen im südlichen Afrika von den 1970er bis zu den 1990er Jahren
- Ärzte in der anti-atomaren Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre. Die deutsche Sektion der IPPNW

of Nuclear War« (IPPNW) während der ersten Hälfte der 1980er Jahre. Am Beispiel der westdeutschen Sektion werden zum einen Organisationsaufbau und Professionalisierung der IPPNW untersucht. Zum anderen bietet das Engagement der Ärzte tiefere Einblicke in standesinterne und gesellschaftspolitische Debatten während einer international angespannten Situation. Auf diese Weise trägt die Untersuchung der IPPNW nicht nur zur Geschichte der Friedensbewegung bei, sondern auch zur Historisierung der Bundesrepublik aus transnationaler Perspektive.

Das Habilitations-Projekt wurde seit Mai 2010 von der DFG gefördert; zwischenfinanziert durch Stipendien für Archivrecherchen. Im März 2014 wurde das Projekt beendet und kurz danach das Manuskript zur Monografie vorgelegt, das als Habilitationsschrift bei der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg eingereicht wurde.

- Badlands oder die moralische Ökonomie der Wohlstandsgesellschaft. Urbane Marginalität in Westdeutschland und Frankreich, 1950–1990
(Bearbeiterin: Dr. Christiane Reinecke)

In den westeuropäischen Nachkriegsgesellschaften war die Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit auf vielfältige Weise mit urbanen Entwicklungen verknüpft: Zum einen, weil Stadtplanungs- und Wohnungspolitiken neue Formen der Benachteiligung und Privilegierung mit sich brachten. Zum anderen, weil urbane Problemzonen wie Lager, innerstädtische Sanierungsquartiere und Großsiedlungen wichtige Schauplätze der Beobachtung sozialer Benachteiligung waren. Dementsprechend befasst sich das Projekt mit der Geschichte der Problematisierung von urbaner Marginalisierung und Segregation. Es geht der Frage nach, welche Räume jeweils als *urban badlands* galten, welche Praktiken mit dieser Beschreibung einher gingen bzw. überhaupt zur Herstellung dieser sozialen Räume führten – und wie sich wissenschaftliche Expertise, mediale Berichterstattung und lokale Strategien dabei

zueinander verhielten. Den »Metamorphosen der sozialen Frage« (Castel) folgt die Analyse aus einer transnationalen Perspektive, ausgehend vom westdeutschen und französischen Beispiel.

Die Recherchen in Frankreich und Deutschland sind in weiten Teilen abgeschlossen. Unterbrochen von gezielten Nachrecherchen soll mit der Ausarbeitung des Textes, mit der 2014 begonnen wurde, 2015 fortgeföhren werden.

- Medien-Intellektuelle. Intellektuelle Positionen und mediale Netzwerke in der Bundesrepublik (1949–1990)
(Bearbeiter: Prof. Dr. Axel Schildt)

Das Projekt einer Zeitgeschichte der Intellektuellen im Schnittpunkt von *Intellectual History* und Mediengeschichte verbindet die Untersuchung zentraler Stränge intellektueller Positionen mit einer Analyse von Intellektuellen-Netzwerken in und zwischen Medien und zielt vor allem auf die medial gesteuerten Vermittlungsprozesse intellektueller Positionen. Die Recherchen sind mittlerweile abgeschlossen worden. In mehr als zwei Dutzend Archiven wurden ca. 100 Nachlässe von Intellektuellen gesichtet, dazu Bestände von Zeitschriften- und Zeitungsredaktionen sowie Verlagen. Mittlerweile ist die erste Hälfte der Niederschrift abgeschlossen.

Das Projekt wurde bis September 2013 gefördert im Rahmen der Förderinitiative PRO GEISTESWISSENSCHAFTEN / Opus magnum der VolkswagenStiftung und der Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung.

c) Jüngere und jüngste Zeitgeschichte

- Badlands oder die moralische Ökonomie der Wohlstandsgesellschaft. Urbane Marginalität in Westdeutschland und Frankreich, 1950–1990
- Medien-Intellektuelle. Intellektuelle Positionen und mediale Netzwerke in der Bundesrepublik (1949–1990)

- Jugendliche Freizeiträume und der Wandel staatlicher Jugendpolitik. Die Jugendzentrumsbewegung und kommunalpolitische Konflikte um selbstverwaltete Jugendzentren in der Bundesrepublik der 1970er Jahre

(Bearbeiter: David Templin, M.A.)

Dank eines Stipendiums der FAZIT-Stiftung konnte das Projekt, das die Jugendzentrumsbewegung der 1970er und frühen 1980er Jahre sowie die kommunalpolitischen Auseinandersetzungen um die Einrichtung selbstverwalteter Jugendzentren in Westdeutschland untersucht, im Herbst 2014 erfolgreich abgeschlossen werden. Die damit verbundene Dissertation wurde im Oktober 2014 an der Fakultät für Geisteswissenschaften der Universität Hamburg eingereicht. Teilergebnisse des Projekts wurden in Form mehrerer Aufsätze publiziert sowie in Vorträgen der wissenschaftlichen Öffentlichkeit präsentiert.

Neben diesen oben aufgeführten Projekten zu den drei Forschungsschwerpunkten gibt es an der FZH immer wieder Arbeitsvorhaben, die Grenzen politischer Regime bewusst überschreiten. Diese Untersuchungen konzentrieren sich auf längerfristige Entwicklungen und Veränderungen im 20. Jahrhundert. Eine solche »Jahrhundertperspektive« erlaubt es, vermeintliche Epochengrenzen zu problematisieren und auf unerwartete Kontinuitäten oder scheinbare Brüche genauso hinzuweisen wie auf tatsächliche Zäsuren und Veränderungen im Laufe des »langen 20. Jahrhunderts«.

- In die Schweiz gehen. Lebensgeschichtliche Selbst- und Vergangenheitsnarrationen deutscher und österreichischer Arbeitsmigrantinnen in der Schweiz (1918 bis 1965)

(Bearbeiterin: Andrea Althaus, M.A.)

Das seit Oktober 2013 an der FZH angesiedelte Dissertationsprojekt (betreut von: Prof. Dr. Sylvia Paletschek, Universität Freiburg, und Prof. Dr. Dorothee Wierling) untersucht ausgehend

von lebensgeschichtlichen Interviews und autobiografischen Aufzeichnungen die weibliche Arbeitsmigration aus Deutschland und Österreich in die Schweiz von den 1920er bis in die 1960er Jahre. Die Erzähltexte werden nicht nur in ihrer narrativen Strukturierung erfasst, sondern auch kontextuell verortet. 2014 stand ganz im Zeichen der Aufarbeitung der strukturellen Rahmenbedingungen und Regulative der Wanderungsbewegung. Die in staatlichen Archiven, zeithistorischen und themenbezogenen Sammlungen (u. a. im FZH-Archiv) zahlreich gefundenen Archivquellen wurden ausgewertet und die Ergebnisse verschriftlicht. Dabei ist ein 80seitiges Hauptkapitel entstanden, das verschiedene Phasen des umfangreichen Untersuchungszeitraums hervorhebt und den Blick auf Kontinuitäten und Veränderungen lenkt. In dem Kapitel werden zentrale Akteure und Akteurinnen, Organisationen und Behörden vorgestellt, ökonomische und rechtliche Entwicklungen erörtert sowie gesellschaftliche und politische Ordnungsstrukturen und Diskurslinien nachgezeichnet.

Das Projekt befindet sich in der Phase der Niederschrift und soll Ende 2015 abgeschlossen werden.

- Walter und Moshe Wolff. Das eigene Leben erzählen. Geschichte und Biografie von Hamburger Juden aus zwei Generationen (Bearbeiterin: Dr. Linde Apel)

Im Juni 2014 erschien im Wallstein Verlag der von Linde Apel mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte, dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden und dem Verein für Hamburgische Geschichte gemeinsam herausgegebene Band »Walter und Moshe Wolff. Das eigene Leben erzählen. Geschichte und Biografie von Hamburger Juden aus zwei Generationen«. Im gleichen Monat wurde das Buch in Anwesenheit von zehn Mitgliedern der Familie Wolff aus Israel, USA und Spanien der Öffentlichkeit vorgestellt. Die gut besuchte Veranstaltung wurde aufgezeichnet und kann auf der Medienplattform *lecture2go* der Universität Hamburg angesehen werden. Das Projekt ist damit abgeschlossen.

c) Jüngere und jüngste Zeitgeschichte

- Jugendliche Freizeiträume und der Wandel staatlicher Jugendpolitik. Die Jugendzentrumsbewegung und kommunalpolitische Konflikte um selbstverwaltete Jugendzentren in der Bundesrepublik der 1970er Jahre
- In die Schweiz gehen. Lebensgeschichtliche Selbst- und Vergangenheitsnarrationen deutscher und österreichischer Arbeitsmigrantinnen in der Schweiz (1918 bis 1965)
- Walter und Moshe Wolff. Das eigene Leben erzählen. Geschichte und Biografie von Hamburger Juden aus zwei Generationen

- Kaffee-Welten. Handel, Verarbeitung und Konsum von Kaffee im norddeutschen Raum im 20. Jahrhundert
(Bearbeiterinnen: Prof. Dr. Dorothee Wierling, Dr. Christiane Berth, Dr. Monika Sigmund)

Das von der DFG und der Stiftung Aufarbeitung geförderte Projekt ist abgeschlossen. Das Buchmanuskript zum Teilprojekt 1 (Hamburger Handel, Dorothee Wierling) wurde im Rahmen der Gastprofessur am DHI London in einer ersten Fassung fertiggestellt; das als Dissertation bearbeitete Teilprojekt 2 (Hamburg-Lateinamerika, Christiane Berth) ist 2014 unter dem Titel »Biografien und Netzwerke im Kaffeehandel zwischen Deutschland und Zentralamerika, 1920 – 1959« bei Hamburg University Press erschienen; die Dissertation von Monika Sigmund (Teilprojekt 3, deutsch-deutscher Kaffeekonsum) ist unter dem Titel: »Konsum als Politikum« 2014 beim Oldenbourg-Verlag in München in der Reihe des Instituts für Zeitgeschichte erschienen. Der Konferenzband zur Tagung vom Dezember 2012 über die moderne Geschichte des Kaffees ist Anfang 2015 unter dem Titel: »Kaffee-Welten. Historische Perspektiven auf eine globale Ware im 20. Jahrhundert« (hg. Von Christiane Berth, Dorothee Wierling, Volker Wunderich) bei V & R unipress erschienen.

DRITTMITTEL 2014

Für die laufenden Forschungsprojekte an der FZH wurden 2014 insgesamt 298.523 Euro an Drittmitteln zur Verfügung gestellt. Der Anteil an diesen Forschungsgeldern belief sich für die Deutsche Forschungsgemeinschaft auf 232.936 Euro, für die Hans-Böckler-Stiftung auf 18.000 Euro, für die Senatskanzlei Hamburg auf 8.000 Euro, für die Max Weber Stiftung auf 31.587 Euro und für das Goethe-Institut Moskau auf 8.000 Euro. Die von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Tagungen »A European Youth Revolt 1980 / 81« und »Den Protest regieren« wurden erfolgreich durchgeführt. Für die Senatskanzlei Hamburg erstellte die FZH eine

Expertise zum Thema »Ehrenbürgerschaften«. Die Drittmittel der Max Weber Stiftung werden im Jahr 2015 für Personalausgaben verwendet. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft finanziert unsere langfristig angelegten Projekte »Westdeutsche und west-europäische Reaktionen auf das Apartheidsystem in Südafrika« und »Die Beschlagnahmung, Rücknahme, Abwicklung und Übertragung des ehemaligen NS- und Reichsvermögens 1945 – 1970 in Hamburg«. Das Goethe-Institut Moskau fördert ein für 2015 geplantes Symposium zur Leningrader Blockade. Das Projekt »Ärzte in der anti-atomaren Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre. Die deutsche Sektion der IPPNW« konnte 2014 erfolgreich abgeschlossen werden. Wir danken allen Förderern für ihre Unterstützung, ohne die wir unser Forschungsprogramm nicht angemessen realisieren könnten.

3. VORTRÄGE / TAGUNGEN / VERANSTALTUNGEN 2014

VORTRAGSREIHEN

- **»ARBEIT IST DAS HALBE LEBEN«. NEUERE FORSCHUNGEN ZUM WANDEL DER ARBEITSWELTEN**

(Fortsetzung aus dem Wintersemester 2013/14)

9.1.2014

Julia Paulus (Münster): Problemgruppe »Frau«: Geschlechtsspezifische Sichtweisen auf Berufsausbildung und Arbeitsmarkt in historischer Perspektive

16.1.2014

Ingo Köhler (Göttingen): Belohnt, beraten, beschimpft. Arbeitswelten deutscher Manager nach dem »Wirtschaftswunder«

- **Kaffee-Welten. Handel, Verarbeitung und Konsum von Kaffee im norddeutschen Raum im 20. Jahrhundert**

Drittmittel 2014

Vortragsreihen:

- **Arbeit ist das halbe Leben«. Neuere Forschungen zum Wandel der Arbeitswelten**

23.1.2014

Jörg Neuheiser (Tübingen): Gab es einen Wertewandel in der Arbeitswelt? Der Streit um den »Verfall des Arbeitsethos« und die betriebliche Wirklichkeit in den 1970er Jahren

6.2.2014

Janine Schemmer (Udine): Die interessantere Zeit? Erzählungen ehemaliger Hamburger Hafentarbeiter zum Wandel der Arbeitswelt Hafen

■ **1914 – 2014: NEUE FORSCHUNGEN ZUM ERSTEN WELTKRIEG**

Eine gemeinsame Vortragsreihe der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) und des Historischen Seminars der Universität Hamburg (Sommersemester 2014)

3.4.2014

Alan Kramer (Dublin): Einführung in die neueste internationale Forschung zum Ersten Weltkrieg

10.4.2014

Rainer Nicolaysen (Hamburg): Die Fischer-Kontroverse aus biografischer Sicht. Fritz Fischer und seine Forschungen zum Ersten Weltkrieg

17.4.2014

Oliver Janz (Berlin): Der Erste Weltkrieg in globaler Perspektive: »1914 – 1918-online«

24.4.2014

Michael Epkenhans (Potsdam / Hamburg): »Je eher, desto besser«. Die militärische Führung und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914

- 1914–2014: Neue Forschungen zum Ersten Weltkrieg

8.5.2014

Bernd Wegner (Hamburg): »Erster Weltkrieg«, »Zweiter Dreißigjähriger Krieg« oder »letzter europäischer Krieg«? Der Große Krieg (1914–1923) im Kontext der Weltkriegepoche

15.5.2014

Jürgen Zimmerer (Hamburg): Der Erste Weltkrieg in Afrika

22.5.2014

Frank Golczewski (Hamburg): Der Erste Weltkrieg aus osteuropäischer Sicht

5.6.2014

Henner Fürtig (Hamburg): »Stunde Null«: Erster Weltkrieg als »Geburtshelfer« des modernen Nahen Ostens

26.6.2014

Thomas F. Schneider (Osnabrück): »Endlich die Wahrheit über den Krieg!« Erich Maria Remarques »Im Westen nichts Neues« als Kulminationspunkt der Diskussion um den Ersten Weltkrieg in Literatur und Film in der Weimarer Republik

3.7.2014

Dorothee Wierling (Hamburg / London): Eine Familie deutet den Krieg. Die Briefe und Tagebücher von Lily, Heinrich und Otto Braun 1914–1918

10.7.2014

Barbara Christophe (Braunschweig): Der Erste Weltkrieg in Schulbüchern



■ **CROSSING BORDERS: AKTUELLE UND HISTORISCHE PERSPEKTIVEN AUF DIE VERWALTUNG UND KONTROLLE VON MIGRATION**

Eine gemeinsame Vortragsreihe der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) und des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS)

30.10.2014

Marcel Berlinghoff (Osnabrück): Die Anwerbestopps der 1970er Jahre – eine frühe Europäisierung der Migrationspolitik?
Kommentar: Nikola Tietze (HIS), Moderation: Dorothee Wierling (FZH)

20.11.2014

Jochen Oltmer (Osnabrück): Volksdeutsche, Deutschstämmige, Aussiedler: Kontinuitäten und Brüche ethno-national motivierter Migrationspolitik.
Kommentar: Claudia Weber (HIS), Moderation: Christoph Strupp (FZH)

4.12.2014

Dörte Lerp (Köln): Grenzräume, territoriale Bevölkerungspolitiken und die Verwaltung von Differenz.
Kommentar: Vassilis S. Tsianos (Hamburg), Moderation: Nikola Tietze (HIS)

DIE REIHE WIRD 2015 FORTGESETZT:

8.1.2015

Michael Schubert (Paderborn): Migration und Illegalität in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert.
Kommentar: Marianne Pieper (Hamburg), Moderation: Claudia Weber (HIS)

22.1.2015

Sebastian Berg (Bochum): Multikulturalismus: Politisches Handeln in multiethnischen Gesellschaften und das Erbe der 1980er Jahre.
Kommentar: Christiane Reinecke (FZH), Moderation: Knud Andresen (FZH)

5.2.2015

Imke Sturm-Martin (Köln): Migrationsforschung, Geschichte, Politik – Zur Entwicklung eines Verhältnisses.
Kommentar: Kerstin Poehls (Hamburg), Moderation: Axel Schildt (FZH)

TAGUNGEN UND WORKSHOPS

■ SEAPORTS IN TRANSITION – GLOBAL CHANGE AND THE ROLE OF SEAPORTS IN THE 1950s

Internationale Konferenz, 13. – 15.3.2014, Universität Hamburg,
Veranstalter: FZH, gefördert von der Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg

Donnerstag, 13.3.2014:

Keynote Address: Michael B. Miller (Miami): Ports in the Global Ages, Hamburg Museum

Freitag, 14.3.2014:

Welcome: Axel Schildt (Hamburg); Opening Remarks: Christoph Strupp (Hamburg)

PANEL 1: The Changing Relationship of Ports and Port Cities I

Chair/Comment: Dirk Schubert (Hamburg) ■ Alice Mah (Coventry):
Reconstructing Port Identities: The Political Economy of Waterfront Development (Liverpool, Marseilles and New Orleans)

PANEL 2: The Changing Relationship of Ports and Port Cities II

Chair/Comment: Carola Hein (Bryn Mawr) ■ Grzegorz Skrukwa (Poznań): The Image of the Odessa Seaport and the Transformation of Post-Soviet Ukraine ■ Janine Schemmer (Udine/Hamburg):

Vortragsreihen:

- **Crossing Borders: Aktuelle und historische Perspektiven auf die Verwaltung und Kontrolle von Migration**
Tagungen und Workshops
- **Seaports in Transition – Global Change and the Role of Seaports in the 1950s**



Die internationale Konferenz
»Seaports in Transition«

• Foto: FZH

Silent Revolution. Individual Memories and Official Representations of the Transformation of Dock Work in the Port of Hamburg

PANEL 3: Ports and External Political and Economic Influences I

Chair / Comment: Dorothee Wierling (Hamburg/London) ■ Christoph Strupp (Hamburg): »Victim No. 2 of the Cold War?« Port and Politics in Hamburg in the 1950s and 1960s ■ Dirk M. Koppenol (Rotterdam): Resisting Port Expansion. The Case of the Port of Rotterdam (1980s–2000s)

PANEL 4: Presentation of the Vilport Research Project

Chair / Comment: Christiane Reinecke (Hamburg) ■ Béatrice Touchelay (Lille) / Pierre Tilly (Louvain): Vilport – a Project and its Results: A New Configuration of Relations between Port and Hinterland in the North West of Europe since the 1950s (Project with Jean-François Eck [Lille])

Sonnabend, 15.3.2014:

PANEL 5: Ports and External Political and Economic Influences II

Chair / Comment: Alexander Nützenadel (Berlin) ■ Ingo Heidbrink (Norfolk, VA): The Cod Wars and Related Changes in Major Fishing Ports (1885–2000) ■ Jiyoung Park (Buffalo, NY): The Impact of the Widening of the Panama Canal Expansion on U.S. Ports (Project with Harry W. Richardson, [Los Angeles, CA])

PANEL 6: Ports and Transportation: The Rise of a »Dangerous Box«

Chair / Comment: Niels Wiecker (Hamburg) ■ Catarina Caetano da Rosa (Darmstadt): Revolution, Change or Setback? The Seaport of Lisbon and the Introduction of the Container ■ Daniel Castillo Hidalgo / Miguel Suárez Bosa (Gran Canaria): Container Traffics and Changes on the Labour Organization at the Port of Las Palmas (1960–2007)

PANEL 7: Asia: Ports and the Challenges of a Global Economy

Chair / Comment: Martina Heßler (Hamburg) ■ Hemalata C. Daneekar (San Luis Obispo, CA) / Sulakshana Mahajan (Mumbai): Mumbai Port and Mumbai City. A Relationship in Transition in the Global Economy ■ Megan M. Campell (Leipzig): The Changing Roles of Mumbai Ports in Light of State Rescaling and Special Economic Zone Projects ■ Chi-Kong Lai (Brisbane): Managerial Problems of Wharfs

in a Modern Seaport: A Case Study of Kin Lee Yuen Dock in Modern Shanghai ■ Concluding discussion

■ **A EUROPEAN YOUTH REVOLT 1980/81? EUROPEAN PERSPECTIVES OF YOUTH PROTEST AND SOCIAL MOVEMENTS**

Tagung, 15. – 17.5.2014, International Institute of Social History, Amsterdam, Veranstalter: FZH, Institut für Soziale Bewegungen (Bochum), Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (Amsterdam), gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung

Donnerstag, 15.5.2014:

Opening Remarks: Marcel van der Linden (Amsterdam), Stefan Berger (Bochum), Michaela Kuhnhenne (Düsseldorf) ■ Introduction: Knud Andresen (Hamburg), Bart van der Steen (Leiden) ■ Keynote Adress: Sebastian Haunss (Bremen): Unrest or Social Movement? Some Conceptual Clarifications

PANEL 1: Youth Unrest in Consensus Democracies

Chair: Bart van der Steen (Leiden) ■ Linus Owen (Middlebury): Activism and Travel Networks ■ Robert Foltin (Vienna): March 1st 1981 in Vienna: A Strange Demonstration ■ Adrienne Sörbom / Jan Jämte (Stockholm): Autonomous Movement and Antifa in Denmark

Freitag, 16.5.2014:

PANEL 2: Youth unrest in East- and South Europe

Chair: Lex Heerma van Voss (Den Haag) ■ Oskar Mulej (Budapest): Punk in Slovenia and Yugoslavia ■ Nikolaus Papadogiannis (Berlin): The Party is Over? Youth Protest in Greece »around 1980« ■ Grzegorz Pietrowski (Stockholm): The Jarocin Rock Festival in Poland (1980–1986)

PANEL 3: Youth in postcolonial Societies

Chair: Anna Tijsseling (Leiden) ■ Didier Chabanet (Lyon): The French Republic »One and Indivisible« Challenge to the Suburbs: The Turning Point of the 1980s ■ Almuth Ebke (Mannheim): »Bloody Brixton«. Placing the Riots of 1980/81 in British Post-Imperial History

- **A European Youth Revolt 1980/81? European Perspectives of Youth Protest and Social Movements**

PANEL 4: Spaces in Youth Movement

Chair: Pepijn Brandon (Amsterdam) ■ David Templin (Hamburg): Youth Center Initiatives in the »Young Revolt« of 1980/81 ■ Jan-Hendrik Friedrichs (Berlin): Revolt or Transgression? Squatted Houses and the Heroin Scene as Spaces of Transgressive Youth in the Early 1980s ■ Aline Maldener (Saarbrücken): To have or have not – The 1981 Youth Revolt in Germany and Great Britain as Point of Culmination in a Youth-centered 1960s and 1970s Consumer Culture

PANEL 5: Reactions in Politics and Media

Chair: Stefan Berger (Bochum) ■ Jake Smith (Chicago): From Apathy to Subversion: Envisioning European Youth Movements, 1980–87 ■ Jan Hansen (Berlin): Defining Political Dissidence: How did the »Establishment« react to Extra-Parliamentary Protest? ■ Freia Anders (Mainz) / Alexander Sedlmair (Bangor): Debates, Definitions, Developments: Comparative Perspectives on Squatting in the Early 1980s

Sonnabend, 17.5.2014:

PANEL 6: Beyond Youth Revolts

Chair: Pepijn Brandon (Amsterdam) ■ Dario Fazzi (Middelburg): A Global, Western Concern. The Transatlantic and Environmental Dimension of the European Youth Revolts of the Early Eighties. ■ Monika Baår (Groningen): The European »Disability Revolts« of 1981: How were they related to the Youth Movement?

PANEL 7: Youth and Radical Politics

Chair: Sebastian Haunss (Bremen) ■ Joachim Häberlen (Warwick): Between Autonomous Youth Centers and Free Sight on the Mediterranean Sea: The Politics of Subjectivity in the Youth Revolts of 1980/81 ■ Mathew Worley (Reading): Punk and Politics: The British Experience ■ Final Discussion

■ **DEN PROTEST REGIEREN. STAATLICHES HANDELN, »NEUE SOZIALE BEWEGUNGEN« UND LINKE ORGANISATIONEN IN DEN 1970er UND 1980er JAHREN**

Tagung, 6./7.11.2014, FZH, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung
Donnerstag, 6.11.2014: ■ Begrüßung: Axel Schildt (Hamburg) ■
Einleitung: Alexandra Jaeger (Hamburg)/Julia Kleinschmidt (Göttingen)/David Templin (Hamburg) ■ Einführungsvortrag: Michael Ruck (Flensburg): Alte Ziele, neue Methoden – Verwaltung zwischen gouvernementalem Modernisierungsstreben und zivilgesellschaftlichem Partizipationsverlangen

PANEL 1: Alternative Räume

Uwe Sonnenberg (Potsdam): Linker Buchhandel und der »Gemeinschaftsfrieden« in den 1970er Jahren ■ David Templin (Hamburg): »Haschhöhle« oder »Modellprojekt«? Zum Umgang westdeutscher Kommunen mit Protesten für selbstverwaltete Jugendzentren ■
Kommentar: Silke Mende (Tübingen)

PANEL 2: Antirassismus und Antifaschismus

Jakob Warnecke (Potsdam): Bewegung, Gegenbewegung, Staat. Antifa in der Bundesrepublik und der DDR in den 1980er Jahren ■
Julia Kleinschmidt (Göttingen): »Den Menschen hinter der Akte sehen«. Proteste gegen das Asylverfahren und die Manifestation einer alternativen Flüchtlingsarbeit ■
Kommentar: Petra Terhoeven (Göttingen)

Öffentlicher Abendvortrag: Klaus Weinbauer (Bielefeld): Lokaler Protest und zentraler Staat? Polizei und urbane Unruhen der späten 1960er und frühen 1980er Jahre ■
Moderation: Knud Andresen (Hamburg)

Freitag, 7.11.2014:

PANEL 3: Anti-Atom-Proteste und Friedensbewegung

Janine Gaumer (Jena): »WAAhnsinn« im Reich der CSU: Staatliche Strategien um die atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf 1980–1990 ■ Dolores Augustine (New York): Wyhl, Brokdorf, Seabrook: Landesregierungen verteidigen den AKW-Bau ■
Martin Diebel: »Civil defence is common sense«. Friedensbewegung, Staat

Tagungen und Workshops

- **Den Protest regieren. Staatliches Handeln, »neue soziale Bewegungen« und linke Organisationen in den 1970er und 1980er Jahren**



Öffentlicher Abendvortrag »Lokaler Protest und zentraler Staat?« • Foto: FZH

und atomare Bedrohung in der Bundesrepublik und Großbritannien, 1970–1986 ■ Kommentar: Claudia Kemper (Hamburg)

PANEL 4: Grundrechte

Alexandra Jaeger (Hamburg): »Auch Marx ist Deutschland«. Aus-handlungsprozesse nach dem Radikalenbeschluss von 1972 ■

Marie Schenk (Hamburg): Offene Türen im Jahre 1984? Zum Verbot von Sterilisationsempfehlungen in Hamburg ■ Kommentar: Hannah Ahlheim (Göttingen / Berlin)

PANEL 5: Stadtplanung und Bürgerbeteiligung

Bianca Achilles (Aachen): »Wir sind doch nicht in Schilda« – Die Auslegung des Städtebauförderungsgesetzes in Hamburg-Ottensen zu Beginn der 1970er Jahre ■ Kim Förster / Cornelia Escher (Zürich):

Zur Planung und Realisierung des Görlitzer Parks in Berlin. Eine öko-topische Insel in SO 36 ■ Kommentar: Sabine Mecking (Duisburg)

Abschlussdiskussion ■ Abschlusskommentar: Detlef Siegfried (Kopenhagen) ■ Moderation: Bernd Weisbrod (Berlin)

WEITERE ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNGEN

7.1.2014

Ulrich Prehn: Max Hildebert Boehm. Radikales Ordnungsdenken vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik, Buchpräsentation und szenische Lesung: »Ein kluger SS-Mann würde sagen ...« Debatten und Expertisen zur deutschen Bevölkerungs- und Vernichtungspolitik, FZH

12.2.2014

Christoph Marx: Zur Geschichte der Apartheid, Vortrag, W3 – Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V., in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg und der Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V.

18.2.2014

Lu Seegers: »Vati blieb im Krieg«. Deutungen und Erfahrungen von vaterlosen »Kriegskindern« in Deutschland und Polen, Buchpräsentation und Zeitzeugengespräch, FZH

4.4.2014

Ziele und Zufälle. Gründe für den Ersten Weltkrieg, Podiumsdiskussion, FZH, Moderation: Axel Schildt (Hamburg), Teilnehmer: Alan Kramer (Dublin), Ulrich Pfeil (Metz), Klaus Wernecke (Lüneburg)

23.5.2014

Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Buchpräsentation und Gespräch mit Axel Schildt, FZH

27.5.2014

Gesa Trojan: Das Lager im Dorf lassen: Das KZ-Neuengamme in der lokalen Erinnerung, Buchpräsentation und Gespräch mit Ulrike Jureit (Hamburger Institut für Sozialforschung) und Thomas Käpernick (Arbeitsgemeinschaft Neuengamme), FZH, in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e. V.

19.6.2014

Linde Apel: Walter und Moshe Wolff: Das eigene Leben erzählen. Geschichte und Biografie von Hamburger Juden aus zwei Generationen. Ein religiös-zionistisches Leben in Hamburg, New York und Palästina / Israel in schriftlichen und fotografischen Selbstzeugnissen der Familie Wolff, Buchpräsentation, Lesung und Gespräch, FZH, in Kooperation mit dem Verein für Hamburgische Geschichte und dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ)

9.10.2014

Christiane Berth: Biografien und Netzwerke im Kaffeehandel zwischen Deutschland und Zentralamerika 1920–1959, Buchpräsentation und Gespräch mit Dorothee Wierling, FZH

23.10.2014

Philipp Ther: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent – Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Buchpräsentation und Gespräch mit Axel Schildt, FZH

Weitere öffentliche Veranstaltungen



*Podiumsdiskussion
»Ziele und Zufälle«
• Foto: FZH*



*Buchpräsentation
mit Ulrich Herbert
und Axel Schildt
• Foto: FZH*



*Buchpräsentation
mit Moshe Wolff
• Foto: FZH*

27.11.2014

Martina Heßler / Christian Kehrt: Die Hamburger Sturmflut von 1962, Buchpräsentation, FZH

4. KOOPERATIONSBEZIEHUNGEN

Mit der Universität Hamburg ist die FZH satzungsgemäß verbunden: Der Direktor / die Direktorin der FZH ist zugleich Professor / Professorin für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH erbringen in jedem Semester mindestens vier Semesterwochenstunden Lehre am Historischen Seminar.

Die Universität ist durch zwei Mitglieder im Wissenschaftlichen Beirat der FZH repräsentiert, ein Vertreter der Universität ist Mitglied im Kuratorium.

SONSTIGE INSTITUTIONELLE KOOPERATIONSBEZIEHUNGEN:

a) MITGLIEDSCHAFT IN VEREINIGUNGEN VON HISTORIKERINNEN UND HISTORIKERN

- Vorstandsmitglied des Vereins für Hamburgische Geschichte (Linde Apel)
- Sprecherin des Arbeitskreises Historische Friedensforschung (AKHF) (Claudia Kemper)
- Arbeitskreis Geschichte + Theorie (Christiane Reinecke)
- DFG gefördertes Nachwuchswissenschaftler(innen)-Netzwerk »Population, Knowledge, Order, Change: Demography and Politics in the Twentieth Century in Global Perspective« (Christiane Reinecke)
- Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte (Axel Schildt)

- Vorsitzender des Fachkollegiums Geschichtswissenschaft der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Axel Schildt)
- Arbeitskreis Hamburger Archive (Angelika Voß-Louis)

b) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN ZEITHISTORISCHER INSTITUTE UND ANDERER EINRICHTUNGEN

- Akademie der Wissenschaften in Hamburg (Axel Schildt)
- Zeitgeschichtlicher Arbeitskreis Niedersachsen, Göttingen (Axel Schildt)
- Wissenschaftlicher Beirat des Instituts für Juristische Zeitgeschichte an der Fernuniversität Hagen (Axel Schildt)
- Mitglied des Beirats und Leiterin der Arbeitsgruppe Geschichte der Schaumburger Landschaft e. V. (Lu Seegers)
- Erster Vorsitzender des Vereins »Galerie Morgenland«/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel (Joachim Szodrzynski)
- Stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des Zentrums für Zeithistorische Forschungen, Potsdam (Dorothee Wierling)
- Board der German Studies Association (Dorothee Wierling)

c) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN ÖFFENTLICHER EINRICHTUNGEN

- Sprecher des altstipendiatischen Netzwerkes Geschichte der Hans-Böckler-Stiftung (Knud Andresen)
- Beirat des Projekts »Gewerkschafter/-innen als Akteure der Zeitgeschichte« der Friedrich-Ebert- und der Hans-Böckler-Stiftung (Linde Apel)
- Expertenrunde Ehemaliger Hannoverscher Bahnhof (Linde Apel)
- Beirat der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Axel Schildt)
- Wissenschaftlicher Beirat der Forschungsstelle Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland (Axel Schildt)
- Mitglied im Vorstand der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (Axel Schildt)

a) Mitgliedschaft in Vereinigungen von Historikerinnen und Historikern

b) Mitgliedschaft in Gremien zeithistorischer Institute und anderer Einrichtungen

c) Mitgliedschaft in Gremien öffentlicher Einrichtungen

- Gewähltes externes Mitglied des Senatsausschusses Wettbewerb der Leibniz-Gemeinschaft (Axel Schildt)
- Beirat der Stiftung Historische Museen Hamburg (Axel Schildt)
- Beirat für die Entschädigung ehemaliger Heimkinder bei der Hamburger Behörde für Soziales (Dorothee Wierling)
- Expertenrat der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz zum Entwurf eines deutsch-polnischen Schulbuchs (Dorothee Wierling)
- European Research Council (ERC) Panel: The Study of the Human Past, Advanced Grants Evaluation (Dorothee Wierling)

d) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN PRIVATER STIFTUNGEN

- Kuratorium für den Max-Brauer-Preis der Toepfer-Stiftung F.V.S (Linde Apel)
- Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung (Axel Schildt)
- Auswahlgremium für die Vergabe von Archivstipendien der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. (Axel Schildt)
- Wissenschaftlicher Beirat des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten (Axel Schildt, Dorothee Wierling)
- Zentraljury des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten (Axel Schildt, Dorothee Wierling)

e) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN HISTORISCHER BZW. ZEIT-
GESCHICHTLICHER ZEITSCHRIFTEN UND BUCHREIHEN

- Herausgeberkreis und Redaktion der Informationen zur modernen Stadtgeschichte (Axel Schildt)
- Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History (Axel Schildt)
- Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift Hamburger Wirtschafts-Chronik. Neue Folge (Axel Schildt)

- Wissenschaftlicher Beirat der Helmut und Loki Schmidt Stiftung zur Herausgabe von Schriften über Helmut und Loki Schmidt (Axel Schildt)
- Herausgeberkreis und Redaktion der Zeitschrift WerkstattGeschichte (Dorothee Wierling)
- Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift Historische Anthropologie (Dorothee Wierling)
- Herausgeberkreis der Reihe Selbstzeugnisse der Neuzeit beim Verlag Böhlau (Dorothee Wierling)
- Advisory Board of H-German (Dorothee Wierling)
- Editorial Board der Zeitschrift History and Memory (Dorothee Wierling)
- Mitglied des Board of Editors der Publikationsreihe Spektrum: Publications of the German Studies Association (Dorothee Wierling)

d) Mitgliedschaft in Gremien privater Stiftungen

e) Mitgliedschaft in Gremien historischer bzw. zeitgeschichtlicher Zeitschriften und Buchreihen

5. BIBLIOTHEK

Der Gesamtbestand der Bibliothek erhöhte sich 2014 durch die Aufnahme von 1.834 neuer Titel auf 93.278. In diesem Jahr haben wir 5.796 Ausleihvorgänge gezählt (2013: 5.593). Der Hauptanteil der Bibliotheksnutzer sind Studierende der Universität, in steigendem Maße aber auch Schüler und Schülergruppen, Wissenschaftler und die großen Hamburger Medien, wie DER SPIEGEL, DIE ZEIT, GEO, STERN. Für unsere Nutzer haben wir nach 10.136 Titeln recherchiert und die Ergebnisse für Auskünfte verwendet. Im Juli wurde ein Buchscanner bereitgestellt, den unsere Nutzer schnell stark nachfragten: In den sechs Monaten seines Betriebes wurden 33.678 Scans gefertigt.

Neben regulären Erwerbungen aus dem Buchhandel sind Schenkungen, Vor- und Nachlässe sowie Belegexemplare eine wesentliche Quelle für Zugänge. Die hohe Anzahl von Neuerscheinungen

anlässlich des 100. Jahrestags des Beginns des Ersten Weltkriegs spiegelte sich auch als ein Schwerpunkt bei unseren Zukäufen wider. Kleinere, breiter angelegte Schenkungen kamen von Hans-Günter Löwe, einem zeithistorisch interessierten Pensionär, Jörg Petersen, einem Historiker aus einem Stadtteilarchiv, unserem früheren Mitarbeiter Günther Scharnberg sowie vom Deutschen Jugendherbergswerk in Hamburg. In diesem Jahr wurden vor allem Periodika aus dem Bestand des als Online-Präsentation geplanten Deutschen Pressemuseums übernommen, darunter Super-Illu, DJV-Journal, Welt der Literatur, Quick, Rundfunk und Fernsehen sowie diverse Mediengutachten.

In diesem Jahr wurden einige unserer wertvollen Titel an Ausstellungen verliehen. Für die Ausstellung »Angezettelt. Antisemitismus im Kleinformat« des Museums für Kommunikation in Frankfurt verliehen wir eine seltene Ausgabe der Zeitschrift »Mitteilungen des Syndicus des Centralvereins« aus dem Jahre 1920. An die Klassik-Stiftung Weimar und ihre Ausstellung »Krieg der Geister« gaben wir einen limitiert aufgelegten Band der Obersten Heeresleitung über Zensurmaßnahmen im Ersten Weltkrieg. Für beide Titel ist die FZH-Bibliothek Alleinbesitzer in Deutschland.

Im September wurde eine von der Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt angeregte Arbeitsgruppe zur qualitativen Verbesserung und Erweiterung der Magazinflächen der Bibliotheken von FZH und IGdJ eingesetzt. Sabine Estorff, Ulf Lange (beide von der Behörde für Wissenschaft und Forschung), Olaf Eigenbrodt (Staats- und Universitätsbibliothek), Susanne Küther (Institut für die Geschichte der deutschen Juden) und Karl Otto Schütt (FZH) erarbeiteten Vorschläge, um die Magazinsituation zu optimieren. Die Arbeitsgruppe wird 2015 erneut zusammenkommen.

Dorothee Mateika hat sich wesentlich mit den Schenkungen, Vor- und Nachlässen befasst, ist darüber hinaus mit allen Vorgängen in der Bibliothek vertraut. Seit Jahresbeginn ist Hartmut Finkeldey als Hilfskraft beschäftigt. Kristin Ameis hospitierte im Mai in der Bibliothek. Am 26. Mai stellte Karl Otto Schütt

Studierenden der Universität Hamburg im Rahmen ihres Seminars »Geschichte als Beruf« (ABK-Kurs im Arbeitsbereich Public History an der Uni Hamburg) die Tätigkeiten eines Bibliothekars vor.

6. ARCHIV

In diesem Jahr arbeiteten 61 (2013: 71) externe Nutzerinnen und Nutzer im FZH-Archiv. 151 Anfragen wurden beantwortet, davon mehr als 30 mit digitalisierten Mail-Anhängen von Dokumenten aus dem Archiv.

Das Gedenken an den Kriegsausbruch 1914 prägte maßgeblich die Aktivitäten im Archiv. So wurden uns in diesem Jahr auffallend viele private Nachlässe angeboten, die mit dem 1. Weltkrieg zu tun hatten. Die Präsenz des Themas in den Medien regte offenbar viele Menschen dazu an, für ihre Familienkorrespondenzen aus den Jahren 1914 bis 1918 eine dauerhafte, zugängliche Verwahrung zu suchen. So kamen mehrere umfangreiche Briefwechsel in das FZH-Archiv, die sogleich als neue Quellen für Vorträge und Publikationen genutzt werden konnten. Als weitere wichtige Entwicklung ist zu nennen, dass die 2013 aktualisierte Online-Beständeübersicht des FZH-Archivs Aufnahme in die Deutsche Digitale Bibliothek und darüber auch in das Archivportal D und das Archivportal Europa fand. Ermöglicht wurde dieses durch die Hilfe von Martin Reisacher (Landesarchiv Baden-Württemberg), der für die technische Umsetzung in diesem DFG-Projekt verantwortlich war und auch kleine Archive ermunterte, sich an den Archivportalen zu beteiligen. Seit Ende September 2014 ist das deutsche Portal zugänglich und eine wachsende Anzahl von bundesweiten Anfragen nennt diesen Rechercheweg. Damit sind die Bestände des FZH-Archivs überregional und international wesentlich besser recherchierbar.

- 6. ARCHIV
- 7. WERKSTATT DER ERINNERUNG – HAMBURGER LEBENS-LÄUFE (WDE)

Des Weiteren wurden im Archiv zahlreiche Bestände bearbeitet und geordnet sowie neue Bestände eingearbeitet. Rupert Marienfeld übernahm die Ordnung und Verzeichnung der Neuzugänge des DGB Hamburg seit den 1980er Jahren, so dass besonders für die gewerkschaftliche Jugendarbeit ein umfangreicher Bestand erschlossen wurde. Die vollständige Ordnung des Nachlasses von Günter Amendt steht kurz vor dem Abschluss. Zu seinem 75. Geburtstag am 8. Juni 2014 erschien eine Edition bisher nicht veröffentlichter Vorträge zur Drogenpolitik aus den Jahren 1992 bis 2010 [Andreas Loebell (Hg.), Legalisieren! Vorträge zur Drogenpolitik, Zürich: Rotpunktverlag 2014], deren Auswahlbibliografie durch die im Nachlass nachweisbaren Veröffentlichungen wesentlich ergänzt werden konnte. Martin Schneider hat als studentische Hilfskraft die Sortierung von Amendts sehr umfangreichen Dokumentationen zur Drogen- und Dopingpolitik Anfang des Jahres abgeschlossen. Unser Bestand an alltagsgeschichtlichen Nachlässen und Nachlasssplintern wurde durch zahlreiche Schenkungen von Hans-Günter Löwe weiter ausgebaut.

Gemeinsam mit der FZH-Bibliothek übernahmen wir zeitgeschichtlich relevante Sammlungen aus den Beständen des jetzt nur noch als Online-Präsentation geplanten Deutschen Presse-museums. Wir danken Heinz H. Behrens für seine Vermittlung und die Überlassung dieser Unterlagen. Das FZH-Archiv kann damit seine Pressedokumentationen zu ausgewählten Themen ergänzen. Hartmut Finkeldey hat hierzu umfangreiche Ordnungsarbeiten geleistet. Das Deutsche Jugendherbergswerk (Landesverband Nordmark) nutzte das Medieninteresse im Jahr seines 100jährigen Bestehens, um sein Archiv am 11. Juli 2014 gemeinsam mit der FZH in unserem Lesesaal der Öffentlichkeit vorzustellen. In der gut besuchten Veranstaltung präsentierten Dr. Josef Schmid und Angelika Voß zentrale Dokumente aus dem Archivbestand und boten Archivführungen an. Aus unseren sexualgeschichtlichen Sammlungen werden Fotos und Kataloge aus dem Beate-Uhse-Archiv sowie Formen zur Kondomherstellung einer ehemaligen Firma aus Frankfurt in der Ausstellung »Schamlos? Sexualmoral im Wandel« bis zum 6. April 2015 im Zeitgeschichtlichen Forum

Leipzig gezeigt. Marianne Pieper setzte im gesamten Jahr dankenswerterweise ihre ehrenamtliche Arbeit bei der Erschließung von Briefnachlässen fort. Als Praktikantin arbeitete Claudia Jerzak einen Monat lang für das Archiv.

7. WERKSTATT DER ERINNERUNG – HAMBURGER LEBENSLÄUFE (WdE)

Im Jahr 2014 nahmen 292 Personen Kontakt mit der Werkstatt der Erinnerung (WdE) auf und baten um Auskunft (2013: 241). Die überwiegende Mehrheit der Anfragen stammt aus Hamburg und weiteren Orten in der Bundesrepublik, es gingen auch Anfragen aus Dänemark, Israel, Japan, der Schweiz, Großbritannien, USA, Italien und der Tschechischen Republik ein. Der Großteil der Anfragen hatte einen wissenschaftlichen Hintergrund und zielte auf akademische Projekte. Die WdE erreichten Anfragen von Studierenden oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hafencity Universität, der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, der Universitäten Hamburg, Jena, Koblenz, Kopenhagen, Tokai und Osaka (beide Japan), der TU Dresden und Harburg, des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin und der HU Berlin. Zahlreiche Anfragen hatten einen pädagogischen Kontext; in diesem Fall fragten Lehrerinnen und Lehrer, Verantwortliche für Schulprojekte oder Schülerinnen und Schüler an, darunter für Recherchen im Rahmen des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten. Weiterhin erhielt die WdE viele Anfragen von Familienforschern, Journalistinnen, Filmemachern, Theaterschaffenden, Museumsmitarbeiterinnen und Ausstellungsmachern sowie von Mitarbeiterinnen von Stadtteilarchiven und Geschichtswerkstätten und Mitgliedern von Gedenkinitiativen. Darunter nahmen die Stolperstein-Biografien-Gruppen, die in

der WdE recherchierten, einen besonderen Platz ein. 2014 sahen 50 Personen (2013: 49) vor Ort insgesamt 324 Interviews (2013: 533) als Audio/Videodatei und/oder Transkript ein.

Der über 2000 Interviews umfassende Bestand der WdE ist 2014 um 16 Interviews gewachsen. Sechs entstanden im Rahmen des Besuchsprogramms für die Gruppe verfolgter ehemaliger Bürgerinnen und Bürger Hamburgs und ihrer Kinder. Diese Interviews wurden von Andrea Althaus, Linde Apel und Henrike Rehders geführt; drei Interviews wurden von Angehörigen emigrierter Hamburger Juden zur Verfügung gestellt; sieben Interviews entstanden mit Akteuren der Hamburger Erinnerungskultur, die Gesa Trojan im Rahmen eines von der Behörde für Wissenschaft und Forschung finanzierten Projekts befragt hatte. In Anlehnung an den Forschungsbereich »Der Nationalsozialismus und seine ›zweite Geschichte« nahm das vorerst abgeschlossene Projekt Personen in den Blick, die in den letzten Jahren auf dem Feld der Erinnerungskultur bzw. Geschichtspolitik innerhalb oder außerhalb von Institutionen aktiv waren und sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus und der Verfolgung seiner Gegner und Opfer befassten. Von einer vergleichbaren biografisch orientierten Quellensicherung in Bezug auf die Akteure der Erinnerungskultur ist bisher nichts bekannt.

Die Arbeit der WdE war besonders von größeren Projekten im Rahmen der Bestandspflege und -erhaltung geprägt. Die 2013 begonnene Digitalisierung, Erfassung und Beschreibung der Fotos und autobiografischen Dokumente der WdE wurde abgeschlossen. Wir danken der Behörde für Wissenschaft und Forschung für die finanzielle Unterstützung, mit der 560 Originalfotografien, 389 Negative und 830 Originaldokumente aus 99 Personendossiers gescannt und verschlagwortet werden konnten. Die Fotografien und Dokumente wurden im Hinblick auf ihre Publizierbarkeit in hoher Auflösung gescannt. Die Scans wurden mit Metadaten (Suchbegriffen) versehen, damit die Foto- und Dokumentenbestände digital durchsucht werden können. Jedes Bild wurde detailliert beschrieben. Pro Foto- und Dokumentenbestand gibt es eine übersichtliche Bildlegende, die als Ganzes beschlagwortet und in

die Datenbank aufgenommen wurde. Dabei handelt es sich jedoch um eine fortlaufende Aufgabe, die derzeit von Andrea Althaus übernommen wird, da uns kontinuierlich weitere Selbstzeugnisse von Interviewten übergeben werden; ein gutes Zeichen für das Vertrauen, das in die WdE gesetzt wird.

Mit Hilfe der Medienberatung des Rechenzentrums der Universität Hamburg (wir danken Petra Dwenger) konnten 310 Glasfotoplatten digitalisiert und damit erstmals nutzbar gemacht werden. Sie stammen aus dem Nachlass einer 1994 interviewten Frau, die in der NS-Zeit als Sozialdemokratin verfolgt und in Haft genommen worden war. Ohne die Unterstützung des Medienzentrums der Fachbereiche Sprache, Literatur, Medien (Medienzentrum SLM, wir danken Detlef Leuschner) der Universität Hamburg hätten 25 Magnettonbänder verschiedener Formate und Spulengrößen, die von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes an die WdE abgegeben worden waren, nicht digitalisiert werden können. Sie enthalten kommentierte Tondokumente einer Übersetzerin, die im rechtskonservativ-revisionistischen Spektrum aktiv war. Die Digitalisate sowie die in der WdE erstellten Bestandsbeschreibungen wurden an das Archiv der FZH übergeben.

Axel Schildt führte 1983/84 Interviews mit Mieterinnen und Mietern, Hausmeistern sowie Architekten, Bauingenieuren, Politikern, Behördenvertretern, Bauleitern der Grindelhochhäuser für sein Buch »Die Grindelhochhäuser. Eine Sozialgeschichte der ersten deutschen Wohnhochhausanlage Hamburg-Grindelberg 1945 – 1956«, München / Hamburg ²2007. Diese 50 auf Minikassetten aufgenommenen themenzentrierten Gespräche wurden digitalisiert, verschlagwortet und als Gesamtbestand in die Datenbank der WdE aufgenommen. In anonymisierter Fassung stehen sie nun für die wissenschaftliche Zweitauswertung zur Verfügung.

Linde Apel stellte die Einrichtung im Seminar »Geschichte als Beruf« (ABK-Kurs im Arbeitsbereich Public History an der Uni Hamburg) von Dr. Josef Schmid sowie auf dem Workshop »Jüdische Geschichte 2.0 – Geschichtsvermittlung im digitalen Zeitalter« des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und des Landesinstituts für

8. VERÖFFENTLICHUNGEN DER FZH

9. VERÖFFENTLICHUNGEN DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DER FZH



Lehrerbildung und Schulentwicklung vor. Darüber hinaus waren im Rahmen eines deutsch-französischen Austauschprojekts 35 Schülerinnen und Schüler aus Hamburg und Frankreich in der WdE zu Gast, die von Andrea Althaus am Beispiel von Interviews zum Thema Emigration und Flucht aus Hamburg »Einblicke in ein außergewöhnliches Archiv« erhielten. Drei Studierende lernten im Rahmen mehrwöchiger Praktika die Arbeit in einem Oral-History Archiv kennen.

8. VERÖFFENTLICHUNGEN DER FZH

(Lektorat: Joachim Szodrzynski)

- Gesa Anne Trojan, Das Lager im Dorf lassen. Das KZ Neuengamme in der lokalen Erinnerung, München / Hamburg 2014 (Hamburger Zeitspuren, Bd. 10). [Die Erstauflage ist vergriffen]

9. VERÖFFENTLICHUNGEN DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DER FZH

ANDREA ALTHAUS

- In Stellung. Die Lebens- und Arbeitswelten von Dienstmädchen und Hausangestellten, in: Elisabeth Vavra (Hg.), Frauenleben in Niederösterreich, Weitra 2014, S. 74–79.

KNUD ANDRESEN

- Vier Möglichkeiten, die Geschichte der DKP zu erzählen: Politische Erinnerungen ehemaliger DKP-Funktionäre, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2014, S. 29–45.

- 2. Mai 1933 – Die Besetzung des Hamburger Gewerkschaftshauses und die gewerkschaftliche Anpassungspolitik, in: *Zeitgeschichte in Hamburg 2013*, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2014, S. 35–54.
- Die bundesdeutsche Lehrlingsbewegung 1968–1973: Zum Prozess der kollektiven Identitäten, in: Jürgen Mittag/Helke Stadtland (Hg.), *Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft*, Essen 2014, S. 219–241.
- Historische Erzählungen über Altona als Elemente von Stadtteilidentität und lokaler Geschichtskultur, in: Janina Fuge, Rainer Hering, Harald Schmid (Hg.), *Gedächtnisräume. Geschichtsbilder und Erinnerungskulturen in Norddeutschland*, Göttingen 2014, S. 121–141.
- *Triumphzerzählungen. Wie Gewerkschafter über ihre Erinnerungen sprechen*, Essen 2014.

LINDE APEL

- (Hg.), *Walter und Moshe Wolff: Das eigene Leben erzählen. Geschichte und Biografie von Hamburger Juden aus zwei Generationen*, Göttingen 2014.
- Gedenken an die Deportationen von Juden, Roma und Sinti im Gedenkjahr 2013, in: *Zeitgeschichte in Hamburg 2013*, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2014, S. 105–107.

CLAUDIA KEMPER

- »Wir werden euch nicht helfen können.« Medizinische Ethik und atomare Bedrohung zu Beginn der 1980er Jahre, in: Patrick Bernhard/Holger Nehring (Hg.), *Den Kalten Krieg denken. Beiträge zur sozialen Ideengeschichte*, Essen 2014, S. 307–335.

MARC-SIMON LENGOWSKI

- *Mentoring in der geisteswissenschaftlichen Studieneingangsphase? Zehn Thesen zu einem neuen Betreuungskonzept*, in: *Netz und Werk, Junge Hamburger Geschichte online*, 1.2.2014, <http://netzwerk.hypothesen.org/1916>.

- Andrea Althaus
- Knud Andresen
- Linde Apel
- Claudia Kemper
- Marc-Simon Lengowski



CHRISTIANE REINECKE

- Disziplinierte Wohnungsnot. Urbane Raumordnung und neue soziale Randständigkeit in Frankreich und Westdeutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte 54 (2014), S. 267–286.
- Am Rande der Gesellschaft? Das Märkische Viertel – eine West-Berliner Großsiedlung und ihre Darstellung als urbane Problemzone, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 11 (2014) 2, S. 212–234.

AXEL SCHILDT

- »Berliner Republik« – harmlose Bezeichnung oder ideologischer Kampfbegriff? Zur deutschen Diskursgeschichte der 1990er Jahre, in: Michaela Bachem-Rehm u. a. (Hg.), Teilungen überwinden. Europäische und internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Wilfried Loth, München 2014, S. 21–32.
- Vorwort, in: Thomas Birkner, Mann des gedruckten Wortes. Helmut Schmidt und die Medien (Studien der Helmut und Loki Schmidt-Stiftung), Bremen 2014, S. 8–11.
- Ein historischer Paradigmenwechsel. Der Abschied vom »deutschen Sonderweg« in der Geschichtsschreibung, in: Rotary Magazin 63 (2014), S. 41–43.
- Seuchen und Zeitgeschichte – eine Zwischenbilanz, in: Malte Thießen (Hg.), Infiziertes Europa. Seuchen im langen 20. Jahrhundert (HZ-Beiheft 64), München 2014, S. 206–212.
- Hamburg – eine Metropole des Geistes? Zur Intellektuellengeografie nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Zeitgeschichte in Hamburg 2013, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2014, S. 55–74.

LU SEEGER

- DDR, in: Stephanie Wodikanka / Juliane Ebert (Hg.), Metzler Lexikon moderner Mythen, Stuttgart, Weimar 2014, S. 85–87.
- Die Feuerzangenbowle, in: Stephanie Wodikanka / Juliane Ebert (Hg.), Metzler Lexikon moderner Mythen, Stuttgart, Weimar 2014, S. 130–132.

- Pop und Generation: Anmerkungen zu einer vernachlässigten Beziehung, in: Alexa Geisthövel / Bodo Mrozek (Hg.), Popgeschichte, Bd. 1: Konzepte und Methoden, Bielefeld 2014, S.79–99.
- Romy Schneider, in: Stephanie Wodikanka / Juliane Ebert (Hg.), Metzler Lexikon moderner Mythen, Stuttgart, Weimar 2014, S. 333–335.
- Tagungsbericht: Ehrregime: Akteure, Netzwerke und Praktiken lokaler Ehrungen im 19. und 20. Jahrhundert, 27.6.2014–28.6.2014 Oldenburg, in: H-Soz-Kult, 22.10.2014, <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-5615>.

CHRISTOPH STRUPP

- Traditionsreste in der Moderne. Der rekonstruktive Wiederaufbau der St. Laurenskerk in Rotterdam, in: Georg Wagner-Kyora (Hg.), Wiederaufbau europäischer Städte / Rebuilding European Cities. Rekonstruktionen, die Moderne und die lokale Identitätspolitik seit 1945 / Reconstructions, Modernity and the Local Politics of Identity Construction since 1945, Stuttgart 2014, S. 329–348.
- Hamburg in the First World War, in: Gonzague Pluinage (Hg.), 1914–1918: Cities at War, Brüssel 2014, S. 189–210.
- Tagungsbericht: Seaports in Transition. Global Change and the Role of Seaports since the 1950s, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte (2014) 2, S. 155–158.

DAVID TEMPLIN

- Wie die Geschichte der Jugendzentrumsbewegung erforschen? Quellenbestände, Überlieferungslage und Materialrecherche, in: Gudrun Fiedler / Susanne Rappe-Weber / Detlef Siegfried (Hg.), Sammeln – erschließen – vernetzen. Jugendkultur und soziale Bewegungen im Archiv (Jugendbewegung und Jugendkulturen, Jahrbuch 10/2014), Göttingen 2014, S. 27–43.
- Jugendbewegung im Dissertationsprojekt: Auf der Suche nach einer »neuen Jugendbewegung«? Der Bund Deutscher Pfadfinder (BDP) und die Jugendzentrumsbewegung der 1970er-Jahre, in: Jürgen Reulecke (Hg.), 50 Jahre danach – 50 Jahre davor. Der Meißnertag von 1963 und seine Folgen (Jugendbewegung und Jugendkulturen, Jahrbuch 9/2012–13), Göttingen 2014, S. 321–324.

- Christiane Reinecke
- Axel Schildt
- Lu Seegers
- Christoph Strupp
- David Templin

- 9. VERÖFFENTLICHUNGEN DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DER FZH
- 10. REZENSIONEN ÜBER VERÖFFENTLICHUNGEN DER FZH UND VON MITARBEITERINNEN UND MITARBEITERN DER FZH

- Kultureinrichtung oder selbstverwaltetes Arbeiterjugendzentrum? Der Streit um die »Fabrik« in Hamburg-Ottensen 1973, in: Netz und Werk, Junge Hamburger Geschichte online, 1.10.2014, <http://netzwerk.hypothesen.org/2093>.
- Freiräume vom Provinzalltag. Jugendzentrumsinitiativen im ländlich-kleinstädtischen Raum in den 1970er Jahren, in: Heike Kempe (Hg.), Die »andere« Provinz. Kulturelle Auf- und Ausbrüche im Bodenseeraum seit den 1960er Jahren (Kleine Schriftenreihe des Stadtarchivs Konstanz, Bd. 13), Konstanz/München 2014, S. 299–326.

DOROTHEE WIERLING

- Psychoanalytiker und Historiker im interdisziplinären Aushandlungsprozess. Das Feuersturmprojekt, in: Christoph E. Walker / Heribert Blaß / Maria Johne / Rainer Paul (Hg.), Psychoanalytisches Arbeiten – innerer und äußerer Rahmen, Gießen 2014, S. 601–605.
- Coffee Worlds: Global Players and Local Actors in Twentieth Century Germany, in: German Historical Institute London Bulletin, Vol. XXXVI (2014) No. 2, S. 24–48.

10. REZENSIONEN ÜBER VERÖFFENTLICHUNGEN DER FZH UND VON MITARBEITERINNEN UND MITARBEITERN DER FZH

(IN AUSWAHL)

- Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.), 19 Tage Hamburg. Ereignisse und Entwicklungen in der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren, München / Hamburg 2012.
- Franklin Kopitzsch, Rezension, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 100 (2014), S. 174–176.

- Stefan Goch, Rezension, in: H-Soz-Kult, 1.4.2014, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2014-2-002>.

Linde Apel (Hg.), Walter und Moshe Wolff: Das eigene Leben erzählen. Geschichte und Biografie von Hamburger Juden aus zwei Generationen, Göttingen 2014.

- Gabriela Fenyes, Hanseatisch orthodox, in: Jüdische Allgemeine, 26.6.2014.
- Kersten Augustin, Erinnerung, sprich, in: Die ZEIT, 6.11.2014.

Frank Bajohr / Beate Meyer / Joachim Szodrynski (Hg.), Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933, Göttingen 2013.

- Frederick Betz, in: Newsletter of the International Feuchtwanger Society 16 (2014), S. 15–20.
- Jörg Berlin, Rezension, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 100 (2014), S. 164–168.
- Matthias Gretzschel, Was Hamburger 1933 in ihren Tagebüchern notierten, in: Hamburger Abendblatt, 6.1.2014.
- Jürgen Lillteicher, Rezension in: H-Soz-Kult, 12.12.2014, <http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-22003>.
- Janosch Steuwer, Rezension, in: Historische Anthropologie 22 (2014) 2, S. 301–303.

Claudia Kemper, Das »Gewissen« 1919–1925: Kommunikation und Vernetzung der Jungkonservativen (Ordnungssysteme, Bd. 36), München 2011.

- Till Kinzel, Rezension, in: Informationsmittel (IFB): digitales Rezensionorgan für Bibliothek und Wissenschaft, 6.1.2014, <http://ifb.bsz-bw.de/bsz337978565rez-1.pdf>.

Uwe Lohalm, Völkische Wohlfahrtsdiktatur, öffentliche Wohlfahrtspolitik im nationalsozialistischen Hamburg (Forum Zeitgeschichte, Bd. 21), München / Hamburg 2010.

- Jörn Retterath, Rezension, in: sehepunkte 14 (2014) 7/8, <http://www.sehepunkte.de/2014-/07/24827.html>.

Ulrich Prehn, Max Hildebert Boehm. Radikales Ordnungsdenken vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 51), Göttingen 2013.

- Rainer Eisfeld, Rezension, in: Politische Vierteljahresschrift 55 (2014), S. 755–757.
- Jens Flemming, Jungkonservatives Milieu, Volkstumsbewegung und »Nationalitätenkampf«, in: Literaturkritik.de, Rezensionsforum, 2.3.2014, http://www.literaturkritik.de/public/rezension/php?rez_id=18-90-8&ausgabe=20143.
- Carsten Kretschmann, Nie um ein Stichwort verlegen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.4.2014.
- Daniel Siemens, Rezension, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 62 (2014), S. 1048–1050.

Agnes Arndt / Joachim C. Häberlen / Christiane Reinecke (Hg.), Vergleichen, verflechten, verwirren? Europäische Geschichtsschreibung zwischen Theorie und Praxis, Göttingen 2011.

- Heinz-Gerhard Haupt, Rezension, in: H-Soz-u-Kult, 3.1.2014, <http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-16330>.

Axel Schildt, Annäherungen an die Westdeutschen: Sozial- und kulturgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2011.

- Alexander Clarkson, Rezension, in: English Historical Review 129 (2014), S. 251–253.

Lu Seegers, »Vati blieb im Krieg«. Vaterlosigkeit als generationelle Erfahrung im 20. Jahrhundert – Deutschland und Polen (Göttinger Studien zur Generationenforschung, Bd. 13), Göttingen 2013.

- Heidi Rosenbaum, Rezension, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 101 (2014), S. 387–388.
- Sabine Moller, Rezension, in: H-Soz-u-Kult, 20.3.2014, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2014-1-196>.
- Jens Flemming, Rezension, in: Geschichtsblätter für Waldeck 102 (2014), S. 156–158.

- Stephan Scholz, Rezension, in: Polenstudien pol-int.org, <http://www.pol-int.org/de/publikationen/vati-blieb-im-krieg-vaterlosigkeit-als-generationale#r783>.
- Lars Jockheck, Rezension, in: recensio.net, 19.2.2014, <http://www.recensio.net/rezensionen/zeitschriften/germano-polonica.-e-news-letter-der-kommission-fuer-die-geschichte-der-deutschen-in-polen-e.v/2013-2014/ReviewMonograph2211203>.
- Barbara Stambolis, Rezension, in: Historische Zeitschrift 299 (2014), S. 875-877.

Gesa Anne Trojan, Das Lager im Dorf lassen. Das KZ Neuengamme in der lokalen Erinnerung, Hamburger Zeitspuren, Bd. 10, München / Hamburg 2014. [Die Erstauflage ist vergriffen.]

- Johanna Meyer-Lenz, Rezension, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 100 (2014), S. 172–174.
- Natalie Wohlleben, Rezension, in: Portal für Politikwissenschaft, 24.7.2014, http://www.pw-portal.de/rezensionen3733-das-lager-im-dorf-lassen_45810.
- Dirk Thomaschke, Rezension, in: H-Soz-Kult, 16.12.2014, <http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-22625>.

Kristina Vagt, Politik durch die Blume. Gartenbauausstellungen in Hamburg und Erfurt im Kalten Krieg (1950–1974) (Forum Zeitgeschichte, Bd. 24), München / Hamburg 2013.

- Arnd Bauerkämper, Rezension, in: H-Soz-u-Kult, 28.1.2014, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2014-1-066>.
- Elke Sohn, Rezension, in: Archiv für Sozialgeschichte 54 (2014), 15.11.2013, <http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81509>.
- Hans-Helmut Poppendieck, Rezension, in: Berichte des Botanischen Vereins zu Hamburg 28 (2014), S. 97–98.
- »Politik durch die Blume« von Kristina Vagt wurde mit dem Deutschen Gartenbuch-Preis 2014 in der Rubrik Gartengeschichte ausgezeichnet.

11. VORTRÄGE DER MITARBEITERIN- NEN UND MITARBEITER DER FZH

ANDREA ALTHAUS

- In die Schweiz gehen. Projektvorstellung mit Vortrag im Kolloquium zur neueren und neusten Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, 14.2.2014.
- Was ist Wissensgeschichte? Teilnahme an der Podiumsrunde zu verschiedenen Ansätzen der Wissens- und Wissenschaftsgeschichte. Doktorandenkolloquium von Sylvia Paletschek an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, 1.8.2014.

KNUD ANDRESEN

- Erinnerungen vor Ort – Erlebte Geschichte in lokalen Gewerkschaftsmilieus, Vortrag auf der Tagung »Individuelle Erinnerung und gewerkschaftliche Identität« der Friedrich-Ebert-Stiftung und Hans-Böckler-Stiftung, Bonn, 3./4.4.2014.
- Trade Unionists and the Post-boom Economic Crisis – Stories of Decline and Innovation, Vortrag auf der European Social Science History Conference, Wien, 23.–26.4.2014.
- Einführung und Abschlussdiskussion auf der Tagung »A European Youth Revolt in 1980 / 81? European Perspectives of Youth Protests and Social Movements, International Institute of Social History«, Amsterdam, 15.–17.5.2014.
- Moderation des Workshops »Industriekultur und Musealisierung von Arbeit«, organisiert vom altstipendiatischen Arbeitskreis Geschichte der Hans-Böckler-Stiftung, Bochum, 23./24.5.2014.
- »German and Swedish Companies in South Africa during Apartheid: A different approach to Human Rights?« Vortrag an der Universität Lund, Schweden, 29.10.2014.
- Moderation des Abendvortrags »Lokaler Protest und zentraler Staat? Polizei und urbane Unruhen der späten 1960er und frühen 1980er Jahre« von Klaus Weinbauer auf der Tagung »Den Protest regieren«, FZH, Hamburg, 6./7.11.2014.

- Moderation des Panels »Konzeption von Körper und Arbeit« auf der Tagung »Der arbeitende Körper im Spannungsfeld von Krankheit und Gesundheit« der Friedrich-Ebert-Stiftung und Hans-Böckler-Stiftung, Bonn, 13./14.11.2014.

LINDE APEL

- Einführung in die Ausstellung im »Infopavillon Hannoverscher Bahnhof« für den Hamburger Unterstützerkreis für eine Gedenkstätte in Maly Trostenez, Belarus, Hamburg, 31.1.2014.
- »Die Werkstatt der Erinnerung«, Projektvorstellung auf dem Workshop »Jüdische Geschichte 2.0 – Geschichtsvermittlung im digitalen Zeitalter« des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und des Landesinstituts für Lehrer- und Schulentwicklung, Hamburg, 20.2.2014.
- »... actually, we were fundamentally anti-authoritarian.« High School as Politicizing Agent. Vortrag auf der European Social Science History Conference, Wien, 26.4.2014.
- Einführung in die Buchpräsentation »Das Lager im Dorf lassen. Das KZ Neuengamme in der lokalen Erinnerung« von Gesa Trojan, FZH, Hamburg, 27.5.2014.
- Autobiografisches Schreiben im familiären Kontext. Die Selbstzeugnisse der Familie Wolff. Vortrag anlässlich der Buchpräsentation »Walter und Moshe Wolff. Das eigene Leben erzählen. Geschichte und Biographie von Hamburger Juden aus zwei Generationen«, FZH, Hamburg, 19.6.2014.
- Einem Verbrechen gedenken. Geschichte und Gestaltung des ehemaligen Hannoverschen Bahnhofs. Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Hamburger Kulturbehörde, Hamburg, 26.8.2014.
- Olga Benario. Geschichte und Erinnerung. Vortrag bei der »Langen Nacht des jüdischen Films« des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg, 21.9.2014.
- Stand der Dinge: Oral History zur Periode nach 1945, Impulsvortrag auf dem Workshop Oral History der Friedrich-Ebert- und Hans-Böckler-Stiftung, Bonn, 9.12.2014.

- Andrea Althaus
- Knud Andresen
- Linde Apel

SEBASTIAN JUSTKE

- Recalled to Germany and expelled from Namibia. West-German overseas ministers, left-wing protestants and evangelicals dealing with the tensions of apartheid at the beginning of the 1970s, Vortrag auf der internationalen Konferenz »The role of German-southern African church relations during the 1930s, World War Two and the apartheid era«, organisiert von den Koordinatoren des gleichnamigen Studienprozesses, Internationales Evangelisches Tagungszentrum Wuppertal, 12.3.2014.

LINA NIKOU

- Alte Heimat – fremde Stadt? Reaktionen jüdischer Emigranten auf offizielle Einladungen nach Hamburg, (West-)Berlin und München, Vortrag im Rahmen der Reihe »Junge Hamburger Geschichtswissenschaft«, Universität Hamburg, 13.1.2014.
- Coming back Home? Invitations by German Cities to Refugees of the Nazi Regime, Projektvorstellung auf dem Leo Baeck Fellowship Workshop, Brighton, 9.–12.11.2014.

CHRISTIANE REINECKE

- Classifying urban marginality: Poverty knowledge and the administration of ›problem families‹ in 1960s Western Europe. Vortrag bei dem Workshop »Demography and the Welfare State« des Netzwerks »Population, Knowledge, Order, Change: Demography and Politics in Global Perspective«, Cambridge, 16.–18.1.2014.
- Die Entdeckung von Segregation und urbaner Armut in der Bundesrepublik und Frankreich – eine translokale Geschichte. Vortrag bei der Tagung »Die Bundesrepublik im Vergleich«, Freiburg, 20.–22.2.2014.
- Organisation und Einführung der Tagung »Dominanz durch Dinge? Zum Verhältnis von sozialen Asymmetrien und Materialitäten aus historischer Perspektive« des Arbeitskreises Geschichte + Theorie, Berlin, 27.2.–1.3.2014, gefördert von der Fritz-Thyssen-Stiftung und Axel-Springer Stiftung.
- Cyborg marginalization? Zum Verhältnis von Notunterkünften und »Problemfamilien« im französischen und westdeutschen

Sozialstaat. Vortrag bei der Tagung »Dominanz durch Dinge? Zum Verhältnis von sozialen Asymmetrien und Materialitäten aus historischer Perspektive« des Arbeitskreises Geschichte + Theorie, Berlin, 1.3.2014.

- Kommentar zu Tim B. Müller, Demokratie im Krieg. Die Formierung moderner Demokratien in Europa im Rahmen der InstitutsMontage des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Hamburg, 7.4.2014.
- Badlands oder die moralische Ökonomie der Wohlstandsgesellschaft. Urbane Marginalität in Frankreich und Westdeutschland. Vortrag im Colloquium von Thomas Mergel, Humboldt-Universität Berlin, 21.5.2014.
- Organisation und Einführung der internationalen Konferenz »Competing Numbers. Population Statistics in Use«, im Rahmen der »Villa Vigoni-Gespräche in den Geistes- und Sozialwissenschaften« in der Villa Vigoni, Lovenjo di Menaggio, Italien, 17.–19.6.2014, finanziert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG).
- Kommentar zu Wendy Espeland, »Statistics and the Gay Rights Movement in the U.S.« im Rahmen der Tagung »Competing Numbers. Population Statistics in Use«, Villa Vigoni, Italien, 18.6.2014.

AXEL SCHILDT

- Intellektuelle und Medien in der Bonner Republik. Vortrag im Deutschen Historischen Institut, Paris, 9.1.2014, im Forschungskolloquium des Lehrstuhls Neuere und Neueste Geschichte, Universität Freiburg, 16.7.2014.
- Diskussionsleitung der Podiumsdiskussion »Ziele und Zufälle. Gründe für den Ersten Weltkrieg«, FZH, 4.4.2014.
- »Welt der Lager. Zur ›Erfolgsgeschichte‹ einer Institution«. Diskussion mit Bettina Greiner und Alan Kramer, Hamburger Institut für Sozialforschung, 14.4.2014.
- Der Schülerwettbewerb Geschichte der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten – Idee, Gründung und Zwischenbilanz. Vortrag in der »Galerie Morgenland« / Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Hamburg 16.4.2014.
- Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, Buchvorstellung und Gespräch mit Ulrich Herbert, FZH, Hamburg, 23.5.2014.

- Sebastian Justke
- Lina Nikou
- Christiane Reinecke
- Axel Schildt

- Kommentator der Sektion »Vom Verlust als Erfolg erzählen. Erfahrungen und Wahrnehmungen jüdischer Migration im 20. Jahrhundert«, Deutscher Historikertag, Göttingen, 24.9.2014.
- Leitung der Sektion: »Im Gespräch mit den Fachkollegiaten der DFG«, Deutscher Historikertag, Göttingen, 25.9.2014.
- In der Welt historischer Kommissionen – Oder Die Spezifik der Deutsch-Italienischen Historikerkommission. Vortrag auf der Tagung »La Composizione dei Conflitti Storici. Le commissioni storiche nelle tensioni fra storia, giustizia e culture della memoria«, Academia dei Lincei und Deutsche Forschungsgemeinschaft, Rom, 9./10.10.2014.
- Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Buchvorstellung. Eine Geschichte des neoliberalen Europa. Moderation der Buchvorstellung von Philipp Ther, FZH, 23.10.2014.
- Antikommunismus – von Hitler zu Adenauer. Vortrag auf der Tagung »Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung, Bewegung, regierende Partei« des Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts und des Imre Kertész Kollegs, Jena, 13. – 15.11.2014.
- Moderation der Sektion »Die geeinte Mediennation? Die deutsch-deutschen Massenmedien« auf der Tagung »Verflochtene Umbrüche. West- und Ostdeutschland im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam, 20./21.11.2014.
- The West German anticommunist perception of the Russian threat as an »Asian threat«. Vortrag auf der internationalen Tagung »Comparative Research on the Cold War in Europe and Asia«, Seoul National University Asia Center, Seoul, Südkorea, 12./13.12.2014.

LU SEEGER

- »Kriegskinder«: Kritische Anmerkungen zur aktuellen Debatte, Vortrag bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Hamburg, 8.1.2014.
- Moderation des Panels »US-Gesellschaft und Nationsbildung: Neugewichtung der Rezeptionen?« des Symposiums »US-Gesellschaftsgeschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Transatlantische Rezeptionen«, Hans-Lilje-Haus, Hannover, 10.1.2014.

- Die »Generation der Kriegskinder« als Leidensgemeinschaft. Hintergründe und Deutungen einer aktuellen Debatte. Vortrag im Rahmen des Kolloquiums der Interdisziplinären Arbeitsgruppe »Der Nationalsozialismus, seine Ursachen und seine Nachwirkungen«, Leibniz Universität Hannover, 14.1.2014.
- »Vati blieb im Krieg«. Deutungen und Erfahrungen von vaterlosen »Kriegskindern« in Deutschland und Polen, Buchpräsentation und Zeitzeugengespräch, FZH, 18.2.2014.
- Kommentar im Panel »Geschichte sehen« des Workshops »Public Visual History – Wie Filme Geschichte schreiben?«, Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF); Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin, 29.4.2014.
- »»Hanseatentum« – zur Deutungsoffenheit eines Begriffs«. Vortrag im Rahmen der Tagung »Hanseatentum oder der Hamburgische Nationalcharakter«, Museum für Hamburgische Geschichte, Hamburg, 4.9.2014.
- Vaterlose Kriegswaisen in der Bundesrepublik und in der DDR. Vorsitz und Vortrag in der Sektion »Kinder als Vermittler zwischen Verlierern und Gewinnern in europäischen Nachkriegsgesellschaften«, »Gewinner und Verlierer« – 50. Deutscher Historikertag, Göttingen, 26.9.2014.
- »Mediale Repräsentationen Hamburger Unternehmer«, Vortrag im Rahmen der Tagung »Soziale Ungleichheit im Visier: Images von ›Armut‹ und ›Reichtum‹ in West und Ost seit 1945«, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Münster, 27.11.2014.

CHRISTOPH STRUPP

- Hamburg: »Victim No. 2 of the Cold War?« Port and Politics in Hamburg in the 1950s and 1960s, Vortrag auf der Tagung »Seaports in Transition. Global Change and the Role of Seaports since the 1950s«, FZH, Hamburg, 14.3.2014.
- Die mobilisierte Gesellschaft. Hamburg im Ersten Weltkrieg, Vortrag in der »Galerie Morgenland« / Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Hamburg, 27.8.2014.
- The Port of Hamburg in the 1940s and 1950s: Physical Reconstruction and Political Restructuring in the Aftermath of World War II,

- Axel Schildt
- Lu Seegers
- Christoph Strupp

Vortrag im Panel »Disaster and Rebuilding in Modern Port Cities« der Konferenz »Cities in Europe, Cities in the World. 12th International Conference on Urban History of the European Association for Urban History«, Lissabon, 6.9.2014.

- Der Krieg als Katalysator politischen und administrativen Wandels in Hamburg, Vortrag auf der Tagung »Unermessliche Verluste und ihre Bewältigung. Die Bevölkerung der europäischen Großstädte und der Erste Weltkrieg«, Prag, 8.10.2014.

JOACHIM SZODRZYNSKI

- Buchvorstellung des Bandes »Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933«, in der »Galerie Morgenland« / Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Hamburg, 5.2.2014.
- Buchvorstellung des Bandes »Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933«, gemeinsam mit Beate Meyer, in der Gedenkstätte Plattenhaus Poppenbüttel, Hamburg, 14.5.2014.
- Die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP): Eine linkssozialistische Splitterpartei zwischen SPD und KPD, »Galerie Morgenland« / Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Hamburg, 12.11.2014.

DAVID TEMPLIN

- Dem »kleinstädtischen Mief« entkommen: Jugendzentrumsinitiativen zwischen Großstadtorientierung und Provinzidentität, Vortrag auf der Tagung »Neue soziale Bewegung in der ›Provinz‹ (1970–1990)« des LWL-Instituts für westfälische Regionalgeschichte, Münster, 17.12.2014.
- »Haschhöhle« oder »Modellprojekt«? Zum Umgang westdeutscher Kommunen mit Protesten für selbstverwaltete Jugendzentren, Vortrag auf der Tagung »Den Protest regieren. Staatliches Handeln, neue soziale Bewegungen und linke Organisationen in den 1970er und 1980er Jahren« an der FZH, Hamburg, 6.11.2014.
- Youth Center Initiatives in the »Youth Revolt« of 1980 / 81, Vortrag auf der internationalen Konferenz »A European Youth Revolt in 1980 / 81? European Perspectives of Youth Protests and Social Movements« der FZH, des Instituts für Soziale Bewegungen Bochum und des International Institute of Social History, Amsterdam, 16.5.2014.

DOROTHEE WIERLING

- Coffee Worlds – Global Players and Local Actors in 20th Century Germany, University of Warwick, 30.4.2014.
- Schlusskommentar zur Tagung: Disturbing Pasts. Reverberations of the Second World War in Europe After 1945, University College London, 3.–5.7.2014.
- Agents of Globalization. Hamburg Coffee Merchants in the 20th Century, Keynote address Jahrestagung der German History Society, University of Maynooth, 4.–6.9.2014.
- Moderation der Sektion: Fühlen wir (jetzt auch noch) Geschichte? Emotionsforschung als Erkenntnisgewinn oder Orientierungsverlust, »Gewinner und Verlierer« – 50. Deutscher Historikertag«, Göttingen, 24.9.2014.
- Teilnahme am Panel: Europa 1914–2014, »Gewinner und Verlierer« – 50. Deutscher Historikertag«, Göttingen, 24.9.2014.
- Durchführung und Leitung der Tagung: Inside World War One? Ego Documents and the Experience of the Great War, German Historical Institute London, 23.–25.10.2014.
- Moderation des Panels: Remembering East Germany's Peaceful Revolution, Twenty five Years Later, German Historical Institute London, 31.10.2014.
- Teilnahme am International Social History Seminar, Seminarzentrum Siggen, 2.–5.11.2014.
- Tagung: Collective versus Collected Memories, Beitrag im Rahmen des Panels: Oral History in Postwar Humanities West and East – International Travelogue, European Network Remembrance and Solidarity, Universität Warschau, 6.–8.11.2014.
- Schlusskommentar zur Tagung »Verflochtene Umbrüche. West- und Ostdeutschland im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts. Kommentar zu Christoph Neumaier, Andreas Ludwig: Wohlfühlen als Projekt: Differenzierung und Individualisierung als Projekt in Ost und West; Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, 20./21.11.2014.
- Eine Familie deutet den Krieg. Gewalt, Tod und Trauer in Briefen 1914–1918, Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung: Der Erste Weltkrieg – neue Forschungen und politische Deutung, Universität Trier, 9.12.2014.

- Christoph Strupp
- Joachim Szodrzynski
- David Templin
- Dorothee Wierling

12. MEDIENECHO

(IN AUSWAHL)

FORSCHUNGSSTELLE FÜR ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG
(FZH)

- Ursula Storost, Vortragsreihe zum Wandel der Arbeitswelten, Interview mit Knud Andresen u. a., in: Deutschlandfunk, Aus Kultur und Sozialwissenschaften, 16.1.2014.
- Dorothea Kurz-Köhnert, Gedrucktes Gartenglück, Beste Geschichte, in: Lübecker Nachrichten Magazin, 16.4.2014.
- »Das Lager im Dorf lassen«, Interview von Almut Engeliens mit Gesa Anne Trojan, in: NDR Info »Schabat Schalom«, 30.5.2014.
- Alexander Brede: Seaports in Transition. Global Change and the Role of Seaports since the 1950s, Tagungsbericht, in: H-Soz-u-Kult, 20.6.2014.
- Philipp Weber, Am Anfang war ein Schulausflug, in: taz, 26./27.7.2014.
- Insa Gall, »Gewollt, gewünscht und gedeckt«. Fritz Fischers Buch »Griff nach der Weltmacht«, in: Die Welt, 3.8.2014.
- Christopher von Savigny, Johannisbeersaft statt Fruchttete, 100 Jahre Jugendherbergsverband Nordmark – eine Zeitreise, in: Elbe Wochenblatt, 8.8.2014.
- Thomas Heyen, Vielen fehlen die richtigen Worte, in: Bergedorfer Zeitung, 8.8.2014.
- »Der Ort blieb ein Stigma«. Erinnerung an Neuengamme, Interview mit Gesa Trojan, in: taz, 5.9.2014.
- Edgar S. Hasse: Als Hamburger Auswanderer zu Kaffeebaronen wurden, Hamburger Abendblatt, 17.11.2014.

LINDE APEL

- Benedikt Scheper, Stolpersteine in der Isestr., in: Hamburg Damals, NDR, 26.1.2014.
- Museum für Hamburgische Geschichtchen, Interview mit Ana Radić, in: NDR-Info, 2.6.2014.
- Ninja Stehr, Museum für Hamburgische Geschichtchen, in: Tide TV, Hamburg immer anders, 11.6.2014.

- Sven Barske, Walter und Moshe Wolff: »Das eigene Leben erzählen«, in: NDR 90,3, 17.6.2014.
- Philip Woldin, Gravierender Vorwurf, in: Die ZEIT, 13.11.2014.

LINA NIKOU

- »Vorsichtige Annäherung«. Seit 1965 lädt Hamburg ehemalige jüdische Mitbürger ein – tat sich aber lange schwer, Interview, in: taz, 13.1.2014.

AXEL SCHILDT

- Jens Leibold, 70. Todestag Ernst Thälmann, in: NDR 3, Hamburg Journal, Hamburg damals, Interviewausschnitte, 5.10.2014.
- Ursula Storost, Seuchen in Europa, Reaktionen wie im Mittelalter, in: Deutschlandfunk, Aus Kultur und Sozialwissenschaften, 9.10.2014.
- Franziska Augstein, Rettung des Abendlandes. Endlich – der Antikommunismus darf thematisiert werden. Zum Beispiel auf einer Tagung in Jena, in: Süddeutsche Zeitung, 25.11.2014.
- Günter Platzdasch, Der Feind steht links. Alle Wege des Marxismus führten nach Moskau: Historisierter Antikommunismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.11.2014.

LU SEEGER

- Hans Hinterberger und Robert Grantner, Ein letzter Sommer. Der Countdown zum Zweiten Weltkrieg, TV-Dokumentation in zwei Teilen, in: Bayerisches Fernsehen, 20. und 27.8.2014.

DOROTHEE WIERLING

- Nina Verheyen, Otto als Orest im Schützengraben. Der erste Weltkrieg als deutsches Projekt. Dorothee Wierling liest die Briefe einer ungewöhnlichen Familie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.12.2013 [Nachtrag].
- Pavla Francová, Wenn Frauen ihre Männer in den Krieg treiben, in: Die Welt, 24.4.2014.
- Angela Gutzeit, Bücher zum I. Weltkrieg, in: Deutschlandfunk, 8.7.2014.
- Helmut Mörchen, Der Krieg als Großereignis für die ganze Familie, in: Deutschlandfunk, 8.7.2014.

- Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
- Linde Apel
- Lina Nikou
- Axel Schildt
- Lu Seegers
- Dorothee Wierling

- Lieber Feind! Wie soll Europa an den Ersten Weltkrieg erinnern?
Diskussion mit Jens Bisky und Etienne François, in: SWR2 Forum,
29.7.2014.
- Helen Sibum, Wenn Geschichte erlebbar wird, Dorothee Wierling
im Gespräch, Goethe-Institut, in: [https://www.goethe.de/de/kul/
ges/20442028.html](https://www.goethe.de/de/kul/ges/20442028.html), 31.10.2014.

13. LEHRVERANSTALTUNGEN

SOMMERSEMESTER 2014

KNUD ANDRESEN

- Wandel der Arbeitswelten, Einführung II, Universität Hamburg,
Historisches Seminar.

CHRISTIANE REINECKE

- Globalisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Zu einem Konzept und
seinem Gebrauch in der Geschichtswissenschaft, Übung, Universi-
tät Hamburg, Historisches Seminar.

AXEL SCHILDT

- Deutsche Intellektuelle nach dem Zweiten Weltkrieg (Teil I:
1945–1960). Vorlesung, Universität Hamburg, Historisches Seminar.
- Rekonstruktion und Neuanfänge von Presse und Radio in Deutsch-
land 1945–1953. Hauptseminar, Universität Hamburg, Historisches
Seminar.

LU SEEGER

- 1914–2014. Neue Forschungen zum Ersten Weltkrieg, Vorlesungs-
reihe, FZH/Universität Hamburg, Historisches Seminar.

DOROTHEE WIERLING

- Class, Gender and Generation as Categories of 20th Century German History, Master course, London School of Economics and Political Science (LSE), Department for International History.

WINTERSEMESTER 2014/15

LINDE APEL

- Oral History und Zeitgeschichte, Hauptseminar, Universität Hamburg, Historisches Seminar (mit Dorothee Wierling).

AXEL SCHILDT

- Deutsche Intellektuelle nach dem Zweiten Weltkrieg (Teil II: 1960–1969). Vorlesung, Universität Hamburg, Historisches Seminar.
- Die Studentenbewegung um 1968. Hauptseminar, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

LU SEEGER

- Hamburg und das ›Hanseatische‹ im 20. Jahrhundert, Hauptseminar, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

CHRISTOPH STRUPP

- Themen und Theorien der Zeitgeschichte im 20. Jahrhundert, Übung, Universität Hamburg, Historisches Seminar.

DAVID TEMPLIN

- Jugendkulturen in Ost- und Westdeutschland seit 1949, Übung, Universität Hamburg, Historisches Seminar (mit Anne Kurr).

DOROTHEE WIERLING

- Oral History und Zeitgeschichte, Hauptseminar, Universität Hamburg, Historisches Seminar (mit Linde Apel).

- Sommersemester 2014
- Wintersemester 2014/15